



universität
wien

MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

„Lost in Transition – das Scheitern der Transformation in der Ukraine“

verfasst von / submitted by

Stefan Maric

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of Arts (MA)

Wien, 2023 / Vienna 2023

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

UA 066 824

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Masterstudium Politikwissenschaft

Betreut von / Supervisor:

Univ.-Prof. Dr. Dorothee Bohle

Abstract

Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion vor fast 30 Jahren begann eine Welle der demokratischen Transformation in Osteuropa, die in verschiedenen Ländern unterschiedlich verlaufen ist. Wir haben zum Beispiel Ungarn und Polen, wo wir einen schnellen Systemwechsel vom Realsozialismus zum demokratischen und marktwirtschaftlichen System hatten und eine Transformation zur konsolidierten Demokratie mit dem Beitritt zur EU im Jahr 2004 abgeschlossen wurde. Die Ukraine ist aber erfolglos im Transformationsprozess stecken geblieben und danach in sogar eine Kriegssituation gekommen. In der Diplomarbeit wird detailliert beschrieben, in welcher Transformationsphase sich die Ukraine vor dem Krieg befand.

Proteste und Revolutionen wie die „orangene Revolution“ im Jahr 2004 und der Euromaidan 2014, im Zuge derer sich die ukrainische Bevölkerung gegen die korrupte politische Elite auflehnte und mehr Demokratie einforderte, brachten keine echten Veränderungen bezüglich der demokratischen Transition. Dazu hatten wir noch seit 2014 einen Krieg im Osten des Landes und die russische Annexion der Krim, was zu einer weiteren politischen und wirtschaftlichen Destabilisierung der Ukraine führte und schließlich den Einmarsch der russischen Truppen.

Die zentrale Forschungsfrage lautet: „Wie transformierte sich der ukrainische Staat nach dem Zerfall der Sowjetunion bis zu Selenskyjs Wahlsieg?“ Durch diese Frage soll sowohl die Transformationsforschung bzw. wie der Transformationsprozess in der Ukraine verlief, als auch die ukrainische Staatlichkeit definiert werden. Daneben sollte uns klar werden, in welcher Transformationsphase sich die Ukraine befindet. Zur Beantwortung der Fragen wurden die qualitativen Methoden angewendet bzw. die Sekundärforschung und Diskursanalyse, in der ich mich mit mehreren wissenschaftlichen und journalistischen Texten auseinandergesetzt habe. Um die schrecklichen Ereignisse wie der heutige Krieg in der Ukraine zu vermeiden, ist es wichtig, diesen Transformationsprozess und seine Problematik zu verstehen.

Inhalt

1	Einführung.....	1
2	Methodik	3
3	Theorie	5
3.1.	Transformationsforschung	5
3.2.	Wichtige Begriffe	6
3.2.1.	Transition vs. Transformation.....	7
3.2.2.	Demokratische Transformation.....	8
3.3.	Konsolidierung	9
3.4.	Transformation in Osteuropa	11
4	Staat	14
4.1.	Was ist ein Staat?	14
4.2.	Die Wichtigkeit des Staates für den Transformationsprozess	18
4.3.	Definition des ukrainischen Staates.....	21
5	Die Entstehung des ukrainischen Staates und Chronologie der ukrainischen Transformation seit dem Zerfall der SU	25
5.1.	Der Zerfall der Sowjetunion und die Etablierung des oligarchischen Systems	25
5.2.	Kutschmas Ära	28
5.2.1.	Der ukrainische „Dritte Weg“	30
5.3.	Oligarchisierung der Ukraine und die „Orangene Revolution“	30
5.3.1.	Die Folgen der „Orangen Revolution“	32
5.4.	Die „orangene Regierung“ und die Entstehung von neuen politischen Zentren....	33
5.5.	Der Aufstieg von Janukowitsch	34
5.6.	Der „Euromaidan“	36
5.7.	Der „neue“ Petro Poroschenko.....	38
5.8.	Die Eskalation des Konflikts.....	40
6	Die inneren Akteure.....	42

6.1. Staatliche Institutionen	42
6.1.1. Präsident.....	43
6.1.2. Regierung und Parlament.....	43
6.3. Oligarchengruppen	45
6.3.1. Die Oligarchen	48
6.3.2. Die Oligarchen-Klans	51
6.4. Ukrainische Nationalisten.....	52
6.5. Zivilgesellschaft	54
7. Darstellung der wichtigsten äußeren Akteure und ihrer Interessen.....	57
7.1. EU.....	58
7.2. USA	61
7.2.1. Rolle des IWF	63
7.3. Russland.....	64
8. Zusammenspiel zwischen inneren und äußeren Akteuren und deren Auswirkung auf die Transformation	67
9. Schluss	72
9.1. „Multiple Krise“ als Hindernis für den Transformationsprozess.....	72
9.1.1. Zusammenfassung des oligarchischen Einflusses.....	74
9.2. Mögliche Alternativen	75
Quellen.....	77

1. Einführung

In meiner Diplomarbeit möchte ich mich mit dem Transformationsprozess in der Ukraine beschäftigen und analysieren bzw. herausfinden, wie und warum eine erfolgreiche Transformation in der Ukraine verhindert wird, um zu verstehen, warum sich das Land heute in einer schwierigen Situation befindet.

Nach Huntington können wir die Ukraine als Teil der sogenannten Vierten Demokratisierungswelle betrachten. Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion vor fast 30 Jahren begann eine Welle der demokratischen Transformation in Osteuropa, die in verschiedenen Ländern unterschiedlich verlaufen ist. Wir haben zum Beispiel Ungarn und Polen, wo wir einen schnellen Systemwechsel vom Realsozialismus zum demokratischen und marktwirtschaftlichen System hatten und eine Transformation zur konsolidierten Demokratie mit dem Beitritt zur EU im Jahr 2004 abgeschlossen wurde. Die Ukraine ist aber erfolglos im Transformationsprozess stecken geblieben und danach in sogar eine Kriegssituation gekommen. In der Diplomarbeit wird detailliert beschrieben, in welcher Transformationsphase sich die Ukraine vor dem Krieg befand. Mit Begriffen wie „blackmail state“ oder „state capture“ wird sehr oft das politische System der Ukraine in der Literatur beschrieben: Das bedeutet ein Staat, in dem sich Korruption durch alle Ebenen zieht und nicht der Wille des Volkes, sondern der von Oligarchen zählt. Proteste und Revolutionen wie die „orangene Revolution“ im Jahr 2004 und der Euromaidan 2014, im Zuge derer sich die ukrainische Bevölkerung gegen die korrupte politische Elite auflehnte und mehr Demokratie einforderte, brachten keine echten Veränderungen bezüglich der demokratischen Transition. Dazu hatten wir noch seit 2014 einen Krieg im Osten des Landes und die russische Annexion der Krim, was zu einer weiteren politischen und wirtschaftlichen Destabilisierung der Ukraine führte und schließlich den Einmarsch der russischen Truppen.

Wenn wir die an der Transformation beteiligten Akteure seit dem Zerfall der SU betrachten, sehen wir, dass manche staatliche Akteure und politische Eliten entweder von bestimmten Klans oder Oligarchen, von denen sie finanziert werden, kontrolliert werden oder selbst zu einem von diesen Klans oder Gruppen gehören. Wie oben schon beschrieben

wurde, hat der Übergang der Macht von den pro-russischen zu den pro-westlichen Oligarchen für den Fortschritt der Transformation in der Ukraine nicht viel gebracht und das Land befindet sich in einer katastrophalen Situation. In dieser Arbeit stellt sich auch die Frage, welche Rolle die staatlichen Institutionen in der Ukraine spielen, was genau ein Staat bedeutet und wie wir den ukrainischen Staat definieren können. Daneben sollte uns klar werden, in welcher Transformationsphase sich die Ukraine befindet und welche weiteren Schritte im Land unternommen werden müssen.

Dadurch lautet die zentrale Forschungsfrage: „Wie transformierte sich der ukrainische Staat nach dem Zerfall der Sowjetunion bis zu Selenskyjs Wahlsieg?“ Durch diese Frage soll sowohl die Transformationsforschung, bzw. wie der Transformationsprozess in der Ukraine verlief, als auch die ukrainische Staatlichkeit definiert werden. Die Definierung der ukrainischen Staatlichkeit hilft mir dann auch die Akteure, die beim Transformationsprozess eine wichtige Rolle spielen, herauszufinden.

Es sollte auch auf weitere Unterfragen eine Antwort herausgefunden werden: Welche Akteure spielen eine zentrale Rolle bei dem Transformationsprozess in der Ukraine? Welche Rolle haben die inneren Akteure und was sind deren Interessen? Wie werden ihre Interessen durchgesetzt? Welche Rolle haben die externen Akteure und was sind deren Interessen? Wie setzen sie ihre Interessen durch? Wie spielen die inneren und äußeren Faktoren/Akteure zusammen? Welchen Einfluss haben sie auf den Transformationsprozess? Welche Rolle hat die ukrainische Zivilgesellschaft? Welche Wirkung hat sie auf die Transformation des ukrainischen Staates?

Zur Beantwortung dieser Fragen sollen anhand der Analyse von Sekundärliteratur die Besonderheiten im Transformationsprozess in der Ukraine mithilfe theoretischer Konzepte aus der Transformationsforschung dargestellt und die Probleme im Transformationsprozess analysiert werden. Dazu werden die theoretischen Grundlagen der Transformationsforschung dargelegt und es wird auf die besondere Problematik der Transition nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion eingegangen. Im ersten Hauptteil der Arbeit folgt ein kurzer Überblick über den Transformationsprozess in der Ukraine und die genaue Analyse der dabei aufgetretenen Besonderheiten.

Da das Verhalten der Eliten und Elitenkonvergenz im Demokratisierungsprozess eine wichtige Rolle spielen und wir von einem „Dilemma von Gleichzeitigkeit“ sprechen, wo Modernität, Staatlichkeit und externe Akteure für einen raschen Konsolidierungserfolg besonders wichtige Variablen sind, werden wir uns in getrennten Kapiteln mit diesen Fragen und Variablen detaillierter beschäftigen (vgl. Merkel 2007: 427).

2. Methodik

In meiner Arbeit handelt es sich um eine qualitative Forschung bzw. Sekundärforschung und Diskursanalyse, in der ich mich mit mehreren wissenschaftlichen und journalistischen Texten auseinandergesetzt habe. Dass mir mein Thema seit Anfang des Masterstudiums bekannt war, hat es mir erleichtert, die Literatur anzusammeln, sodass ich alle für mich relevanten Texte im Laufe des Studiums gespeichert habe. Auch das Praktikum in der Ukraine hat es mir ermöglicht, meine Literaturrecherche zu verbreitern. Die Kenntnisse der russischen und ukrainischen Sprache haben es mir ermöglicht, Texte zu recherchieren, die aus verschiedenen Perspektiven geschrieben wurden und unterschiedlich die Situation in der Ukraine betrachten. Das erleichterte auch einen kritischen Zugang zu bestimmten Texten, weil man oft auf einen Widerspruch zwischen den Autoren gestoßen ist, was auch aus einer eigenen kritischen Sicht betrachtet und analysiert wurde.

Nach der Sammlung von Fachliteratur wurde mit der Durchführung der qualitativen Inhaltsanalyse gestartet. Jeder Text wurde gelesen und nach bestimmten Kapiteln (1–5) sortiert und kategorisiert. Nachdem die Literatur sortiert und zusammengetragen wurde, habe ich mich bei jedem Kapitel mit den Texten noch detaillierter und tiefer auseinandergesetzt, die Theorien und Meinungen verglichen und eigene Kapitel daraus ausgearbeitet. Beispielweise wurde die Geschichte der ukrainischen Transformation chronologisch sortiert, sodass man sich mit jeder Periode auseinandersetzen konnte, womit auch eine chronologische Entwicklung des Transformationsprozesses ermöglicht wurde. Während der Auseinandersetzung mit den chronologischen Ereignissen habe ich die wichtigsten Akteure, die für die demokratische Transformation relevant sind, kennengelernt und diese in weiteren Kapiteln in innere und äußere Akteure unterteilt, womit der Einfluss auf den demokratischen Transformationsprozess sowohl von innen als

auch von außen analysiert werden konnte. Besonders bei der Analyse der externen Akteure wurde die „westliche“ und „russische“ Perspektive auffällig, bei denen die Objektivität während der Analyse von zentraler Bedeutung war. Während der Analyse von allen Akteuren war es auch sehr wichtig, sich an die „rote Linie“ zu halten und nur für die demokratische Transformation wichtige Akteure zu analysieren. Um die „rote Linie“ nicht zu überschreiten, wurde die zentrale Frage im Hinterkopf gehalten und daraus nur das Wichtigste ausgewählt und bearbeitet.

Natürlich hat der Krieg in der Ukraine und der Einmarsch von russischen Truppen den Ablauf dieser Forschung etwas erschwert, da er unerwartet am Ende der Forschung bzw. schon beim Schreiben des vorletzten Kapitels passiert ist. Da in meiner Arbeit eine zeitliche Einschränkung gegeben ist (bis zur Präsidentschaftswahl und dem Sieg von Selenskyj), wurde diese Forschung doch bis zum Ende gebracht. Die Beschränkung wurde dadurch auch in der Forschungsfrage präzisiert. Nach der ersten Besprechung mit dem Betreuer benötigte ich wegen der aktuellen Situation doch eine Anpassung und Adaption der Kapitel, besonders derer, in denen es um die Rolle von äußeren Akteuren geht, was natürlich auch auf die letzten Kapitel eine Auswirkung hatte.

Diese Forschung ist aber von einer größeren Bedeutung geworden, da wir jetzt auch sehen können, wozu eine gescheiterte und fehlerhafte demokratische Transformation führen kann. Aus diesem Grund ist es sehr wichtig, diesen Transformationsprozess und seine Problematik zu verstehen, um solche schrecklichen Ereignisse zu vermeiden. Die Ukraine ist leider nicht das einzige Land, das in einer defekten Demokratie feststeckt und es ist wichtig, dass wir uns mit diesem Thema auch in der Zukunft beschäftigen, da wir jetzt auch sehen, wie eine defekte Demokratie und gescheiterte demokratische Transformation menschliche Leben kosten kann.

Das Auftauchen von zahlreichen subjektiven journalistischen Artikeln in der Zeit des totalen Informationskrieges haben meine wissenschaftliche Arbeit nicht beeinflusst, da ich, wie erwähnt, die Literatur mit einer zeitlichen Einschränkung noch vor dem Krieg gesammelt habe. Der totale Informationskrieg in letzter Zeit zeigt nur, wie es wichtig ist, sich mit Texten auseinanderzusetzen, die alle wissenschaftlichen Kriterien erfüllen.

Bei dem theoretischen Teil habe ich auch die Theorien zu den für mich bestimmten Begriffen sortiert und mich zuerst mit der Transformationsforschung allgemein und danach auch spezifisch für den osteuropäischen Raum auseinandergesetzt. In einem weiteren Kapitel habe ich mich mit der Staatstheorie beschäftigt, wobei neben der Erklärung der wichtigsten Begriffe auch der ukrainische Staat definiert wurde. Nachdem ich die Transformationsforschung und Staatstheorie erklärt habe, habe ich diese zwei Begriffe miteinander verbunden und die Wichtigkeit der Staatstheorie für eine Transformationsforschung beschrieben.

3. Theorie

3.1. Transformationsforschung

Die dritte Demokratisierungswelle begann am Ende der 1970er, als der Transformationsprozess auch Osteuropa umfasste. Diese dritte Demokratisierungswelle wurde nach Huntington durch fünf Faktoren determiniert: die Infragestellung der Legitimität von autoritären Regimen, das globale Wirtschaftswachstum in den 1960ern, das zweite vatikanische Konzil 1963–65, die Veränderung von Policies (Inhalten) von wichtigen externen Akteuren und das sogenannte Snowballing des Demokratisierungsprozesses bzw. der Demonstrations-Effekt der Transition in früheren Phasen der dritten Demokratisierungswelle als Modell oder als Muster für die weitere Durchführung von Demokratisierung in anderen Staaten (vgl. Huntington 1991: 13). Das hatte dann auch einen Effekt auf die schon erwähnte „vierte Demokratisierungswelle“, die nach dem Zerfall der Sowjetunion angefangen hat. Hier stellen sich aber zwei Fragen: Was wird transformiert und in welcher Form? Der Antwort auf die erste Frage wird unter dem Kapitel „Staat“ beantwortet, da es für uns wichtig zu verstehen ist, was für einen Staat wir haben bzw. handelt es sich in dieser Transformation nur um die Regierung, das Regierungssystem, ein politisches Regime, den Staat oder das ganze soziopolitische System? (vgl. Merkel 2010: 62) Die zweite Frage wird dann durch die Darstellung der wichtigsten Akteure in Kapitel 6 und 7 beantwortet, bzw. sollen wir nicht nur herausfinden, in welchen Etappen sich die Transformation vollzieht, sondern auch welche politischen und gesellschaftlichen Akteure hier beteiligt sind (vgl. ebd.: 62).

3.2. Wichtige Begriffe

Um sich mit einer demokratischen Transformation zu beschäftigen, werden auch die wichtigsten Begriffe erklärt. Besonders wichtig ist es, die Begriffe „Transition“ und „Transformation“ abzuklären und zu unterscheiden. Die beiden Begriffe werden oft als Synonyme verwendet und können in einigen Fällen verwirren.

Bevor ich mich aber mit dem Unterschied zwischen der Transition und Transformation beschäftige, ist es nötig, auch andere Begriffe wie *Regime*, *System* und *Staat* zu erklären. Da der Begriff Staat für unsere Forschungsfrage von einer zentralen Bedeutung ist, wird er danach in einem getrennten Kapitel detaillierter beschrieben.

Der *Regime* bezeichnet die formelle und informelle Organisation des politischen Herrschaftszentrums und jeweils besonders ausgeformte Beziehungen zur Gesamtgesellschaft (Merkel 2010: 63). Wichtig ist es auch den Unterschied zwischen Regimewandel und Regimewechsel zu erklären. Von einem Regimewandel können wir sprechen, wenn sich grundlegende Funktionsweisen und Strukturen einer Herrschaftsordnung zu verändern beginnen und wenn der Ausgang prinzipiell offen ist, während der Begriff Regimewechsel die Transformationsprozesse bezeichnet, die definitiv zu einem anderen Systemtypus führen (vgl. ebd.: 65 f.). Während ein Regierungswechsel in etablierten Demokratien zu einer politischen Normalität gehört, ist er in jungen Demokratien ein aufschlussreicher Testfall für die Konsolidierungsfortschritte des neuen Systems, hat eine erhebliche symbolische Bedeutung und gilt als Beweis für die Konsolidierung des jungen demokratischen Systems (vgl. ebd.: 63). Der Begriff *System* ist dagegen viel umfassender und beinhaltet Regierung, Regime und Staat (Merkel 2010: 64). Es handelt sich in Osteuropa nicht nur um die Transformation des Regimes, sondern auch um die wirtschaftlichen Strukturen und gesellschaftlichen Mentalitäten, weswegen der Begriff „System“ hier besser anwendbar ist, weil er umfassender als die anderen erwähnten Begriffe ist und deshalb die vielfältigen Interdependenzen der Transformationsprozesse politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Teilsysteme in das analytische Blickfeld rückt (vgl. ebd.: 65).

Der für uns wichtige Begriff *Transition* ist eigentlich eine Unterkategorie von Transformation, „Transition to Democracy“ ist eine akademische Schule, die den

politischen Transformationsprozess in die Richtung der liberalen Demokratie unterstützt und drei Phasen hat: Liberalisierung – Demokratisierung – Konsolidierung. Nach Carothers bedeutet die Transition zugleich die Entfernung von der Diktatur in die Richtung einer Demokratie. Die demokratischen Wahlen und der Ausbau eines funktionierenden Staates sind für ihn auch wichtige Bedingungen (vgl. Carothers: 7 f.). Auch bei der Transformation haben wir mehrere Phasen, sie kann aber auch eine politische, wirtschaftliche oder auch kulturelle Transformation sein. In meiner Diplomarbeit rede ich vor allem von einer politischen Transformation.

3.2.1. Transition vs. Transformation

Nach David Lane ist *Transformation* ein breiterer/freier Begriff als Transition, da Transition genau einen bestimmten Systemwechsel von einem zu einem anderen Regime bedeutet, bzw. von einem autoritären zu einem liberalen demokratischen, während der Transformationsprozess auch eine signifikante soziale Veränderung bedeutet, aber ohne klar definiertes Ergebnis bzw. ohne einen „end-state“ (vgl. Lane 30). Bei der Transition ist also klar definiert, was und wie transformiert wird, während der Transformationsprozess ein breiterer Begriff ist und unterschiedlich verlaufen kann und keine spezifische Bedeutung besitzt, sondern als Oberbegriff für alle Formen, Zeitstrukturen und Aspekte des Systemwandels und Systemwechsels benutzt wird bzw. auch Begriffe wie Regimewandel, Regimewechsel, Systemwandel, Systemwechsel und Transition umfasst (vgl. Merkel 2010: 66).

Wenn wir von Transformationstheorien reden, ist es auch wichtig, Luhmanns Systemtheorie zu erwähnen, wo argumentiert wird, dass, „wenn die funktionale Differenzierung der gesellschaftlichen Teilsysteme blockiert und verhindert wird, dies zu Effizienz- und Legitimationskrisen führt, die die Stabilität solcher Systeme untergraben“, bzw. „wird die funktionale Differenzierung von den autokratischen Herrschaftseliten zugelassen oder gefördert, ergeben sich daraus ebenso systemdestabilisierende Entwicklungen“ (ebd.: 70). Das können wir mit der „Modernisierungstheorie“ weiter verknüpfen, in der behauptet wird, dass, „je entwickelter ein Land wirtschaftlich ist, desto geringer die Wahrscheinlichkeit ist, dass dort eine Diktatur existiert und je reicher ein Land ist, es desto wahrscheinlicher ist, dass das politische System demokratisch ist“ (ebd.: 71).

3.2.2. Demokratische Transformation

Wie schon erwähnt, hat der Transformationsprozess nach Wolfgang Merkel auch drei Phasen: Ende des autokratischen Systems – Institutionalisierung – Konsolidierung. Aus einer analytischen Sicht sehen wir eine klare Trennung zwischen den bestimmten Phasen, in der Realität überlappen sich alle drei Phasen sehr häufig (vgl. ebd.: 94).

Die erste Phase bzw. das Ende des autokratischen Systems kommt nach der Krise des bestimmten autokratischen Regimes, was zu einer Instabilität und Machtteilung bzw. sogar zu einem Kollaps führen kann. Es können unterschiedliche Ursachen und Verlaufsformen sein, wie z. B. eine langandauernde Evolution, ein vom altem Regime gelenkter, von unten erzwungener oder ausgehandelter Systemwechsel, ein Regimekollaps oder wie in unsrem Fall ein Zerfall und eine Neugründung des Staates (ebd.: 101). Dass es oft zu einer Mischung von diesen Formen kommt, können wir auch am Beispiel der Ukraine sehen, wo eine Mischung von äußeren und inneren Faktoren zum Ende des kommunistischen Regimes geführt hat (ebd.: 103).

In der zweiten Phase, der Phase der Institutionalisierung, findet der Übergang von alter Elite zu den Institutionen statt. Das verläuft durch die Herausbildung von demokratischer Systemstrukturierung, in der sich auch eine Verfassung durch bestimmte Verfassungsorgane entwickeln sollte. Das ist die entscheidende Phase und der Anfang einer Demokratisierung, in dem ein Übergang von einer Person (oder einer Gruppe von Personen) auf die institutionellen Regeln stattfindet (vgl. Merkel: 105). Diese Phase endet erst dann, wenn eine neue demokratische Verfassung verabschiedet wird (vgl. ebd.: 105). Das Problem bei der Institutionalisierung liegt darin, dass es oft zu einer Auseinandersetzung zwischen verschiedenen Interessen kommt, z. B. zwischen mächtigen Akteuren, deren spezifische Interessen missachtet werden oder wenn Allgemeininteressen nicht ausreichend betrachtet werden, wodurch es zu einer nicht ausreichenden Legitimität in der Bevölkerung kommen kann, wodurch die Institutionen instabil bleiben und das Land in eine „defekte Demokratie“ führen können (vgl. ebd.: 106). In der Ukraine hat sich ein semipräsidentielles bzw. ein präsidentiell-parlamentarisches Regierungssystem entwickelt, was ein typisches Ergebnis einer machtpolitischen Pattsituation ist, in der weder die alten Regimeeliten noch die demokratischen Reformkräfte allein die Agenda der

Verfassungsgebung bestimmen können (vgl. ebd.: 109). Die Institutionen sind in dieser zweiten Phase entstanden, aber wie sie funktionieren und inwiefern diese Institutionen stabil sind, werden wir erst in der dritten Phase sehen. Die Phase der Demokratisierung endet also mit der Verabschiedung einer Verfassung, was in der Ukraine auch geschehen ist, aber das Land ist leider immer noch von einer stabilen konsolidierten Demokratie sehr weit entfernt.

3.3. Konsolidierung

Sehr oft werden die ersten freien demokratischen Wahlen als Anfang der Konsolidierung betrachtet, nach Merkel fängt sie aber mit der Verabschiedung der Verfassung und hat vier Ebenen: konstitutionelle Konsolidierung, repräsentative Konsolidierung, Verhaltenskonsolidierung und Konsolidierung der Staatsbürgerkultur (vgl. ebd.: 110 f.). Nach Geoffrey Pridham kann die Konsolidierung nicht nur positiv, sondern auch negativ sein, wenn kein relevanter politischer oder sozialer Akteur außerhalb der demokratischen Institutionen seine Interessen und Ziele verfolgt, weil keine attraktive Systemalternative zur Demokratie existiert (Merkel 2007: 415 f.). Von einer positiven Konsolidierung können wir sprechen, wenn das gesamte System nicht nur in den Augen der Eliten legitim ist, sondern auch die Einstellungs-, Werte- und Verhaltensmuster der Bürger einen stabilen Legitimitätsglauben an die Demokratie reflektieren (ebd.: 416). Mit anderen Worten bezieht sich die Konsolidierung auf die Etablierung, Glaubwürdigkeit und Legitimität des Gesamtsystems und beschränkt sich nicht auf das Elitenhandeln, sondern bezieht die positiven Einstellungsmuster der Bürger in die Beurteilung des Konsolidierungsniveaus demokratischer Systeme mit ein (Merkel 2010: 37).

Die konstitutionelle Konsolidierung umfasst die zentralen politischen Verfassungsinstitutionen bzw. die sogenannte Makroebene bzw. Strukturen wie Regierung, Parlament, Judikative, Wahlen und Staatsoberhaupt (ebd.: 112). Hier müssen drei Kriterien erfüllt sein: institutionelle Effizienz (die politischen Institutionen müssen die politische Stabilität produzieren), Transparenz (die politischen Entscheidungen müssen demokratisch legitimiert und kontrollierbar sein) und Inklusion (die Institutionen müssen die politische und soziale Integration und Partizipation fördern) (Merkel 2007: 418). Die repräsentative Konsolidierung ist auf einer Mesoebene bzw. betrifft die Akteure sowie die

territorialen und funktionalen Interessenpräsentanten wie Parteien oder Interessenverbände (Merkel 2010: 112). Auch auf einer Mesoebene ist die Verhaltenskonsolidierung, die informelle und potenzielle politische Akteure umfasst, wie Militär, Großgrundbesitzer, Finanzkapital, radikale Bewegungen etc. (ebd.: 112). Schließlich sind auf einer Mikroebene die Bürger bzw. die Konsolidierung der Bürgergesellschaft, wo wir also von „civic culture“ (Einstellungen und Werte der Bürger) und „civil society“ (Aspekt des Bürgerhandels in der Gesellschaft und gegenüber dem Staat) sprechen (vgl. ebd.: 124 f.).

Bei allen diesen Phasen lässt Merkel hier vier Gruppen erkennen, von konsolidierten Ländern (wie Estland oder Slowenien) bis zu nicht konsolidierten Ländern (wie Russland und Albanien) (ebd.: 419). Die Ukraine finden wir auf der Grafik nicht, obwohl wir in unsrer Arbeit schon merkten, dass keine Rede von einer konsolidierten Demokratie sein kann. In der Ukraine haben wir dagegen die sichtbaren Defekte, die wir weiter erwähnen, wobei wir dieses Land in die dritte Gruppe, zusammen mit Serbien und Mazedonien zuordnen könnten. (Für eine sichere Zuordnung wäre es aber nötig, die Indikatoren aus dem BTI zu berechnen.)

Erst wenn die Verfassung ins Kraft tritt und „informelle“ politische Akteure auch integriert werden, können wir von einer konsolidierten Demokratie sprechen. Das ist aber nur dann der Fall, wenn die Forderung von Massen und Eliten übereinkommt. Wenn dies nicht der Fall ist, kommt zu einer Polarisierung der Eliten und Massen, was in einer nichtkonsolidierten Demokratie bzw. Pseudodemokratie resultieren kann, oder sogar in einem Rückfall in ein autokratisches System.

„Das Verhalten der Eliten ist von außerordentlicher Bedeutung für demokratische Konsolidierung und wenn es unter den Eliten zu einem Minimalkonsens hinsichtlich der fundamentalen demokratischen Spielregeln kommt, besitzt die Demokratie gute Konsolidierungschancen auf allen vier Ebenen. Voraussetzung ist aber, dass die politischen und gesellschaftlichen Eliten ihr Interesse und Konflikte innerhalb der Verfassungsinstitutionen verfolgen“ (ebd.: 113). Die Bevölkerung muss aber auch lernen, dass die Demokratie nicht primär bedeutet, gesellschaftliche Probleme zu lösen, sondern, dass Regierungen abgewählt werden können (Merkel 2010: 37).

Es ist wichtig, die Transformation in der Ukraine aus einer akteurstheoretischen Perspektive zu betrachten, da wir verschiedene Akteure haben, die die demokratische Transformation in der Ukraine stark beeinflussten und ohne die es schwer ist, einen Transformationsprozess zu erklären (ebd.: 88). Um einen besseren Überblick über die an der ukrainischen Transformation teilnehmenden Akteure zu schaffen, habe ich sie auch in „innere“ und „äußere“ Akteure unterteilt, womit sich in den folgenden Kapiteln detailliert beschäftigt wird.

3.4. Transformation in Osteuropa

Nach dem Zerfall der Sowjetunion hatten wir im postsowjetischen Raum ein niedriges sozioökonomisches Entwicklungsniveau und eine ungleiche Verteilung gesellschaftlicher Ressourcen, was in vielen neu entstehenden Staaten zu einer defekten Demokratie geführt hat (ebd.: 38). Unter einer „defekten Demokratie“ verstehen wir „die Herrschaftssysteme, die sich durch das Vorhandensein eines weitgehend funktionierenden demokratischen Wahlregimes zur Regelung des Herrschaftszugangs auszeichnen, aber durch Störungen in der Funktionslogik eines oder mehrerer der übrigen Teilregime die komplementären Stützen verlieren, die in einer funktionierenden Demokratie zur Sicherung von Freiheit, Gleichheit und Kontrolle unabdingbar sind“ (ebd.: 38). In vielen osteuropäischen Staaten, auch in der Ukraine, ist die Transformation mit ungelösten Identitäts- und Staatlichkeitskrisen der politischen Gemeinschaft belastet und je länger sich totalitäre Regime institutionalisieren konnten, desto wahrscheinlicher sind Defekte in der nachfolgenden Demokratie (vgl. ebd.: 39). Der Zuwachs des Nationalismus und die Spaltung des Landes in die pro-russische Bevölkerung im Osten und pro-westliche im Westen des Landes, die unkontrollierten Privatisierungen durch die ehemaligen sowjetischen sogenannten roten Direktoren, die statt zu einem freien Markt zur Entstehung von verschiedenen oligarchischen Klans geführt haben, die „Krim-Frage“ nach dem Zerfall der Sowjetunion und schließlich der Krieg mit Russland haben die Chancen für die Ukraine auf einen erfolgreichen Demokratisierungsprozess deutlich verringert. Wir können hier sogar von einer grauen Zone und einem politischen Syndrom sprechen bzw. von einem „fleckless pluralism“, in dem wir schon eine politische Freiheit und regelmäßige Wahlen und verschiedene politische Gruppierungen haben, aber gleichzeitig leidet das Land unter dem geringen politischen Partizipation und ineffektiven politischen Eliten, die

nur im eigenen Interesse bzw. dem Interesse eines bestimmten oligarchischen Klans handeln (vgl. Carothers: 10). Auch das zweite politische Syndrom, die sogenannte „Dominant-power Politics“, in dem eine politische Gruppe (eine Partei oder eine Familie) im System dominiert, im Land alle Regelungen herstellt und sogar die Wahlen kontrolliert, war für die Ukraine relevant, aber in letzten Jahren können wir von einem Übergang von einem Syndrom zu dem anderen, bzw. von „dominant-power politics“ zu dem „fleckless pluralism“ sprechen (vgl. Carothers: 13 f.). Carothers argumentiert auch, dass diese Syndrome auch ein bestimmtes Maß an der Stabilität besitzen, bzw. werden die eigenen allgemeinen Regeln akzeptiert, was meiner Meinung nach den Ausstieg aus solchen stabilisierten Systemen nur erschwert (vgl. ebd.: 13). Nach der Revolution und dem Sturz von Janukowitsch ist die Oligarchie immer noch ein anwesender Faktor in der Ukraine. Wir könnten von einem Ende des semi-autoritären Regimes sprechen, aber nicht von einem Abgang der konsolidierten Demokratie bzw. haben wir in der Ukraine nicht mehr eine „stark defekte“, sondern „nur“ eine „defekte Demokratie“ (vgl. Merkel 2007: 424). Wenn wir die Erfahrung von Ostmitteleuropa betrachten, könnte der EU-Beitritt auch für die Ukraine ein Weg zu rechtstaatlicher Demokratie sein, worüber in der europäischen Gemeinschaft aktiv diskutiert wird.

Die defekten Demokratien sind sonst der Fall in Gesellschaften mit niedrigem Bildungsniveau und klientelistischen und patrimonialen Strukturen, wir dürfen aber sowohl die defekte Demokratie als auch die oben genannten Syndrome als nicht für eine Demokratie notwendiges Übergangsregime verstehen, sondern als Problem, das gelöst werden muss, damit sich das Land in einer defekten Demokratie nicht versteckt und weiter stagniert (vgl. Merkel 2010: 40).

Die demokratischen Wahlen in der Ukraine wurden etabliert und damit auch die Regierung legitimiert, aber es ist eine tiefe Kluft zwischen den politischen Eliten und Bürgern entstanden und das Land wurde von politischen Eliten und bestimmten Oligarchen abhängig.

In der Ukraine und in anderen neu entstehenden Staaten hat ein Wandel von wirtschaftlichen Strukturen und gesellschaftlichen Mentalitäten stattgefunden, was den Transformationsprozess auch deutlich erschwert (vgl. ebd.: 65). Genau da liegt der größte

Unterschied zwischen den osteuropäischen und den anderen Transformationen bzw. Systemübergängen, bzw. reden wir hier von einem „Dilemma der Gleichzeitigkeit“, in welchem gleichzeitig mehrere Transformationsprozesse, zum Beispiel gleichzeitig die wirtschaftliche, politische und staatliche Transformation, stattfinden (vgl. ebd.: 324). Das Problem liegt darin, dass wir kein „Muster“ für solche Transformationsprozesse haben und genau deswegen ist es wichtig, sich mit diesem Thema zu beschäftigen und eine Lösung zu entwickeln.

In unserem Fall haben wir genau in der Ukraine ein solches Problem, wo neben einer wirtschaftlichen und politischen eine staatliche Transformation stattfindet, womit die Ukraine für das Problem des „Dilemmas der Gleichzeitigkeit“ ein gutes Beispiel ist. Die Lage hier ist deutlich dramatischer als in Ländern der zweiten und dritten Welle der Demokratisierungsprozesse und wir haben sowohl hohe wirtschaftliche Wohlstandsverluste bzw. einen Rückgang der wirtschaftlichen und sozialen Standards als auch eine hohe Gefahr einer Reautokratisierung und Stagnation in einer „defekten Demokratie“ (vgl. ebd.: 330). In einem solchen Staat ist das Vertrauen in die staatlichen Institutionen ist sehr gering und damit auch die demokratische Partizipation, was zu einem „Teufelskreis“ führt, da ohne eine aktive Zivilgesellschaft ein erfolgreicher Demokratisierungsprozess und Ausstieg aus defekter Demokratie schwer vorstellbar ist. Das „State-Building“ ist laut Carothers eine sekundäre Herausforderung für eine Etablierung der Demokratie und ist spielt für einen demokratischen Transformationsprozess eine sehr wichtige Rolle.

Am Beispiel der Ukraine sehen wir, wie die Rolle eines starken Staates für die Konsolidierung der liberalen Demokratie unterschätzt werden kann, da wir uns ohne einen starken Staat keine parteiunabhängigen bürokratischen Prozesse vorstellen können, die auch immun gegen verschiedene politische und wirtschaftliche Einflussnahmen sein sollten (vgl. Kudelia 2012: 426). Wegen der ungelösten Staatsfrage können wir nicht von einer abgeschlossenen Konsolidierungsphase in der Ukraine sprechen und genau das Problem der Staatlichkeit hat einen großen Einfluss auf die demokratische Konsolidierung als mögliche Inferenz der gleichzeitigen politischen und wirtschaftlichen Transformation, da wir ohne Staat keine Zivilgesellschaft haben und ohne Zivilgesellschaft keine Demokratie (vgl. Merkel 2010: 433).

4. Staat

Das Problem der Staatlichkeit hatte einen großen Einfluss auf den Erfolg und das Scheitern der demokratischen Konsolidierung in Osteuropa als mögliche Interferenzen der gleichzeitigen politischen und wirtschaftlichen Transformation (vgl. Merkel 2007: 429). In einigen Ländern hat das kommunistische Regime nach Merkel einen einigermaßen funktionierenden Staat, ein Verständnis für die notwendigen Funktionen des Staates und geringe sozioökonomische Unterschiede hinterlassen, aber gleichzeitig haben wir auch eine zweite Ländergruppe, die mit einem funktionierenden Staatswesen besondere Probleme hatte und diese, wie in der Ukraine, nicht friedlich lösen konnte (vgl. ebd.: 428 f.). Die Ukraine musste den neuen Staat bzw. die staatlichen Institutionen bilden, auch dort, wo sie früher überhaupt nicht gegeben waren (vgl. Carothers: 16). Wir hatten in der Ukraine einen Zerfall und einen Umbau der wirtschaftlichen Ordnung bzw. eine Neugründung des Staates, weshalb wir von einem „Dilemma der Gleichzeitigkeit“ sprechen können: was einen gleichzeitigen politischen und wirtschaftlichen Systemwechsel und die Neugründung des Staates bedeutet. Welche Staatsbegriffe für die Ukraine anwendbar sind (nach Kudeila und Riabchuk) und wie er genau aussieht, sollte durch die Definition des Staates bzw. des ukrainischen Staates deutlich gemacht werden. Hier werde ich mich mit den verschiedenen Begriffen beschäftigen und diese in Verbindung mit der Ukraine und ihrem Transformationsprozess einsetzen. Davor wird im theoretischen Teil auch erklärt, was genau unter dem Begriff „Staat“ verstanden wird, wozu ich mich auch mit verschiedenen Staatsbegriffen (nach Birgit Sauer und Ulrich Brandt) beschäftigen werde.

4.1. Was ist ein Staat?

Der Staat ist eine Zentralkategorie moderner politischer Theorien, von den Vertragstheoretikern der frühen Neuzeit über die Marxsche Kritik des bürgerlichen Staates und die Theorien der Begründung der Notwendigkeit eines nationalen Staates von Hegel und Fichte bis hin zu Webers Bürokratietheorie (Sauer: 339). Unter dem „Staat“ verstehen wir eine Struktur von Institutionen, die verbindliche Entscheidungen zur Gestaltung und Aufrechterhaltung von gesellschaftlicher Ordnung trifft und durchsetzt und in der klassischen Definition ist der moderne Staat durch seine Territorialität, Staatsgebiet und

Staatsgewalt bestimmt (Sauer 2011: 339). Der Nationalstaat wird als unabhängige politische Gemeinschaft verstanden bzw. handelt es sich hier vor allem um einen souveränen Staat, der von inneren und außerpolitischen Mächten unabhängig ist und in dem staatsbürgerliche Rechte realisiert werden können (vgl. ebd.: 339). Im Unterschied zu einem „regulatorischen“ oder „fordistischen“ Staat aus dem 20. Jh. reden wir heute von einem „postfordistischen“ Staat, der dezentriert und als ein Akteur unter anderen gesellschaftlichen Akteuren die Form von Governance annimmt (vgl. ebd.: 339 f.).

Nach Merkel „ist der Staat eine dauerhafte Herrschaftsstruktur, die in ihrem Kern die legitimen oder illegitimen Zwangsmittel einschließt, die notwendig sind, um eine Gesellschaft zu regieren und die dafür notwendigen Ressourcen (Steuern, Zustimmung, Unterstützung) aus dieser zu ziehen“ (Merkel 2010: 64). Im Unterschied zum Regime, dessen Normen und Prinzipien sich im Lauf einer politischen Transformation ändern, bleiben die formalen Strukturen des Staates häufig von vergleichbaren Veränderungsprozessen verschont (ebd.: 64). Solche Behauptung können wir dem „neuen Institutionalismus“ zuordnen, was aber von neomarxistischen Ansätzen stark kritisiert würde. Während Max Weber behauptet, dass nur der Staat und seine Institutionen das Recht haben, Verfügungsgewalt (durch Gesetze, Bürokratie, Geld) wie auch physische Gewalt (Polizei, Militär, Gefängnisse) auszuüben und dass die Bürger einen Teil ihrer Freiheit aufgeben müssen, um im Gegenzug dazu Schutz und Sicherheit vom Staat zu erhalten, ist der bürgerliche Staat in neomarxistischen Ansätzen ein Mittel der herrschenden Klasse, die durch den Staat ihre Interessen umsetzt und als repressiver Arm des Bürgertums gefasst wird (vgl. Sauer 2011: 342 ff.). Sie haben aber auch eine gemeinsame Vorstellung, und zwar, dass der Staat keine von gesellschaftlichen Verhältnissen unabhängige Instanz ist, sondern dass der Staat und die Gesellschaft bzw. Ökonomie miteinander verschränkt sind (ebd.: 343).

Die Staatsmacht sei die Verdichtung eines Kräfteverhältnisses der gesellschaftlichen Klassen (ebd.: 345). Der kapitalistische Staat ist nach ihm eine spezifische und materielle Verdichtung eines Kräfteverhältnisses zwischen Klassen und Klassenfraktionen und diese Verhältnisse werden durch den Staat auch stabilisiert (Brand 2010: 148). Brand beschreibt den Staat auch aus einer kritischen Perspektive, versteht ihn als institutionalisiertes und gleichzeitig umkämpftes soziales Verhältnis, der weniger neutraler und dem

Allgemeinwohl verpflichteter Problemlöser ist, sondern eine zentrale Instanz, um die bestehenden herrschaftsförmigen gesellschaftlichen Verhältnisse abzusichern (ebd.: 145 f.). In neo-marxistischen Theorien wird der Begriff „Staat“ internationalisiert und als nationaler Wettbewerbsstaat verstanden, weil der kapitalistische Markt nicht nur in den Staat, sondern in ein dichtes Geflecht außerökonomischer Institutionen und Wertvorstellungen eingebettet ist (ebd.: 150 f.). Nach Joachim Becker ist der bürgerliche Staat keine neutrale Einrichtung, er ist als politisches Herrschaftsverhältnis in Produktionsverhältnisse eingelassen, die durch den Zwang zu Kapitalakkumulation und durch Lohnarbeit gekennzeichnet sind und trägt zur Aufrechterhaltung der durch strukturelle Ungleichheit gekennzeichneten Produktionsverhältnisse bei (Becker 2015: 10). Neben den Kapitalinteressen wirken auch die verschiedenen Interessen anderer gesellschaftlicher Gruppen auf den Staat (vgl. ebd.: 10).

Im Unterschied zu neomarxistischen Theorien begreift Foucault den Staat nicht als eine gesonderte institutionelle Form, sondern als Element einer spezifischen Machtform, die die Menschen individualisiert und Gemeinschaften totalisiert (Sauer 2011: 346). Der Staat agiert in einem Netz sozialer Machtverhältnisse, die ihm vorausgehen, ihn stützen und ihm sein Gewaltmonopol verliehen (ebd.: 347). Foucault verwirft den Staatsbegriff als allgemeine Kategorie und führt das Konzept Gouvernamentalität ein, in welchem die staatliche Macht dezentriert ist (vgl. ebd.: 347). Einerseits lässt sich der Staat als Disziplinierungs-, Normalisierungs- oder Machtapparat begreifen, andererseits können wir ihn auch als produktiv-ermöglichend fassen (vgl. ebd.: 347).

Für Gramsci setzt sich der erweiterte Staat aus Zivilgesellschaft und politischer Gesellschaft zusammen, bzw. stellt er eine Formel dar, in der er die Zwangsseite der politischen Gesellschaft betont wird: „Staat = politische Gesellschaft + Zivilgesellschaft, das heißt Hegemonie gepanzert durch Zwang“ (Becker 2015: 19). Gramsci behauptet also, dass der Staat nicht nur mithilfe von Zwang, sondern auch mithilfe von Überzeugungskraft und Bewusstseinsbildung agiert (vgl. Sauer 2011: 345 f.). Becker sieht aber hier noch ein Element zur Durchsetzung staatlicher Politik, und zwar die klientelistischen Praktiken, die also einen individuellen und privilegierten Zugang zu staatlichen Leistungen im Gegenzug zu politischer Loyalität zu einer politischen Gruppierung bieten, wenn z. B. ein herrschender Block nicht hegemoniefähig ist, kann er die Zustimmung durch

klientelistische Praktiken erkaufen, was in peripheren Staaten, darunter auch die Ukraine, für die die relativ schwache Ausprägung der Zivilgesellschaft charakteristisch ist, eine gewöhnliche Praxis ist (vgl. Becker 2015: 19). Hier reden wir also von einem „Korruptions-Betrug“, der laut Gramsci zwischen Zwang und Konsens steht (vgl. ebd.: 20). In den peripheren Staaten und auch in der Ukraine, wo der Staat alles und die Zivilgesellschaft sehr schwach ist, nehmen die klientelistischen Praktiken eine zentrale Stellung in staatlichen Praktiken ein (vgl. ebd.: 27).

In letzter Zeit wird von Governance und von einer Internationalisierung, Privatisierung und Informalisierung von Staatstätigkeit gesprochen, in welcher die nationalstaatlicher Entscheidungsmacht in neuen Institutionen mit zivilgesellschaftlichen Akteuren sowie mit neuartigen Instrumenten realisiert wird (Sauer 2011: 349). Die Entscheidungsmuster haben wir also sowohl auf supranationaler als auch auf nationaler und lokaler Ebene, die nichtstaatlichen Akteure sollten in diese Entscheidungen eingebunden werden und schließlich bezeichnet Governance den Abbau von bürokratischer Steuerung und von Hierarchien innerhalb staatlicher Verwaltungen sowie deren Verpflichtung auf Transparenz und Bürgerinnenfreundlichkeit wie auch auf Effizienz bzw. ökonomische Rationalität (vgl. ebd.: 350).

Bevor wir von einer demokratischen Transformation der Ukraine sprechen, sehen wir hier, wie der Begriff „Staat“ auch transformiert wurde und wie sich seine Bedeutung ändert. Der Staat kann nicht mehr als geschäftsführender Ausschuss einer gesellschaftlichen Gruppe begriffen werden, sondern muss als eine dezentrierte und relativ autonome Institutionalisierung von Macht konzeptualisiert werden und die Staatlichkeit ist nicht nur ein Institutionsapparat, sondern ein soziales Kräftefeld, in dem sich soziale und kulturelle Differenzen zu konflikthaften Ungleichheitsstrukturen verknüpfen (ebd.: 351). Als ein soziales Kräftefeld zeichnet sich der Staat durch einen Kompromiss zwischen unterschiedlichen Interessen und Mächten aus und die Staatlichkeit ist damit ein Ergebnis mächtiger Netzwerke und Strukturen, entsteht aber auch aus menschlichen Praxen (vgl. ebd.: 352). Der Staat ist eine Sphäre von Ideen, Interpretationen und hegemonialen Diskursen und die sozialen Positionen und politischen Identitäten müssen aktiv angeeignet bzw. von den Individuen entworfen und gelebt werden (ebd.: 352). Nach Birgit Sauer ist

der Staat eine filternde und strukturierte, aber auch eine strukturierende und produktive Struktur, ein Feld, das Identitäten, Interessen und Institutionen hervorbringt (ebd.: 353).

4.2. Die Wichtigkeit des Staates für den Transformationsprozess

Manche Staaten der ehemaligen Sowjetunion befinden sich in einer Transition zur Demokratie, sie entfernen sich von autoritären Regimen in Richtung Demokratie, etablieren reguläre Wahlen und bekommen eine legitime Regierung. Eine erfolgreiche Demokratisierung ist aber von politischen Absichten und Aktivitäten der politischen Eliten abhängig und der Staatsaufbau ist eine sekundäre Herausforderung für den Aufbau der Demokratie bzw. sehen wir eine direkte Verbindung zwischen der Staatlichkeit und demokratischer Transformation (vgl. Carothers: 17). Wie in den meisten Nachfolgestaaten der Sowjetunion ist das Parteiensystem in der Ukraine von einer Konsolidierung noch weit entfernt (Bos 2008: 209). Das Vertrauen in Parteien und die Wahlbeteiligung in postsozialistischen Ländern ist sehr gering, was mit der Unzufriedenheit der Bürger mit dem Transformationsprozess verbunden ist und in meisten Ländern gibt die Mehrheit der befragten BürgerInnen an, dass Parteien in ihrem Land extrem korrupt seien (vgl. ebd.: 289 ff.). Durch Korruption werden die Partizipations- und Repräsentationsrechte der BürgerInnen eingeschränkt und der politische Wettbewerb zwischen den Parteien verzerrt (ebd.: 296). Der Begriff „Kartellpartei“ beschreibt sehr gut die öffentliche Nähe zwischen einer Partei und dem Staat, in dem es zu einer Kartellbildung der Parteieliten mit der politischen Klasse kommt (ebd.: 285 f.). Das primäre Ziel dieser Parteien ist der Zugriff auf die finanziellen Ressourcen des Staates und es ist kein Wunder, dass das Vertrauen in die Parteien in letzten Jahren nur sinkt. Durch die Korruption der Parteien, die normale Funktion eines Staates verhindern, dessen Institutionen nicht mehr den Interessen der Bevölkerung dienen, werden die Qualität der Demokratie stark beeinträchtigt und die demokratischen Prinzipien gefährdet (vgl. ebd.: 297 f.). Durch den Privatisierungsprozess in der Ukraine sind die Oligarchen mächtig geworden und haben den Staat ihrer Kontrolle unterworfen (vgl. Yurchenko 2012: 126). Das Problem in der Ukraine liegt auch darin, dass der Prozess der Transition von den staatlichen Akteuren nicht genau verstanden wurde bzw. seine Durchführung durch eine inkompetente und korrupte Regierung nicht möglich ist. Stattdessen wurde die Kleptokratie institutionalisiert und dies resultierte in einer Auseinandersetzung sowohl zwischen inneren Akteuren bzw. vor allem zwischen den

verschiedenen oligarchischen Gruppen als auch zwischen den äußeren Akteuren, vor allem zwischen EU, USA und Russland (vgl. Yurchenko 2018: 160). Das zeigt uns, wie schwach eigentlich der ukrainische Staat ist und ein schwacher Staat ist eine Bedrohung für demokratische Konsolidierung (vgl. Kuzio 2002: 52).

Im Unterschied zu Merkel, der behauptet, dass die kommunistischen Regimes einen funktionierenden Staat hinterlassen haben und damit die Transition erleichtern, spricht Kuzio von dem durch das kommunistische Regime hinterlassenen totalitären Erbe, das in der Ukraine einen bedeutenden und negativen Einfluss auf die Transition hat, weil der Totalitarismus den Staat verschmolzen hat bzw. hat nach ihm der sowjetische Totalitarismus keinen Markt und keinen Rechtsstaat gekannt hat (vgl. ebd.: 52 f.). Statt einer „normalen“ Transition hatten wir in der Ukraine eine „vierfache Transition“, weil sich das Land sowohl mit einer Staats- als auch mit einer Nationsbildung getroffen hat und diese Behauptungen von Kuzio können wir mit dem von Merkel schon erwähnten „Dilemma der Gleichzeitigkeit“ vergleichen, in welchem er auch von mehreren Transformationsphasen gleichzeitig gesprochen hat (vgl. ebd.: 55). In der Ukraine liegt das Problem auch darin, dass die postkommunistische Elite einen „dritten Weg“ zwischen Kapitalismus und Kommunismus gesucht hat, was eigentlich zu einer Stagnation geführt hat und deswegen können wir sogar nicht mehr von einer „Transition“ sprechen, weil das Land einfach stagniert und sich in keine Richtung bewegt hat (vgl. ebd.: 64). Stattdessen hatten wir nur die Stärkung von regierender Elite und Nomenklatura-korporativen Klans in einer Symbiose aus Oligarchie und Autoritarismus, die in der ukrainischen Politik dominieren (vgl. ebd.: 64). Kuzio nennt auch vier Faktoren, die gegen ein erfolgreiches und rasches Ergebnis der politischen und ökonomischen Transition der Ukraine sprechen:

1. Die feste Etablierung der früheren Nomenklatura und der gegenwärtig regierenden oligarchischen Klasse, die nur an der Vermögensabschöpfung und den Weiterverkauf von Gütern ins Ausland interessiert ist.
2. Die Angst, die Staatlichkeit zu verlieren, die auf der vergangenen Erfahrung, realen inneren Spaltungen und einer potenziellen russischen Bedrohung beruht, arbeitet nicht zugunsten eines Pluralismus.

3. Die Ukraine ist eine typische delegierte Demokratie, die Bürger bleiben zwischen den Wahlen passiv. Diese demokratische Legitimität wird genützt, um autoritäre korporative Politik zu machen und zu rechtfertigen.

4. Die Überzentralisierung des Staates ist ein Erbe sowohl des sowjetischen politischen Systems als auch der Furcht der Ukraine, ihre Unabhängigkeit durch einen Zerfall des Landes zu verlieren bzw. fürchten die regierenden Eliten, dass die Dezentralisierung den Regionalismus stärken würde, was zu einem Separatismus führen kann (ebd.: 67 f.).

Die Passivität der Bürger (die aber noch diskutierbar ist) und die separatistischen Tendenzen im Osten des Landes mit russischer Unterstützung, können die Argumente von Kuzio bestätigen. Obwohl es bei der Interpretation des kommunistischen Regimes unterschiedliche Meinungen gibt, kommen manche Autoren zum gleichen Schluss, und zwar, dass der Kommunismus in Osteuropa (im Raum der ehemaligen Sowjetunion) mehrere gleichzeitige Transformationen hinterlassen hat, was eine Ursache für das „Dilemma der Gleichzeitigkeit“ ist.

Durch den erwähnten Staatstheorien sehen wir, wie wichtig der Staat für eine Gesellschaft ist, besonders in osteuropäischen Ländern, wo der Staat besonders von zentraler Bedeutung ist und die Entwicklung des Landes bestimmt. Dazu sehen wir aber auch, wie stark die Oligarchen den ukrainischen Staat beeinflussen und damit die führende Rolle in dem politischen und ökonomischen Leben des Landes spielen und dadurch in einem Transformationsprozess auf keinen Fall ignoriert werden dürfen.

Neben dem Staat waren auch die Nation und Zivilgesellschaft in der Ukraine schwach entwickelt. Wie wichtig eine Zivilgesellschaft für die demokratische Transformation eigentlich ist, werden wir in weiteren Kapiteln beschreiben. Allerdings sind laut Kuzio die staatlichen Institutionen für den Aufbau der Zivilgesellschaft und damit für die erfolgreiche Transition notwendig bzw. stehen in konsolidierten Demokratien die Zivilgesellschaft und der Staat in einer Wechselwirkung zueinander, was in der Ukraine nicht der Fall ist. Stattdessen haben wir ein Misstrauen der BürgerInnen gegenüber dem Staat. Also haben der schwache Staat, die schwachen Institutionen und Parteien, die unfähig sind, die Interessen der Bürger gegenüber der postkommunistischen Elite zu schützen, zu dieser Stagnation beigetragen und damit keine notwendigen Bedingungen für

eine erfolgreiche Transition geschaffen (vgl. Kuzio: 64). Damit können wir die direkte Verbindung zwischen Staat und Transition feststellen bzw. merken wir, dass ohne einen starken Staat kein erfolgreicher Transformationsprozess möglich ist. Die Transformation in der Ukraine wurde nur formal durch die Herausbildung der staatlichen Institutionen wie Präsident, Parlament, Regierung und Judikative sowie die Entwicklung eines Wahlsystems abgeschlossen und mit dem Inkrafttreten der Verfassung aus 1996 erfolgte ihre rechtliche Verankerung. Das Schlüsselproblem laut Aslund ist, dass es in der Ukraine keine Rechtsstaatlichkeit gibt, die Eigentumsrechte garantieren kann (Aslund 2016: 825). Der Umbau des wirtschaftlichen Systems und die Privatisierungen waren außer Kontrolle und die katastrophalen Folgen sehen wir auch heute. Auf der mittleren Ebene lässt die repräsentative Konsolidierung noch viel zu wünschen übrig, denn vom Bestehen eines wirklichen Parteiensystems kann in der Ukraine noch keine Rede sein. Das problematische Elitenverhalten führt uns zum Gedanken, dass die Ukraine in einer Verhaltenstransformation stecken geblieben ist, denn mächtige Akteure wie die Klans setzen ihre Interessen zwar formal im Rahmen der Verfassungsinstitutionen durch, nachdem sie sich diese jedoch zuvor gefügig gemacht haben.

4.3. Definition des ukrainischen Staates

Die Transition vom Kommunismus zur Demokratie in den ehemals kommunistischen Staaten dauert länger als angenommen wurde und viele sind zwischen Totalitarismus und demokratischer Marktwirtschaft stecken geblieben bzw. statt einer Demokratieförderung erlebten manche Staaten einen „Teiltrückzug“ (Kuzio 2002: 63) Wegen der schwachen Staatskapazität ist es also schwer in der Ukraine von einer konsolidierten Demokratie zu sprechen. Wir haben hier einen ineffizienten Staat, der unfähig ist, die in der Verfassung festgelegten sozio-ökonomischen Rechte zu garantieren und stattdessen mit regionalen Klans und Oligarchen koexistiert (ebd.: 54). In Osteuropa sind die Formen der oligarchischen Herrschaft aus dem Staatssozialismus und die Nationalstaaten aus den zerfallenden multi-ethnischen Staaten entstanden (vgl. Becker 2015: 412). Die Staats- und Institutionsbildung hat erst nach der Unabhängigkeit stattgefunden, wodurch wir eine schwache Staatskapazität haben (vgl. Kuzio: 54). Der Kapitalismus wurde ohne Kapitalisten geschaffen und in den 1990ern wurde eine einheimische Bourgeoise aufgebaut, die mit dem Staat sehr eng verbunden war (vgl. ebd.: 427). In der Ukraine reden

wir von einer „primitiven“ Akkumulation des Kapitals, was zu der Entstehung von „black holes“ in der ukrainischen Wirtschaft und der sozio-ökonomischen Destabilisierung geführt hat, und zwar sieht Yurchenko hier vier Gründe:

1. Privatisierung der staatlichen Unternehmen und primitive Akkumulation des staatlichen Kapitals, das in die Hände von Oligarchen geraten ist.
2. Ausländische Direktinvestitionen und ihre ungleichen Auswirkungen auf die Akkumulation von inländischem und ausländischem Kapital.
3. Die Kreierung von Sonderwirtschaftszonen und „Priority Development Areas“ innerhalb des Staates.
4. Reform der staatlichen Einkaufsgesetzgebung und Missbrauch des Verfahrens (Yurchenko 2012: 130 f.).

Der Machtwechsel zwischen politischen Gruppierungen, die von den Oligarchen abhängig sind, ist ein Zeichen für den schon erwähnten „fleckless pluralism“. In der Ukraine reden wir nicht mehr von einem autoritären Regime, sondern von einem „failing state“, da wir hier von einer fehlenden Staatlichkeit sprechen bzw. von fehlenden staatlichen Institutionen, die die Monopolisierung der Gewaltanwendung garantieren können (vgl. Merkel 2010: 448). Die Ukraine konnten wir auch dem „hybriden Regime“ und einer defekten Demokratie zuordnen, weil sie sich in einer transitorischen Dynamik befand bzw. nicht mehr zu den autoritären Regimen gehört, aber gleichzeitig auch von der etablierten Demokratie weit entfernt ist. Im Unterschied zu autoritären Regimen haben wir jetzt in der Ukraine die besseren Bedingungen für eine erfolgreiche und effektive Demokratieförderung, aber andererseits sind solche hybride Regimes mit schwacher Staatlichkeit für politische Gewalt und Bürgerkrieg besonders anfällig, wofür die Ukraine leider ein gutes Beispiel ist (vgl. ebd.: 452). Nicht jedes Land kommt erfolgreich aus dem hybriden Regime heraus und viele von ihnen werden weder demokratisch noch in Transition, sondern bleiben in einem hybriden Regime stecken (vgl. Riabchuk: 16). Neben den inneren Problemen befand sich die Ukraine wie erwähnt auch in einer grauen Zone zwischen dem Westen und Russland (vgl. Bojcun: 398). Diese graue Zone zwischen etablierten Demokratien und Diktatur ermöglicht es den semi-autoritären Regimen, sich

als demokratisch gewählte und westlich orientierte „junge Demokratien“ bzw. als Länder, die sich in einer demokratischen Transition befinden, zu bezeichnen und damit länger an der Macht zu bleiben (vgl. Riabchuk: 17). Riabchuk behauptet sogar, dass die Staaten der ehemaligen Sowjetunion, im Unterschied zu balkanischen Ländern, die durch die EU unterstützt wurden und von „nicht-konsolidierten autoritären Regimen“ zu „nicht-konsolidierten Demokratien“ gekommen sind, sich umgekehrt von „nicht-konsolidierten Demokratien“ in die Richtung von „nicht-konsolidierten autoritären Regimen“ bewegen und keine ausreichende Unterstützung und Anreize von der EU bekommen (Riabchuk: 22). Statt der Entwicklung von starken demokratischen Institutionen und Zivilgesellschaft hat durch die postsowjetische Elite eine „Schattenprivatisierung“ stattgefunden, die Medien werden kontrolliert und die Wahlen manipuliert (Riabchuk: 22 f.). Im Unterschied zu den baltischen Staaten, in denen die neuen staatlichen Institutionen auf der Rechtstaatlichkeit basieren, hatten wir in der Ukraine die funktionellen Quasi-Institutionen mit semi-legalen Körperschaften und die Entstehung eines oligarchischen Kapitalismus, was in der Ukraine einen „blackmail state“ verursachte (vgl. Riabchuk: 24). Dieses „blackmail“ wird also in dem Staat sogar „institutionalisiert“ bzw. legalisiert, die Korruption wird von dem Staat nicht nur toleriert, sondern der Staat nimmt auch aktiv an den korrupten Prozessen teil (vgl. Riabchuk: 25). Das Problem in einem solchen Staat liegt darin, dass die korrupten Regime die Rahmenbedingungen erschaffen, in denen nur die, die das Regime unterstützen, mitspielen dürfen, während die Opposition oder die Kritiker eines solchen Regimes unterdrückt und verdrängt werden. Besonders in der Ära von Kutschma kam der „blackmail state“ in der Ukraine zum Ausdruck, aber auch unter seinen Nachfolgern wurde er nicht besiegt und existiert immer noch innerhalb der staatlichen Strukturen. Die beiden Revolutionen bzw. die Mobilisierung der Bürger, die internationale Solidarität und die Fragmentierung der Elite gab uns die Hoffnung, dass die Ukraine sich von einem „blackmail state“ in die Richtung „democracy state“ bewegt, aber die demokratischen Prozesse fanden mit vielen Störungen statt und die bestimmten Eliten haben aufgrund der stattgefundenen Veränderungen ihre Positionen sogar gefestigt (vgl. Riabchuk: 35). Der ausgebrochene Krieg hat diese Hoffnungen trotz einer symbolischen Annäherung an die EU minimisiert. Statt einer demokratischen Transformation des Staates bewegte sich der Staat von einem Syndrom zum anderen, bzw. vom „blackmail state“ zu schon erklärtem „fleckless pluralism“, in dem wir trotz den regulären Wahlen und mehrerer Parteien neben

dem schwachen Staat und seinen dünnen Reformen immer noch die eigennützige, ineffektive und korrupte politische Elite an der Macht haben (vgl. Riabchuk 2009: 37). Die Revolutionen haben also nicht zu den erwünschten Ergebnissen geführt, sie haben aber das Selbstbewusstsein der Bürger und damit eine bewusste Zivilgesellschaft gestärkt, was doch ein großer und wichtiger Schritt in die Richtung der konsolidierten Demokratie war.

Obwohl die Kosmopoliten in der Ukraine von einem „Bürger-Staat“ gesprochen haben, der aus zwei Staatssprachen und zwei Titularnationen (Ukrainer und Russen) aufgebaut ist, sehen wir aufgrund des entstandenen Konflikts, dass es doch eine tiefe Spaltung innerhalb der ukrainischen Gesellschaft gibt und dass ein echter „Bürger-Staat“, in dem jedermann Bürger werden kann und unabhängig von seinen ethnischen Zugehörigkeiten die bürgerlichen Rechte besitzt, in der Ukraine heutzutage kaum vorstellbar ist (vgl. Kuzio 2002: 62). Daraus kommt Kuzio zu einem Schluss, dass neben der Staatskapazität auch die nationale Integration eine zentrale Rolle für einen starken Staat spielt (ebd.: 63). Auch nach Merkel ist es unmöglich, die freien Institutionen in einem Staat, in welchem es kein Gesamtgefühl gibt, auszubauen und je mehr die Bevölkerung eines Staates aus unterschiedlichen und segmentierten nationalen, ethnischen, linguistischen, religiösen Gruppen und Teilkulturen zusammengesetzt ist, desto schwieriger ist es ein gemeinsamer Konsens über die Grundstrukturen des demokratischen Systems zu erreichen (vgl. Merkel 2010: 326 f.). Die Lösung in der Stärkung der nationalen Identität zu suchen, wie es von Kuzio herausgearbeitet wurde, wäre meiner Meinung nach nicht nur „zu einfach“, sondern auch zu gefährlich, weil genau das die Spaltungen innerhalb der multiethnischen Ukraine vertieft und keinen Ausweg aus dem aktuellen Konflikt anbieten kann. Das widerspricht auch den Ideen von einem funktionierenden „Bürger-Staat“ und die Ursachen des Problems sollten wir nicht bei bestimmten ethnischen Gruppen oder bei ihren Differenzen suchen, sondern tiefer in die Strukturen des bestimmten Landes hineingreifen. Die gesellschaftlichen Naturverhältnisse werden vom Staat stark beeinflusst bzw. spielt der Staat sonst in diesen Verhältnissen eine entscheidende Rolle und in der Ukraine sehen wir, wie bestimmte Gruppen von Oligarchen einen starken Einfluss auf den Staat und auf die staatlichen Institutionen haben (vgl. Plank: 220 f.). Im Unterschied zu anderen osteuropäischen Staaten, in welchen der Staat eine bestimmte Autonomie gegenüber den Oligarchen hat, haben wir in der Ukraine einen starken Zugriff von oligarchischen

Einzelkapitalen auf den Staat und eine große Konkurrenz zwischen den verschiedenen Oligarchengruppen, die sogar internationale Bündnisse haben und den ukrainischen Staat in eine sehr schwierige Situation stellen (vgl. Becker Oligarchie: 428). Nach Poulantzas genießt der Staat gleichzeitig eine „relative Autonomie“ von Gesellschaft und Klassen und ist eine Machtinstitution (vgl. Yurchenko 2012: 129). Diese „relative Autonomie“ ist laut Plank in der Ukraine nicht vorhanden und irgendwelche Veränderung oder Intervention in der Ukraine von außen, ohne dass die Oligarchen daran beteiligt werden, ist schwer vorstellbar (vgl. Plank 2016: 221). Die inneren Strukturen und der staatliche Apparat werden direkt durch die Abgeordneten oder über ihre eigenen Parteien beeinflusst und die ukrainische Gesellschaft ist auch stark durch die von Oligarchen kontrollierten Medien manipuliert und beeinflusst (vgl. ebd.: 224). Um also die Prozesse in der Ukraine (darunter auch den Transformationsprozess) zu verstehen und die zentralen Probleme aufzulösen, ist es darum notwendig, sich auf die politisch-ökonomischen Interaktionen von Oligarchen zu fokussieren, weil sie sowohl das ökonomische als auch das politische Leben dieses Landes bestimmen (vgl. ebd.: 221 ff.).

5. Die Entstehung des ukrainischen Staates und Chronologie der ukrainischen Transformation seit dem Zerfall der SU

5.1. Der Zerfall der Sowjetunion und die Etablierung des oligarchischen Systems

Durch die Chronologie der Entstehung des ukrainischen Staates seit dem Zerfall der Sowjetunion werde ich für die ukrainische Transformation wichtige Akteure erwähnen und über die wichtigsten Akteure werde ich dann in weiteren Kapiteln detaillierter schreiben, weil genau sie für die Antwort auf meine zentrale Forschungsfrage wichtig sind.

Der Transformationsprozess wurde also durch die Enteignung und Privatisierung von ehemaligen staatlichen Unternehmen charakterisiert. Der Privatisierungs- und Transformationsprozess hat aber etwas früher angefangen, und zwar am Ende 1980er, als die ukrainische Sektion der KPdSU sich für eine Unabhängigkeit der Ukraine einsetzte (Becker 2015: 417). Im Jahr 1991 sprach sich die ukrainische Bevölkerung für die

Unabhängigkeit aus (vgl. Müller 2015: 1). Der Zerfall der Sowjetunion hat eine Deindustrialisierung und Desintegration auf der nationalen und internationalen Ebene verursacht, nachdem die postkommunistischen Prozesse dazwischen auch die demokratische Transition, eine Rezentralisierung und Reintegration förderten (Mykhenko 2010: 142). Der Kollaps des sowjetischen Wirtschaftsraums hatte unregelmäßige Auswirkungen an die ukrainische Wirtschaft (ebd.: 147). Zum Beispiel waren die landwirtschaftlichen Regionen weniger entwickelt als die industriellen oder die Regionen, deren Wirtschaft auf Dienstleistungen basierte (vgl. ebd.: 154).

Außenpolitisch war das Land auch gespalten zwischen Ost und West bzw. zwischen den östlichen, pro-sowjetischen bzw. pro-russischen orthodoxen russischsprachigen und „industriellen“ Ukrainern und den westlichen, pro-ukrainischen und pro-europäischen katholischen ukrainischsprachigen Ukrainern (vgl. Podolian: 103). Im Text von Podolian und Romanova wurde die Ukraine sogar in fünf Makroregionen unterteilt bzw. in die nördliche, westliche, südliche, östliche und zentrale Ukraine, wobei Riabchuk nicht nur zwischen den „russischen“ und „ukrainischen“ Ukrainern, sondern auch zwischen den Ukrainern mit antisowjetischer, europäischer und mit neosowjetischer ostslawischer Mentalität unterscheidet (ebd.: 107). Die Ukraine ist auch ein zweisprachiger (bzw. reden wir hier von einem Bilingualismus) Staat, wo neben der staatlichen ukrainischen auch die russische Sprache sowohl öffentlich als auch im Privatleben sehr oft verwendet wird und besonders in den östlichen und südlichen Regionen verbreitet ist. Nach dem Zerfall der SU war für ca. 66 % der Bevölkerung das Ukrainische die Muttersprache, während ca. 30 % der Bevölkerung die russische Sprache als ihre Muttersprache bezeichnete, wobei diese Anzahl sich mit der Zeit etwas verringert hat (ebd.: 111). Interessant ist aber, dass im Westen des Landes sogar über 95 % der Bevölkerung Ukrainisch verwenden, im Unterschied zum Osten, wo über 81 % der Bevölkerung Russisch als ihre tägliche Sprache verwenden (ebd.: 111). Auch eine ausreichende Anzahl der Bevölkerung verwendet sowohl die ukrainische als auch die russische Sprache, aber im Unterschied zum Jahr 2005, als 37 % der Bevölkerung beide Sprachen als offizielle staatliche Sprache sehen wollten, ist diese Anzahl im Jahr 2015 auf nur 14 % gesunken (ebd.: 111). In den letzten Jahren zeigen die Statistiken eine Zunahme der Verwendung der ukrainischen Sprache und wir können dies als eine Folge der zunehmenden Ukrainisierung seit dem Euromaidan

betrachten, aber wie eine solche Ukrainisierung in den östlichen DNR und LNR verlaufen, ist in diesen Statistiken nicht inkludiert. Tatsache ist, dass wir eine große Spaltung aufgrund der Sprache haben und es ist kein Wunder, dass genau die Verabschiedung des Sprachgesetzes im Jahr 2015, nach dem die russischsprachige Bevölkerung eine Bedrohung gefühlt hat, eine wichtige Rolle in der Entstehung des Konfliktes gespielt hat.

Auch die politische Identifizierung bzw. die Zunahme der Bevölkerung, die sich nicht mehr regional, sondern national ausschließlich als Ukrainer identifizieren, nimmt in den letzten Jahren zu (vgl. ebd.: 113). Die Ukraine ist aber das Land mit der größten ethnischen Minderheit in Europa, in dem ca. 8 Millionen Russen oder russische Ukrainer leben und eine „aggressive“ Ukrainisierung einerseits und die imperialistischen Tendenzen von Russland andererseits führten natürlich zu negativen Folgen (vgl. ebd.: 110).

Wir können merken, dass wir hier neben einer auf der nationalen Identität basierten ethnischen und politischen Spaltung auch eine regionale und linguistische Spaltung haben, die den Ausgang aus dem aktuellen Konflikt deutlich erschweren.

Nach der Erklärung der Unabhängigkeit fing die politische und ökonomische Transformation an, aber gleichzeitig auch die Etablierung eines oligarchischen Systems (vgl. Matuszak 2012: 13).

Im Jahr 1991 wurde der Chefideologe der Kommunistischen Partei der Ukraine Leonid Krawtschuk zum ersten Präsidenten der Ukraine gewählt. Von einem Anfang einer demokratischen Transformationsforschung und Übergang zur Marktwirtschaft war schwer zu sprechen, stattdessen hatten wir in dieser Periode in der Ukraine einen Übergang zur sogenannten Klanwirtschaft und die Privatisierung konnte dadurch unabhängig von Moskaus Kontrolle über die eigenen Seilschaften verlaufen (vgl. Müller 2015: 4). Die Klanstrukturen der kommunistischen Partei und der „Roten Direktoren“ wurden zu entscheidenden Machtressourcen in der umkämpften politischen Ökonomie (ebd 2015: 4). Die Ukraine traf also auf die im obigen Kapitel schon erwähnten Problem bzw. auf den Ausbau von eigenen funktionierenden staatlichen Strukturen.

Das Dilemma der Gleichzeitigkeit, währungspolitische Abenteuer und mafiöse Revierkämpfe um die in nationaler Regie übernommenen Ressourcen stürzten das Land in

den Abgrund (vgl. ebd 2015: 4). Die Spaltung zwischen ost- und westorientierter Bevölkerung ist auch während des ganzen bisherigen Transformationsprozesses ziemlich stabil und unverändert geblieben, was auch seine Folgen im russisch-ukrainischen Konflikt hatte (vgl. Podolian: 104).

1991 bis 1998 dominierte die oligarchische Gruppe aus Dnipropetrowsk, zuerst unter Präsident Krawtschuk (1991–1994) und danach unter Kutschma und Premierminister Lazarenko (1994–1998), aber die Oligarchen aus Donezk mit der „Partei der Regionen“ spielten eine wichtige Rolle und waren besonders im Osten des Landes stark vertreten, und genau diese zwei Gruppierungen haben den Privatisierungsprozess in 1990er-Jahren kontrolliert (vgl. Yurchenko 2018: 164). Während die politischen Kampagnen durch verschiedene ideologische Themen und populistische Versprechungen und ethnische und sprachliche Auseinandersetzungen wie z. B. ukrainische gegen russische Sprache, pro-europäisch vs. pro-russisch, wodurch die Ukraine und die ukrainische Gesellschaft auch stark gespalten wurde, war das wahre Ziel der Oligarchen und ehemaligen „Roten Direktoren“ die Kapitalakkumulation durch Aneignung von Staatsvermögen und Steuerzahlern (vgl. Yurchenko 2018: 166). Yurchenko bezeichnet das entstehende Regime als „neoliberale Kleptokratie“, die durch starke Korruption und hohe Arbeitslosigkeit gekennzeichnet war (vgl. Yurchenko 2012: 197 f.).

5.2. Kutschmas Ära

Nach massiven Streiks der ostukrainischen Arbeiter kam 1994 Leonid Kutschma an die Macht, der durch ein entspannteres Verhältnis zu Russland auch die Loyalität der ostukrainischen Bevölkerung gewonnen hat, aber er hat auch ziemlich erfolgreich zwischen den westukrainischen Nationalisten und ostukrainischen Industriellen balanciert und charakteristisch für ihn war auch sein Geschick, rivalisierende Machtgruppen gegeneinander auszuspielen (Müller 2015: 5). Unter dem zweiten Präsidenten der Ukraine erfolgte die Konsolidierung der Staatsstrukturen, aber auch die Stärkung der Oligarchengruppen vor allem aus Donezk und Dnipropetrowsk. Der Transformationsprozess ist wechselhaft verlaufen, einerseits gaben es demokratische Reformen, andererseits wurden auch Tendenzen zum Autoritarismus bemerkbar (vgl. Bos 2008: 210). Die Annahme der neuen Verfassung hat ein System erschaffen, in dem

„politics“ und „business“ voneinander abhängig wurden und die gegründeten Klans basierten auf der regionalen Industrie (Matuszak 2012: 13). Schon in seiner ersten Amtszeit fand die Privatisierung der Schlüsselindustrien statt und sowohl der Staat als auch die Oligarchen profitierten von ihrer „symbiotischen Beziehung“ (vgl. Kudelia 2012: 421 f.). Im Unterschied zu seinen späteren Nachfolgern war es der Präsident, der die Regeln für eine solche Beziehung aufgestellt hat bzw. in einem „Gleichgewicht“ mit den Oligarchen geherrscht hat. Kutschmas Wirtschaftsstrategie förderte die Stärkung des nationalen industriellen Kapitalismus gegenüber dem schwach entwickelten Staat und besonders bis Ende 1990er war die ukrainische Wirtschaft immer tiefer in der Krise (hohe Schulden, zu wenig Investitionen) und erst in Jahren 2000–2004 können wir in der Ukraine von einer Entstehung der offenen Marktwirtschaft sprechen (vgl. Mykhenko 156 ff.). Sowohl das Sozialprodukt als auch die Arbeitseinkommen sind gefallen, die Ungleichheit nahm zu und die ökonomische Stagnation erzeugte politische Apathie (vgl. Müller 2015: 5 f.). Schon in dieser Zeit wurden die separatistischen Tendenzen im Osten spürbar und die Krim setzte immerhin den autonomen Status durch (vgl. ebd.: 6). Mit dem Stabilisierungsprogramm durch die Zusammenarbeit mit dem IWF wurden die Preise zwar stabilisiert, aber von einem Wirtschaftszuwachs konnte keine Rede sein (vgl. Aslund 2016: 819). Erst ab dem Jahr 2000 können wir von der Verbesserung der ukrainischen Wirtschaft sprechen, als Kutschma die industrielle Produktion auch im Osten des Landes unterstützte und die verbesserten Wirtschaftsbeziehungen mit den russischen Nachbarregionen und subventionierte Energie nicht nur zu einem nationalen Wirtschaftswachstum führten, sondern auch die Beschäftigungen gesichert und den unregelmäßigen regionalen Entwicklungen etwas ausbalanciert haben (Mykhenko 2010: 161). Trotzdem war die Ukraine nach seiner zehnjährigen Amtszeit von einer Konsolidierung demokratischer Strukturen weit entfernt (vgl. Bos 2008: 210). Die Kompetenzausstattung des Präsidenten, die Struktur des Parlaments und der Status der russischen Sprache waren die Hauptstreitpunkte (ebd.: 212). Der umstrittene Status der russischen Sprache hat zur Eskalation des Konfliktes beigetragen und wird oft von der russischen Seite als ein Argument für die Rechtfertigung der „militärischen Operation“ und „Entnazifizierung der Ukraine“ verwendet.

5.2.1. Der ukrainische „Dritte Weg“

Obwohl 1994 Reformen stattgefunden haben, wurden sie auf einen „ukrainischen“ Weg bzw. „Dritten Weg“ durchgeführt, in dem die regierenden Eliten in schwachen Staaten den Korporatismus bevorzugen, wodurch wir anstatt eines effektiven einen stagnierenden Reformprozess haben (vgl. Kuzio 2002: 65). „Der ukrainische ‚Dritte Weg‘ konservierte alte Strukturen, minimierte sozialen Wandel, unterdrückte konstruktive Herausforderungen der Politik der Mächtigen und erstickte Zivilgesellschaft von unten“ (ebd.: 65 f.). Mit anderen Worten bedeutet „Dritter Weg“, dass die Ukraine zwischen Kommunismus und Kapitalismus stecken geblieben ist und es ein Modell der postkommunistischen Transition ist, das sich bemüht, das Gleichgewicht in der Gesellschaft zu bewahren und gleichzeitig sozialen Wandel zu minimieren (ebd.: 66). Dieses Modell ist gescheitert, nicht nur weil die staatlichen Institutionen und Zivilgesellschaft schwach geblieben sind, sondern auch weil das Einzige, was in diesem Modell von Kuzio als „positiv“ bezeichnet werden konnte, bzw. der Versuch eines Gleichgewichts und das Fehlen von Konflikten sich als trügerisch gezeigt hat und die Entscheidung der zentralen Fragen (bezüglich außenpolitischer Orientierung und Gründung eines bestimmten Systems) nicht ewig verschoben werden konnten. Auch nicht das „Fehlen eines ideologischen Kompasses“ war ein Hauptproblem bzw. ist nach Kuzio das der Hauptgrund der Unentschiedenheit in der Wirtschaft, Politik und in der Außenpolitik (vgl. ebd.: 70). Das Problem ist eher das Fehlen eines Kompromisses zwischen den verschiedenen ethnischen Gruppen in der Ukraine, die wegen ihrer unterschiedlichen Orientierungen durch Medien und oligarchische Gruppen leicht manipuliert wurden.

5.3. Oligarchisierung der Ukraine und die „Orangene Revolution“

Es wurde auch eine klare Verbindung von Politikern und Oligarchen aus den Branchen Metallindustrie, Bergbau, Öl- und Gassektor, Mobilfunk und Dienstleistungen hergestellt, die auch wichtige Massenmedien kontrollierten (vgl. Bos 2008: 218). Im Parlament spielen die Oligarchen und deren Sonderinteressen eine unverhältnismäßig große Rolle und seit 1998 sind sie im Parlament auch sogar als Abgeordnete anwesend (2006 waren von 450 Abgeordneten sogar 300 Millionäre), wodurch sie ihre wirtschaftlichen Interessen

vertreten, durch ihr Abgeordnetenmandat Immunität genießen und die Parteien finanzieren, auf deren Ticket sie ins Parlament gelangt sind (ebd.: 221 ff.). Die Parteien sind deswegen schwach institutionalisiert und gelten als „personenzentrierte und oligarchenfinanzierte Interessenverbindungen“ (ebd.: 225). Die Oligarchisierung der Parteien in der Ukraine führte dazu, dass eine Ideologie fehlt und ein Widerwillen der Parteien und führenden Politiker besteht, sich in Opposition zum Präsidenten und der Regierung zu befinden, bzw. erklärt es uns auch die Leichtigkeit, mit der sich Fraktionen im Parlament durch Geld die Aussicht auf bestimmte Ämter oder den Zugang zu staatlichen Ressourcen kaufen können (vgl. ebd.: 225).

Die beiden wichtigsten regionalen Oligarchiezentren kristallisierten sich bereits in 1990er-Jahren heraus und die Partei der Regionen präsentierte einerseits das Donezker Großkapital unter der Führung von Viktor Janukowitsch, während die Figur, welche die Oligarchengruppe aus Dnipropetrowsk vertreten hat, Viktor Juschtschenko war, der während der Proteste im Jahr 2004, bekannt als „Orangene Revolution“, von den westlichen Ländern und dem westlichen Teil des Landes unterstützt wurde (vgl. Becker 2015: 419). Wir sehen hier auch eine starke geografische bzw. regionale Spaltung, in der West- und Zentralukraine waren die nationaldemokratischen und reformorientierten Kräfte konzentriert, während im Osten und Süden die Linken und Janukowitschs „Partei der Macht“ eine deutliche Mehrheit hatten (vgl. Bos 2008: 223). Janukowitsch wurde auch von der Mehrheit der pro-russischen Bevölkerung unterstützt. Die Ukraine gilt meistens als regional unausgewogener Staat bzw. auch das Wirtschaftswachstum basiert auf regionalen Spezialisierungen, was die territorialen Ungleichheiten vertieft (vgl. Mykhenko 2010: 143).

Die Manipulation der Präsidentschaftswahlen, die zunehmende Korruption und die stagnierende Wirtschaft riefen im November 2004 eine Protestwelle hervor, die schließlich Neuwahlen erzwang (Müller 2015: 1). Nachdem Janukowitsch (der auch vom ehemaligen Präsidenten Kutschma unterstützt wurde), in unregelmäßigen Wahlen gewonnen hatte, wurde er durch Proteste und die „Orangene Revolution“ zu neuen Wahlen gezwungen, in denen dann Juschtschenko gewonnen hat und einen pro-westlichen Kurs des Landes einrichtete, was durch die Anwesenheit europäischer und US-amerikanischer Spitzenpolitiker bei seiner Amtseinführung unterstrichen wurde (vgl. ebd.: 6). Im

Unterschied zu Janukowitsch, der für die russische Vergangenheit gestanden hat, symbolisierte Juschtschenko die „Europäische Wahl“ und die euro-atlantische Integration wurde auch als Ziel der ukrainischen Außenpolitik definiert (ebd.: 6). Es fand auch ein Übergang von einem präsidentiell-parlamentarischen zum parlamentarisch-präsidentiellen System und die Veränderung des Wahlrechts statt (dazwischen auch der Übergang von einem Grabenwahl- zu einem Verhältniswahlssystem) (vgl. Bos 2008: 215). Obwohl diese Veränderung auf den ersten Blick natürlich positiv wirkt bzw. dass nicht mehr der Präsident, sondern die parlamentarische Mehrheit die entscheidende Rolle spielt, sehen wir, dass die regionale Struktur des Parteiensystems und die Interessen der Oligarchen, die durch die von ihnen finanzierten Parteien durchgesetzt werden, positive demokratische Veränderungen kaum ermöglichen und die enge Verbindung zwischen „business“ und „politics“ weiter stark am Leben halten.

5.3.1. Die Folgen der „Orangen Revolution“

Die Interessen und unternommene Maßnahmen von bestimmten Oligarchen waren auch der entscheidende Faktor, warum die „Orangene Revolution“ erfolgreich war (vgl. Matuszak 2012: 20). Zum Beispiel war, während einige Oligarchen die von Juschtschenko versprochenen liberalen Reformen, die auch in ihrem Interesse lagen, unterstützt haben, Rinat Achmetow (der mächtigste Oligarch aus Donezk) sehr eng mit Janukowitsch verbunden. Die „Orangene Revolution“ hat zwar einige Veränderungen gebracht, wie zum Beispiel die Veränderungen des Entwicklungsmodells. Das neue staatliche Entwicklungsmodell meinte, dass die Ukraine statt der nationalen Akkumulation des Kapitals in die Richtung des Imports von ausländischen Kapital gehen sollte (Mykhenko 2010: 143). Das bedeutete auch ausländische Direktinvestitionen, eine Explosion von Krediten und Ausbreitung des ausländischen Banksektors, aber auch die Abhängigkeit im Dienstleistungssektor und ein erneuertes regionales Ungleichgewicht. Das neue Entwicklungsmodell hat die Oligarchie nicht bekämpft, sondern eine neue Welle der Oligarchen produziert und die Spannungen und Rivalität zwischen den Oligarchen vertieft und sie sogar auf die internationale Ebene gebracht bzw. kooperierten die Oligarchen und führten ihre „Geschäfte“ jetzt auch mit den westlichen demokratischen Staaten. Exportiert wurde immer noch meistens nach Russland und die ukrainische Wirtschaft können wir am besten als eine Reihe historisch verwurzelter und geografisch begrenzter regionaler

Volkswirtschaften beschreiben (vgl. ebd.: 160). Also auch wirtschaftlich teilte sie sich in östliche, wo eine Anti-Markt-Nomenklatura dominierte, und westliche Ukraine mit einer stärkeren nationalen Identität und pro-westlich orientiertem Kurs und Reformen, was das Land noch mehr gespalten hat (vgl. ebd.: 146). Auch ein großer Unterschied zwischen den „Orangen“ und der Partei der Regionen war der Einflussbereich von Unternehmen auf die Politik einer bestimmten Partei, der bei den „Orangen“ etwas beschränkter war als bei der Partei, die von Donezk finanziert wurde (Matuszak 2012: 28). Das bedeutet aber nicht, dass die Interessen der Oligarchen bei den „orangen“ Parteien weniger anwesend waren, diese wurden nur aus anderen finanziellen Strömungen finanziert bzw. von den neuen oligarchischen Gruppen, und zwar von verschiedenen, deren Auseinandersetzungen wir in den weiteren Entwicklungen des ukrainischen Staates betrachten können.

Die Oligarchen wurden sowohl als kriminell und korrupt als auch als „Modernisierungskraft“ angesehen (vgl. ebd.: 146). Es ist also schwer, von einer echten Revolution zu sprechen, das Donezker Kapital hat die wichtigen Positionen bewahrt und außer der beschleunigten Privatisierung und Ausweitung des Auslandskapitals hat Juschtschenko wenig erreicht, dessen Popularität bei den Wahlen im Jahr 2010 nur bei ca. 5 % lag.

5.4. Die „orangene Regierung“ und die Entstehung von neuen politischen Zentren

Im Februar 2005 wurde die „orangene Regierung“ unter Führung von Julia Timoschenko formiert (ebd.: 22). Zuerst Juschtschenko und danach Timoschenko galten als Vertreter der mittleren Klassen und kleineren Unternehmen und die gegebene Revolution wurde auch Revolution der „Millionäre“ gegen die „Billionäre“ genannt (ebd.: 23). Die beiden haben sich aber noch vor der Wahl mit den wirtschaftlichen Eliten in ein Verhältnis gesetzt und Juschtschenkos Präsidentschaft wurde von Anbeginn von den realen Machthabern der Ukraine vereinnahmt: „den Klans, welche die Industrien aus sowjetischer Zeit in ihren Besitz gebracht hatten und gewohnt waren, ihr Personal im Parlament und in hohen Regierungsämtern zu platzieren“ (Müller 2015: 7 f.). Timoschenko wurde andererseits von einer privaten Finanzgruppe bzw. vom Oligarch Igor Kolomojskyj unterstützt (vgl. ebd.: 9). Es wurden also drei politische Zentren formiert, das erste war das Team des

Präsidenten, das um Juschtschenkos Partei „Unsere Ukraine“ formiert wurde, das zweite wurde von der Premierministerin bzw. von Julia Timoschenkos Block formiert und das dritte Zentrum war die Opposition, in der Janukowitschs „Partei der Regionen“ die Schlüsselrolle gespielt hat (Matuszak 2012: 25). Juschtschenko unterstützte offensichtlich einen starken pro-westlichen Kurs und anti-russische Rhetorik und setzte sich für einen NATO-Beitritt ein, während Timoschenko für die geschäftliche Verhandlungen mit Russland offen war und gleichzeitig eine Kooperation mit der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik unterstützte (vgl. Müller 2015: 9 f.). Janukowitsch dagegen wollte die Ukraine von allen westlichen Allianzen fernhalten und betrachtete Russland als wichtigsten ukrainischen Partner (vgl. ebd.: 10).

5.5. Der Aufstieg von Janukowitsch

Die „Orangene Koalition“ brach über wechselseitigen Vorwürfen der Korruption und des Landesverrats auseinander (ebd.: 1). Die Korruption war wieder auf dem Niveau aus den letzten Jahren des Kutschma-Regimes (vgl. Kudelia 2012: 425). Juschtschenko verteidigte die neue Klasse der Eigentümer und ersetzte Timoschenko durch Juri Jekanourov, der den Transfer des Staatseigentums in die Hände der Oligarchen organisiert hat (Müller 2015: 8). Solche Entwicklungen und die Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation im Land haben das Vertrauen der Bevölkerung in die Regierung und das Parlament schwinden lassen. Die Uneinigkeit zwischen Juschtschenko und Timoschenko hat es Janukowitsch ermöglicht, im Jahr 2010 trotzdem an die Macht zu kommen und die Kräfteverhältnisse zwischen den Oligarchengruppen verschoben sich erneut (vgl. Becker 2015: 419). Janukowitschs „Partei der Regionen“ wurde durch mächtige Oligarchen wie Rinat Achmetow und Dmitro Firtasch wieder ins Leben gerufen und war nach den Parlamentswahlen wieder die stärkste Partei im Verkhovna Rada, nachdem Juschtschenko gezwungen wurde, Janukowitsch als Premier zu akzeptieren (vgl. Müller 2015: 8 f.).

Auch bei den Wahlen im Jahr 2010 spielten die Interessen der Oligarchen eine entscheidende Rolle. Nach dem Untergang von Juschtschenko sind nur zwei politische Zentren von Julia Timoschenko einerseits und von Viktor Janukowitsch andererseits geblieben. Timoschenko galt als etwas „unabhängiger“ bzw. „unbeabsichtigter“ als

Janukowitsch, sie bedrohte die noch seit Kutschma hergestellte Beziehung zwischen „business“ und „politics“, was der Grund war, warum die Oligarchen Janukowitsch präferierten (vgl. Matuszak: 34). Bei den Wahlergebnissen lag sie knapp hinter Janukowitsch (nach der zweiten Runde) mit 49 %, während Juschtschenko in der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen nur 5,5 % der Stimmen erreicht hat (vgl. Müller 2015: 10).

Es wurde erwartet, dass Janukowitsch sich auch wie Juschtschenko kontrollieren ließ, aber er hat seine eigene Machtbasis eingeengt, was nicht nur zu Spannungen mit anderen Oligarchengruppen führte, sondern auch die Ablehnung in breiten Bevölkerungskreisen in einer schon schlechten sozialen Lage verstärkte (vgl. Becker 2015: 419). Schon im Oktober 2010 hat er die Reformen von 2004 aufgehoben und nach dem kurzfristigen parlamentarisch-präsidentiellen System wieder ein präsidentielles System, ähnlich wie in Kutschmas Ära, etabliert (vgl. Matuszak 2012: 37). Die Oligarchen Achmetow und Firtasch stärkten wieder seine Positionen und Janukowitschs Tendenzen in die Richtung der Monopolisierung. Wichtig zu erwähnen ist aber, dass Janukowitsch von diesen beiden mächtigen Oligarchen mit der Zeit unabhängig geworden ist, aber mit ihnen gleichzeitig in einer „korrekten“ Beziehung geblieben ist und den Konflikt mit den reichsten Oligarchen vermieden hat (vgl. ebd.: 89).

Janukowitsch distanzierte sich wie erwähnt von der NATO und der EU-Beitritt war für ihn auch nicht die höchste Priorität. Im Unterschied zu Juschtschenko, der sich für eine „Ukrainisierung der Ukraine“ einsetzte, hat Janukowitsch versprochen, Russisch zur zweiten Staatssprache zu machen (vgl. Müller 2015: 10). Gleich nach Janukowitschs Amtsantritt haben wir in der Ukraine eine Rückkehr zu einem präsidentiell-parlamentarischen System bzw. wurde das Parlament im Oktober 2010 wieder entmachtet und die Befugnisse des Präsidenten wurden erhöht (vgl. Kudelia 2012: 426). Die Mehrheit der ukrainischen Abgeordneten (aus der „Partei der Regionen“) war mit dem Donezker Klan verbunden, es gab aber auch die Gruppierungen innerhalb des Klans, z. B. die Elite aus der sogenannten alten Donezker Gruppe, wie der Premierminister Mykola Asarow, der Präsident Janukowitsch bis zu seinem Untergang loyal geblieben ist bzw. wurde um den Präsidenten eine engere Gruppe aus guten Bekannten und Familienmitglieder geschaffen, die die wichtigsten Positionen im Land übernommen haben (vgl. Matuszak 2012: 38).

Janukowitsch ist es gelungen, die Opposition komplett zu marginalisieren, die auch eine lange Zeit keine klare Strategie für die Machtübernahme entwickeln konnte (vgl. ebd.: 40). Er hatte entscheidenden Einfluss nicht nur auf seine „Partei der Regionen“, sondern auch auf die wichtigsten „Geschäftsmänner“ im Land, die entweder seiner Partei beigetreten waren oder mit dem Präsidenten einen Kompromiss erreicht hatten, wenn sie ihre Geschäfte weiter erfolgreich betreiben wollten (vgl. ebd.: 56 f.).

5.6. Der „Euromaidan“

Die Konzentration der oligarchischen Aktivitäten im individuellen Sektor führten dazu, dass die ukrainische Wirtschaft im Jahr 2012 eine der schlechtesten in der Region war und laut „Index of Economic Freedom“ sogar den 163. Platz aller Länder einnahm (Matuszak 2012: 59). In seinem späteren Amt ist Janukowitsch zu weit gegangen, sodass er die wichtigsten Positionen und die Posten des Finanzministers und des Zentralbankchefs mit eigenem Personal und dem engeren Familienkreis besetzt hat, was nicht nur zur Unzufriedenheit der Bevölkerung, sondern auch von manchen Oligarchen geführt hat (vgl. Müller 2015: 10). Die letzten Jahre seiner Regierung waren durch ein neues Phänomen in der ukrainischen Politik und im ukrainischen Business gekennzeichnet bzw. übernahmen die wichtigsten Positionen nur die Leute, die eine gute persönliche Beziehung mit dem Präsidenten hatten und obwohl er einer der einflussreichsten Personen aus dem Donezker Klan war, hat er entschieden, aus dem Klan teilweise auszutreten und einen eigenen Kreis mit eigenen Leuten und Familienmitgliedern zu erschaffen (vgl. Matuszak 2012: 41). Mit anderen Worten hat Janukowitsch seine autoritäre Kleptokratie seine Macht gekostet und hatte fatale Auswirkungen, sodass er in schwereren Zeiten ohne wichtige Unterstützung auch aus seinem Klan geblieben ist.

Dazu führte Janukowitsch eine widersprüchliche Außenpolitik. Einerseits wollte er die Wähler aus dem westlichen und zentralen Teil des Landes gewinnen und sich gegen die russische Konkurrenz schützen, weswegen er ein Assoziationsabkommen mit der EU verhandelt hat, andererseits versuchte er die näheren Beziehungen mit Russland beizubehalten und die Unterstützung der pro-russischen Bevölkerung nicht zu verlieren (vgl. Becker: 420).

Kurz vor der Unterzeichnung des Assoziationsabkommens mit der EU hat Janukowitsch seine Unterzeichnung angesichts des russischen Drucks abgelehnt, was die großen Proteste, dieses Mal bekannt als „Euromaidan“, ausgelöst hat (vgl. ebd.: 420). Nach der repressiven Staatsgewalt, gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und Berkut (ukrainische Spezialeinheit) und dem Tod von Demonstranten kamen die Kompromissvorschläge von Janukowitsch zu spät und die Demonstranten forderten seinen Rücktritt (vgl. Müller 2015: 11). Janukowitschs Sicherheitskräfte wollten keinen echten bewaffneten Kampf mit den Demonstranten riskieren und sein Regime ist endgültig zerfallen, Janukowitsch musste zuerst seine Residenz verlassen und danach auch sein Land, indem er nach Russland geflohen ist (vgl. ebd.: 10).

Yurchenko nennt drei Hauptgründe, warum sich die Mehrheit den Protesten angeschlossen hat: die Repression durch die Polizei, die Ablehnung der Unterzeichnung des Assoziationsabkommens mit der EU und den Wunsch, das Leben in der Ukraine zu verändern (Yurchenko 2018: 168 f.). Die Proteste fanden aber nur im zentralen und westlichen Teil des Landes statt, während im pro-russischen östlichen Teil der Ukraine die Ablehnung des Assoziationsabkommens mit der EU, wenn nicht begrüßt, keine starken Reaktionen verursachte. „Ein landesweiter Zusammenschluss des Protests wurde freilich schon durch die Präsenz neonazistischer Gruppen verhindert, die den Eliten besser geeignet schienen, einen systemkonformen Machtwechsel zu erzwingen“ (Müller 2015: 16). Also konnte von einem gemeinsamen östlichen und westlichen Widerstand keine Rede sein, sondern ganz im Gegenteil wurde in einigen ostukrainischen Städten sogar ein „Antimaidan“ organisiert und offensichtlich waren das Land und die Bevölkerung deutlich gespalten. Es konstruierte sich ein Bild der modernen westukrainischen Zivilgesellschaft auf dem Weg nach Europa, während der Osten der Ukraine (besonders von westlichen ukrainischen Analysten und Medien) als überalterte, in sowjetischer Mentalität gefangene Industrieregion bezeichnet wurde (vgl. ebd.: 12). In Kiew kam es während der gleichzeitigen Proteste zu Eskalationen also nicht nur zwischen den Protestierenden und der Polizei, sondern auch mit der „Antimaidan-Bewegung“. Zu erwähnen sind auch die Ereignisse in Odessa, als es während des von ukrainischen Nationalisten (dazwischen der „Rechte Sektor“) organisierten „Marsches der Einheit der Ukraine“ zu mehreren Zusammenstößen zwischen Nationalisten und pro-russischen Aktivisten gekommen ist,

nachdem mehrere pro-russische Aktivisten in einem Gewerkschaftsgebäude lebendig verbrannt wurden (vgl. Yurchenko 2018: 169). Nach diesen Ereignissen in Odessa, der Spaltung zwischen Ost und West, der Annexion von Krim und separatistischen Bewegungen im Donbass war klar, dass es schwierig würde, einen bewaffneten Konflikt in der Ukraine zu vermeiden (vgl. ebd.: 170). Auch wegen des aktuellen Krieges sollten diese Ereignisse genau betrachtet und analysiert werden, weil genau diese eine Einführung in den Konflikt waren, der sich danach zu einem Krieg umgewandelt hat.

5.7. Der „neue“ Petro Poroschenko

Die Dominanz der OligarchInnen in der Ukraine ist ungebrochen, statt der Partei der Regionen haben andere Oligarchengruppen die führende Rolle übernommen, wie die von Igor Kolomojskyj, Dmytro Firtasch oder Viktor Pinchuk. Am deutlichsten wurde dies durch Wahl eines der wichtigsten Oligarchen, Petro Poroschenko, zum Präsidenten gezeigt, dessen Block (Poroschenkos Block) auch der stärkste im ukrainischen Parlament (Verkhovna Rada) wurde. „Poroschenko war das Gesicht, mit dem sich die neu gebildete Anti-Janukowitsch Koalition unter der ukrainischen Oligarchie auf die Seite des Politikwechsels stellte, worunter sie freilich keinen Wechsel des Systems, sondern eine Rotation der Personen verstand“ (Müller 2015: 12). Obwohl er auf eine typisch postsowjetische Weise sein Vermögen erworben hat, zum engeren Kreis des ehemaligen Präsidenten gehörte und sogar von Janukowitsch als Minister der Wirtschaftsentwicklung ernannt wurde, präsentierte er sich in der Öffentlichkeit als Oppositioneller im Kampf gegen Verbrechen und Korruption (vgl. ebd.: 13). Die Kontrolle über die eigenen ukrainischen Mainstreammedien (Poroschenko war Besitzer des ukrainischen Fernsehsenders „Kanal 5“), ausreichende Erfahrung, um den Anstieg seiner Konkurrenz (darunter auch Julia Timoschenko) zu verhindern und die guten Beziehungen mit den Westen, die ihn als „unseren Oligarch“ betrachteten, ermöglichten ihm an die Macht zu kommen (vgl. ebd.: 13). Für die Mehrheit des Maidans war Poroschenko glaubhaft genug, um die radikalen Forderungen nach einem Umsturz des Systems abzufangen (ebd.: 13). Es gab Versuche, die Maßnahmen gegen Korruption zu unternehmen, wie zum Beispiel das Strafverfolgungsgesetz oder Lustrationsgesetz, welches das Zugangsverbot bestimmter Personen, darunter auch Oligarchen, zum politischen Leben des Landes bedeutete (vgl. Aslund 2016: 821). Betroffen waren davon aber nur die Oligarchen und die Personen, die

dem ehemaligen Präsident Janukowitsch oder seiner „Partei der Regionen“ nahestanden, während die eigene Elite davon kaum berührt wurde (vgl. Petuhova 2014). Statt der Maidan-Anforderungen hat Poroschenko nach der Revolution die Herrschaft der Oligarchie wiederherstellt und nur die wichtigsten administrativen Positionen, die sich früher unter der Kontrolle des Donezker Blocks befanden, unter eigene Kontrolle gestellt (vgl. Yurchenko 2018: 169).

Ähnlich wie nach „Orangene Revolution“ im Jahr 2004 kam es auch nach dem „Euromaidan“ zu Streitigkeiten zwischen den an die Macht gekommenen Parteien. Zum Beispiel wurden die von Arsenij Jazenjuk (aus der Partei „Nationale Front“) vorgeschlagenen und vom Westen und IWF unterstützten Steuerreformen von Poroschenkos Block abgelehnt, was die Spannungen zwischen diesen zwei Parteien vertieft hat (vgl. Aslund 2016: 830).

Wirtschaftlich war die Ukraine wieder in einer schwierigen Lage und hatte keine andere Wahl, als sich an den IWF zuwenden, wie sie es schon im Jahr 2010 getan hatte. Nur dadurch konnte die Ukraine eine größere internationale Finanzierung bekommen, um die starke Inflation zu vermeiden und das hohe Budgetdefizit auszugleichen (ebd.: 821). Die neue Regierung hat mehrere Finanzierungspakete verabschiedet, die sowohl von internationalen finanziellen Institutionen als auch zum Beispiel die Erhöhung der Energiepreise umfasst haben (vgl. ebd.: 824). Die westlichen finanziellen Interessen, die korrupte Regierung und der Konflikt mit Russland haben zahlreiche wirtschaftliche Aufgaben deutlich erschwert. Die ukrainische Wirtschaft wurde zwar stabilisiert, aber es fehlen die Investitionen (besonders von außen) und der Konflikt mit Russland macht die Ukraine für die Außeninvestoren nicht besonders attraktiv (vgl. ebd.: 831). Die zwei wichtigsten Branchen, die die Ukraine noch ausnützen und davon richtig profitieren kann, sind die Landwirtschaft und der Gassektor. Die Landwirtschaftssektor hat viel Potenzial und der Einfluss der Oligarchen ist hier noch relativ beschränkt, ähnlich wie im Gassektor, der meistens durch den Staat kontrolliert wird, aber teilweise privatisiert wurde, und hier sind die Interessen nicht nur von den mächtigsten Oligarchen, sondern auch von den Außenakteuren deutlich anwesender (vgl. Matuszak 2012: 61). Das Potenzial dieser beiden Branchen kann aber durch die richtigen demokratischen Reformen sicher für die Entwicklung des Landes ausgenützt werden.

Leider wurde das Potenzial des Landes auch nach der zweiten großen Revolution nicht ausgenutzt. Die steigenden Lebensmittelpreise und Lebenshaltungskosten (trotz immer noch sehr niedriger Löhne), steigende Arbeitslosigkeit, Korruption und Kriminalität sind nicht das, was die Ukrainerinnen und Ukrainer erwartet haben (vgl. Yurchenko 2018: 171). Auch der für den Maidan stärkste Treiber, die versprochene Annäherung an die EU, läuft nicht so, wie es sich die ukrainische Bevölkerung wünschte. Mit dem Zusammenbruch des Janukowitsch-Regimes ist leider die kleptokratische oligarchische Herrschaft nicht verschwunden, sondern ganz im Gegenteil wurde die neoliberale Kleptokratie sogar tiefer in der Gesellschaft auf allen Ebenen verwurzelt, wo es nur darum geht, IWF und EU zufriedenzustellen (vgl. ebd.: 171). Das erklärt die katastrophale Niederlage Poroschenkos bei den Wahlen 2018, bei denen er es zwar in die zweite Runde geschafft hat, aber danach von dem neuen Präsident Selenskyj mit nur 24 % gegenüber 73 % überzeugend geschlagen wurde.

5.8. Die Eskalation des Konflikts

Obwohl die Proteste sich auch gegen die oligarchischen Strukturen richteten, wurden die Proteste von oppositionellen und pro-westlichen Oligarchen (wie z. B. von dem zukünftigen Präsident Petro Poroschenko) unterstützt (vgl. Becker 2015: 420). Mit den USA hat die Oligarchengruppe aus Dnipropetrowsk eine langjährige Verbindung (ebd.: 420). Auch die faschistischen Bewegungen und Parteien wie „Swoboda“ waren ein Teil dieser Protestbewegung (vgl. ebd.: 420). Im Unterschied zu den Protesten 2004 hatten wir dieses Mal das Auftreten paramilitärischer Gruppen rechtsextremer Provenienz, die der Protestbewegung ein partiell sehr militantes paramilitärisches Gepräge gaben und deren ultra-nationalistische Parolen auf zunehmende Akzeptanz stießen (ebd.: 420).

Außenpolitisch war die Situation sehr angespannt. Nach einem erneuerten Regimewechsel bzw. nach dem Sturz von Janukowitsch wurden die nationalistischen Stimmungen im Land und im Parlament immer lauter, was zum Beispiel zu einer Verabschiedung des Sprachgesetzes, das sich gegen die russische Sprache richtete und eine große symbolische Bedeutung hat (die russische Sprache ist die Muttersprache von großen Teil der Bevölkerung im Osten) führte und die von Russland massiv unterstützten Separationsbestrebungen der Krim und in Teilen der Ostukraine haben schon

existierenden regionalen Spaltungslinien vertieft (vgl. ebd.: 421). Im Donbass (östliche Region der Ukraine) wurden eigene Strukturen geschaffen und durch die russische Unterstützung von Rebellenkräften in den östlichen Regionen des Landes bzw. in Donezk und Luhansk befinden sie sich noch seit Beginn des Konfliktes nicht mehr unter der Kontrolle von Kiew. Neben der Annexion der Krim unterstützte Russland die neuen selbsterklärten Republiken LNR (Luhansker Volksrepublik) und DNR (Donezker Volkrepublik), die von der offiziellen ukrainischen Regierung als terroristische Organisationen und Gruppierungen bezeichnet wurden (vgl. Podolian: 104). Im Jahr 2016 wurde die Situation auf der Krim und Donbass vom internationalen Strafgerichtshof als internationaler bewaffneter Konflikt zwischen Russland und Ukraine bezeichnet (ebd.: 104). Das wurde mit dem Einmarsch von russischen Truppen in die Ukraine im Februar 2022 bestätigt.

Russland gilt nicht nur für die ethnischen Ukrainer, sondern auch für ethnische Letten, Esten und Litauer als größte Bedrohung, aber das gilt nicht für die russischen Minderheiten in allen diesen Staaten, sondern ganz im Gegenteil (vgl. Jaitner; Olteanu; Spöri 2018: 257). Vor einem Bürgerkrieg dauerte schon längst ein Informationskrieg bzw. haben die russischen Medien einen starken Einfluss an die russischen Minderheiten wie in unserem Beispiel auch in der Ukraine, wo sich die russischsprachige Bevölkerung meistens über die russischen Sender informiert, im Unterschied zu ethnischen Ukrainern, die sich über die staatlichen ukrainischen Medien auf ukrainischer Sprache lieber informieren. Die „russifizierte“ Bevölkerung war dadurch gegenüber der neuen, von den ukrainischen Nationalisten und nationalistischen Parteien beeinflussten Regierung einfach zu skeptisch und ihre Loyalität zur Ukraine stand infrage (vgl. Müller 2015: 15).

Dieser identitätspolitische Defekt der ukrainischen Staatlichkeit mithilfe der russischen Instrumentalisierung entwickelte sich zu separatistischen Ambitionen (vgl. ebd.: 15).

Der Krieg im Osten und der Konflikt mit Russland wird aber durch die Oligarchen auch ausgenutzt, um anti-soziale Reformen durchzuführen, die ihre Hände nur losbinden (vgl. Yurchenko 2018: 171). Es ist für sie gleichzeitig auch sehr wichtig, die Unterstützung und Kredite von den westlichen Partnern nicht zu verlieren, die statt einer Konfliktregulierung

mit dem bestehenden Regime kooperieren und damit das neoliberale kleptokratische System weiter am Leben halten.

6. Die inneren Akteure

6.1. Staatliche Institutionen

Die staatlichen Institutionen sind in einer spezifischen Lage: Einerseits gibt es einen Druck von unten bzw. von den politisch mobilisierten Massen und der Bevölkerung, andererseits gibt es auch einen Druck von oben, also von Oligarchengruppen, die diese Institutionen für die Durchsetzung der eigenen Interessen ausnützen wollen. Auch der Druck seitens der internationalen Gemeinschaft (also von internationalen Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen) für die Durchführung von unterschiedlichen Maßnahmen ist anwesend (vgl. Riabchuk 2009: 34). Wir können in der Ukraine aber nicht von autonomen politischen Institutionen sprechen, da sie von oligarchischen Klans auf allen Ebenen okkupiert sind (vgl. Müller 2015: 14). Mit anderen Worten können wir in der Ukraine von einer schwachen Staatskapazität sprechen. Unter einer Staatskapazität verstehen wir die Fähigkeit staatlicher Institutionen, Regeln für Politik und Gesellschaft festzulegen und ihre Durchsetzung sicherzustellen, und stattdessen setzen die ukrainischen staatlichen Institutionen die Interessen der Oligarchen durch (vgl. Kuzio 2002: 51).

Das Problem liegt auch darin, dass es ohne eine stärkere Staatskapazität weder eine normale Funktion des Staates noch die Formierung einer starken Zivilgesellschaft möglich ist (vgl. ebd.: 52). Laut Carothers brauchen die Zivilgesellschaft und der Staat einander und entwickeln sich im Tandem und nicht der eine auf Kosten des anderen bzw. kann eine kräftige Zivilgesellschaft nicht vor einem funktionierenden demokratischen Gemeinwesen entstehen, in dem politische Aktivität und politische Debatte stattfinden, mit anderen Worten muss der Staat über die Kapazitäten verfügen, Politik zu implementieren, den Bürgern Leistungen zur Verfügung zu stellen und Rechtsstaatlichkeit durchzusetzen (vgl. ebd.: 53).

6.1.1. Präsident

Der Präsident in der Ukraine wird alle fünf Jahre direkt durch das Volk gewählt und kann nur noch einmal wiedergewählt werden. Die Ukraine wechselte immer zwischen präsidentiellem System (besonders unter Kutschma, aber auch unter Janukowitsch) und parlamentarisch-präsidentiellem System (Verfassungsänderungen 2004). Nach der Revolution im Jahr 2014 haben wir in der Ukraine wieder eine Stärkung des Parlaments und Rückkehr zu der Verfassung von 2004, nach der wir in der Ukraine ein parlamentarisch-präsidentielles System haben. Der Präsident spielt aber immer noch im Staat eine sehr wichtige Rolle, besonders in der Außenpolitik, und hat den Oberbefehl über die ukrainischen Streitkräfte. Der Präsident kann auch das Parlament auflösen und schlägt ebenfalls den Ministerpräsidenten vor, wofür aber eine Zustimmung des Parlaments notwendig ist. Er hat den Vorsitz im nationalen Verteidigungs- und Sicherheitsrat und besitzt auch die legislativen Kompetenzen (vgl. „Politisches System und aktuelle Politik in der Ukraine“).

Die Präsidenten werden oft in Verbindung mit bestimmten oligarchischen Gruppen gebracht (z. B. Kutschma mit dem Dnipropetrowsk-Klan, Janukowitsch mit dem Donezk-Klan, Poroschenko mit dem Kyiv-Klan). Auch der aktuelle Präsident, Wolodymyr Selenskyj, wird oft in Verbindung mit Oligarch Igor Kolomojskyj gesetzt, dessen Abgeordnete sowohl im Parlament als auch in der vom Präsidenten gegründeten Partei „Sluha narodu“ stark anwesend sind. In letzter Zeit sind aber die Beziehungen zwischen Kolomojskyj und Selenskyj wegen der gescheiterten Reprivatisierung der „Privatbank“ etwas komplexer geworden. Außerdem wurde eine Annäherung zwischen Selenskyj und Achmetow bemerkt, womit Selenskyj seine Abhängigkeit von Kolomojskyj im medialen Raum verringern will (vgl. Karmazin 2020).

6.1.2. Regierung und Parlament

Das oberste Organ der Exekutive in der ukrainischen Regierung ist der Ministerkabinet. Wie erwähnt, wird der Ministerpräsident vom Präsidenten mit Zustimmung des Parlaments ernannt, der auch die anderen Mitglieder bzw. Minister des Ministerkabinetts ernennt, die Kandidaten müssen aber von dem Ministerpräsidenten vorgeschlagen werden (vgl. „Politisches System und aktuelle Politik in der Ukraine“).

Die Parlamentswahlen finden ebenfalls alle fünf Jahre statt und von insgesamt 450 Sitzen wird die Hälfte direkt in den Wahlkreisen gewählt und die zweite Hälfte wird über Parteienlisten in Verhältniswahl bestimmt („Politisches System und aktuelle Politik in der Ukraine“). Das Parlament spielt eine entscheidende Rolle für die Regierungsbildung und kann auch durch ein Misstrauensvotum die Regierung ohne Zustimmung des Präsidenten abrufen.

„Im Parlament der Ukraine spielen nach wie Einzelpersonen und deren Sonderinteressen eine unverhältnismäßig große Rolle“ (ebd.: 221). Auch die Regierungen in der Ukraine waren durch extreme Instabilität gekennzeichnet und bis 2004 (Verfassungsänderung) bzw. bis 2006 (Einschränkung der Kompetenzen des Präsidenten) wurden sowohl der Bestand als auch die Zusammensetzung der Regierung entscheidend vom Präsidenten beeinflusst, für den persönliche Treue und Loyalität das entscheidende Kriterium waren (ebd.: 221). Erst durch die Anfang 2006 in Kraft getretenen Verfassungsänderungen kommt dem Parlament die entscheidende Rolle bei der Formierung der Regierung zu bzw. entspricht jetzt die Zusammensetzung der Regierung den parlamentarischen Mehrheitsverhältnissen (ebd.: 221). Also ist im Unterschied zu Russland oder Weißrussland das ukrainische Parlament Verkhovna Rada nicht mehr einfach eine Marionette des Präsidenten. Es befindet sich aber andererseits unter starkem Einfluss von Oligarchen und verfolgt ihre bestimmten Interessen bzw. werden die Interessen von verschiedenen Oligarchengruppen über die Interessen des Staates gestellt. Die Oligarchen etablierten sich als politische Akteure, die eigene Parteien als Instrumente der legalen Einflussnahme gegründet oder schon existierende Parteien übernommen haben bzw. „haben die Oligarchen und verschiedene Unternehmen-Klans noch im Vorfeld der Parlamentswahlen in 1998 die Parteien als ein Mittel erkannt, das der Durchsetzung ihrer Interessen eine legale Grundlage geben konnte“ (ebd.: 223). „Die Parteien verkörperten die Symbiose zwischen der Staatsbürokratie und den Wirtschaftsklans und stellten im Grunde ‚Oligarchenklubs‘ dar, die sich um bestimmte Personen oder Wirtschaftsgruppen herum bilden“ (ebd.: 223). „Es handelt sich um klientelistische Vereinigungen, denen es darum geht, einem kleinen Kreis von Oligarchen Zugang zu den staatlichen Ressourcen zu verschaffen“ (ebd.: 223 f.). Dadurch haben wir auch heutzutage die zahlreichen Oligarchen, die im Parlament sitzen und ihre wirtschaftlichen Interessen vertreten,

Immunität genießen und die Parteien finanzieren, auf deren Ticket sie ins Parlament gekommen sind (vgl. ebd.: 224).

Kuzio teilt die Parteien auf die „interessengebundenen“ Parteien und die mit ideologischem Spektrum (Kommunisten und Nationalisten) und behauptet, dass die zentralistischen Parteien und Gruppierungen im Parlament eine enge Beziehung zur Exekutive und zur Wirtschaft haben und deshalb als „oligarchischen“ Parteien der Macht bezeichnet worden sind und die hauptsächlichen Stützen des korporativen Staates in der Ukraine sind (Kuzio 2002: 70). Leider zeigten uns die letzten Ereignisse in der Ukraine, dass besonders die nationalistischen Strömungen und Parteien auch ganz deutlich von oligarchischen Gruppen kontrolliert werden, was auch am Beispiel des Konfliktes im Osten des Landes zu sehen ist.

Unter solchen Bedingungen ist es schwierig, eine Mehrheit zu bilden bzw. gibt es keine stabile Strukturierung des Parlaments und viele Abgeordnete, die Mitglieder einer Partei sind oder zumindest über eine Partei ins Parlament gekommen sind, haben nur eine schwache Bindung an diese Partei (vgl. Bos 2008: 221 f.). Die eigenen Interessen solcher Abgeordneten oder die Interessen der Oligarchen, die durch die Abgeordneten vertreten werden, bremsen eine normale Funktion des Parlaments.

So haben wir zum Beispiel die „Partei der Regionen“, die während Janukowitschs Herrschaft den Interessen des Donezker Klans diente, aber später auch sogar in die „familiären Geschäfte“ des Präsidenten inkludiert wurde (vgl. Matuszak 2012: 6). Diese Strategie der Instrumentalisierung mittels politischer Parteien ermöglicht den Oligarchen, Einfluss in allen wichtigsten Institutionen des Landes auszuüben und die wichtigsten Bereiche des Landes unter eigene Kontrolle zu stellen.

6.3. Oligarchengruppen

Die Privatisierung in den 90er-Jahren wurde in der Ukraine sehr stark durch die OligarchInnen beeinflusst. Die OligarchInnen wurden gezielt durch die Ausgestaltung der Privatisierungspolitik in mehreren postsowjetischen Staaten geschaffen, aber im Unterschied zum Beispiel zu Russland, wo der Staat auf eine gezielte Balance zwischen verschiedenen Wirtschafts- und Oligarchengruppen zielt und die Oligarchen mehr oder

weniger „im Griff“ hat, haben in der Ukraine ganz im Gegenteil die Oligarchen sehr früh den entscheidenden Einfluss auf Parteien, die zur Konsolidierung der politischen Einflusskanäle dienten, gewonnen und bestimmen den Verlauf der staatlichen Politik (vgl. Becker 2012: 414 ff.). Die Oligarchen entstanden im Zuge der betriebenen ökonomischen Reformprozesse, aus denen eine kleine Gruppe von Unternehmensdirektoren und neuen Bankiers enorme Gewinne für sich herausziehen konnte und sie brachten ganze Wirtschaftszweige und die Medien in der Ukraine unter ihre Kontrolle (Bos 2008: 223). Seit ihrer Entstehung spielen die Oligarchen eine besondere Rolle und wurden sogar als „nationale Bourgeoise der Ukraine“ bezeichnet (vgl. ebd.: 223).

Das oligarchische System basiert auf den Verbindungen zwischen neu formiertem „big business“ und politischer Klasse, die nach dem Zerfall der SU entstanden sind, und vielleicht nirgendwo sonst im postsowjetischen Raum hatten die Oligarchen einen so bedeutsamen und starken Einfluss wie in der Ukraine (vgl. Matuszak 2012: 9). Die ukrainische Politik hat in gegenläufiger Richtung funktioniert, und in Abwesenheit autonomer politischer Institutionen ist die Subversion des Staats systematisch bzw. haben die oligarchischen Klans die politischen Institutionen auf allen Ebenen okkupiert (Müller 2015: 14).

Besonders stark hat sich das oligarchische System während der Kutschma-Ära entwickelt und heute immer noch einen starken Einfluss auf die ukrainische Wirtschaft, Massenmedien, Politik und dazwischen auch auf die politischen Parteien bzw. haben sich die ganzen Netzwerke zwischen den Politikern und Oligarchen entwickelt (vgl. Matuszak 2012: 5).

Obwohl die oligarchischen Parteien sich durch eine große Instabilität auszeichnen, bedeutet dies nicht gleichzeitig die Instabilität des oligarchischen Einflusses, denn die oligarchischen Regime haben sich durchaus in der Lage gezeigt, gesellschaftliche Widersprüche zu bearbeiten und egalitäre Verhältnisse aufrechtzuerhalten (Becker 2012: 428 f.). Also hatten auch im Fall einer politischen Veränderung die Oligarchen nie ein Problem, eine „gemeinsame Basis“ mit den neuen politischen Kräften zu finden (vgl. Matuszak 2012: 5).

Auch die Konkurrenz zwischen den Oligarchen kann die Stabilität des Staates bedrohen, aber nicht die gesellschaftlichen Verhältnisse, die trotz der zwei großen Protestwellen immer noch unverändert geblieben sind und nur die Kräfteverhältnisse zwischen Oligarchengruppen verändert haben (vgl. Becker 2012: 429). Die Konkurrenz und die Auseinandersetzung zwischen den verschiedenen Oligarchengruppen schaffen unattraktive Rahmenbedingungen für neue Investitionen und die Tatsache, dass die Interessen der Oligarchen für die Politiker immer vor den Interessen des Staates stehen, führt zu großen Verlusten für das ukrainische staatliche Budget (vgl. Matuszak 2012: 5).

„Bei oligarchischer Herrschaft geht es um die Kontrolle einzelner Kapitalgruppen über diskretionäre staatliche Entscheidungen, die für die jeweilige Unternehmenspolitik relevant sind“ (Becker 2012: 411). Der Kern oligarchischer Herrschaftsverhältnisse sind also die einheimischen Kapitalgruppen, die in der Regel eine Internationalisierungspolitik verfolgen und einen starken Einfluss auf die Parteipolitik haben bzw. durch die Parteien für ihre eigenen Interessen lobbyieren, sodass die Parteifinanzierung über mit den jeweiligen Parteien eng verbundenen Unternehmen geschieht (vgl. ebd.: 412). Yurchenko schreibt über die drei wichtigsten Warenketten für das oligarchische Kapital: 1. Kokskohle – Koks – Blech, / Rohr bzw. Leitung; 2. Kraftwerkskohle – Kraft – Metall; 3. Gas – Metall – Gasleitung, die auch am profitabelsten ist (Yurchenko 2018: 133).

Die enge Verschränkung von politischer und ökonomischer Macht ist ein zentrales Kennzeichen oligarchischer Herrschaft und dort, wo die Kapitalgruppen einen relativ direkten Zugriff auf den Staatsapparat haben und in einem semiperipheren Staat wie die Ukraine ist der Grad der Autonomie des Staates gegenüber der Fraktion einheimischer Großkapitalisten relativ gering (Becker 2012: 409).

Besonders auffällig ist die Beziehung zwischen Oligarchen und den Medien, die sich unter einer direkten Kontrolle von Oligarchen befinden (von Oligarchen gegründet und finanziert), sie sind ein Beispiel der Domination der Oligarchen in diesem Land und ein wichtiges Instrument für ihre politischen Einflüsse (vgl. Matuszak 2012: 34). Zum Beispiel sind die Fernsehsender komplett monopolisiert, die populärsten Sendungen wurden von den reichsten Leuten (bzw. Oligarchen) gegründet, zum Beispiel gehört der bekannte Sender „Inter“ zu Dmytro Firtasch, 1+1 zu Igor Kolomojskyj, „Ukraine“ zu Rinat

Achmetow, „ISTV“ zu Viktor Pinchuk, „Kanal 5“ und das 2020 am populärste „Pryamoi“ zu Petro Poroschenko (vgl. ebd.: 35 f.). Bei der Presse ist die Lage etwas besser, das bekannte Internetportal „Ukrayinska Pravda“ erfüllt die meisten Kriterien des freien Journalismus und gilt für viele Ukrainer als gute Beispiel für freie Medien (vgl. ebd.: 36). Aber auch dieses wurde in Verbindung mit dem Oligarchen Konstantin Grygorishin gebracht, der aber solche Behauptungen abgestritten hat (Kondratova 2019).

Matuszak erklärt auch, dass die Oligarchen ihre eigenen Interessen immer über die Interessen des Staates stellen und wenn es zu einer Auseinandersetzung zwischen dem Staat und den Oligarchen kommt, sind die Oligarchen dazu fähig, alle mögliche Prozesse zurückzuhalten (Matuszak 2012: 71). Noch ein wichtiges Merkmal ist, dass die Oligarchen im Land keine homogene Gruppe bilden, sondern miteinander konkurrieren und verschiedene politische Parteien und Gruppierungen unterstützen (ebd.: 79).

In letzter Zeit versucht die Mehrheit der Oligarchen eine gute Beziehung zum Westen aufrechtzuerhalten, weswegen sie sich auch für die euro-atlantische Integration einsetzen (Riabchuk 2009: 31). Zum Beispiel nahm der Warenexport in die EU in letzten Jahren zu und ist im Vergleich zum Export nach Russland fast zweimal höher geworden bzw. hat die Ukraine nicht nur eine politische, sondern auch eine wirtschaftliche „Reorientierung“ von Russland zur EU noch vor dem Krieg erlebt, was ohne die Teilnahme und Zustimmung von bestimmten Oligarchen nicht möglich gewesen wäre. Nach Matuszak ist die Ukraine, ohne die bestehenden Abhängigkeiten zwischen den politischen und „Business“-Eliten zu verstehen, unvorstellbar (Matuszak 2012: 9).

6.3.1. Die Oligarchen

Viktor Janukowitsch: Vor seinem Präsidentenamt in den Jahren 2010–2014 war Janukowitsch auch als Premierminister tätig, auch nach der orangenen Revolution, als er zum Präsident gewählt wurde und nach den Neuwahlen und neuen Ergebnissen doch in der zweiten Runde verloren hat. Er gehörte zum Donezk-Klan und spielte bis zu seinem Sturz 2014 immer eine wichtige Rolle für die ukrainische Politik. Wie oben schon beschrieben wurde, hat er eine familiäre und absolute Kleptokratie im Land installiert, wovon auch die Mitglieder seines Klans nicht begeistert waren, den Janukowitsch in schwierigen Zeiten verloren hat. Seine ehemalige Residenz „Meschyhirja“ (im Wert von

über 300 Millionen Euro) ist nach der Revolution zum Museum der Korruption geworden. Nach seinem Absturz ist er nach Russland geflohen, wo er noch heute lebt. Über juristische Wege versucht Janukowitsch in die Ukraine zurückzukehren.

Rinat Achmetow: Donezker Klan; Geschäft: Metallurgie, Energietechnik, Medien, Banksektor, Transport, konventionelle Energietechnik, Versicherungen. In Jahren 2006–2012 war er Abgeordneter der „Partei der Regionen“, die er auch finanziert und durch die er seine Interessen durchgesetzt hat (vgl. Matuszak 2012: 26). Ihn charakterisierte eine unabhängige Politik bzw. war er von externen Lieferanten nicht abhängig und entwickelte erfolgreich eigene Geschäfte (vgl. ebd.: 54). Er war einer der einflussreichsten Oligarchen in der Ukraine. Laut „Korrespondent“ und „Focus“ war er im Jahr 2011 der reichste Ukrainer weit vor seinen Konkurrenten wie Pinchuk und Kolomojskyj (ebd.: 84). Er war auch der Präsident des bekannten ukrainischen Fußballclubs „Schachtar Donezk“.

Henadiy Boholyubov: einer der reichsten Ukrainer überhaupt, kooperiert sehr eng mit Kolomojskyj, mit dem er gemeinsam die „Privat“-Gruppe kontrolliert. Ist tätig in Metallurgie, Bergbau- und Verarbeitungsbetrieb. Kooperierte mit der deutschen Baumarktkette „OBI“, mit der er zusammen „OBI Ukraine“ gegründet hat.

Ihor Kolomojskyj: gehört zum Dnipropetrowsk-Klan; Banksektor, Medien, Metallurgie, Ölsektor, chemische Industrie, Flugtransport. Kontrollierte die „Privat-Gruppe“, die mit der größten finanziellen Institution in der Ukraine „Privatbank“ (dessen Besitzer ebenfalls Kolomojskyj ist) verbunden ist und sich mit verschiedenen Industrien (Energie, Öl, Chemie, Stahl, Nahrungsmittel etc.) beschäftigt (vgl. ebd.: 104). Die Privatbank ist auch im Ausland einflussreich, vor allem in Russland, Georgien und Lettland (vgl. ebd.: 105). Die Privat-Gruppe besitzt auch verschiedene Fernsender und Internetportale (Kanal 1+1, Telekritika etc.), hat eigene Fluggesellschaften (Windrose, Dnieproavia, Aerosvit) und verfügt sogar über eigene lokale Stromproduktion (vgl. ebd.: 106).

Viktor Pintschuk: gehört ebenfalls zum Dnipropetrowsk-Klan. Tätig in Metallurgie und Medien; verheiratet mit Kutschmas Tochter. 2008 wurde er im „Forbes“ als reichster Ukrainer bezeichnet. Neben Kolomojskyj war die größte Konkurrenz für den Donezker Klan und die „Partei der Regionen“. Besitzt den größten Rohrhersteller in der Ukraine „Interpipe Group“ und importierte Gas aus Russland und Turkmenistan (ebd.: 108).

Kontrolliert auch „Starlight Media Group“, „Credit-Dnepr Bank“ und „Geo Alliance“, den größten privaten Öl- und Gasproduzenten (ebd.: 108).

Pavel Lazarenko/Julia Timoschenko: Lazarenko kommt aus Dnipropetrowsk und war einer der mächtigsten Oligarchen in den 1990er-Jahren (kurz war er auch als Premierminister tätig) und ist einer der wenigen, die gefallen sind (hat acht Jahre im Gefängnis verbracht) und deren Reichtum von anderen Oligarchen, vor allem von Viktor Pinchuk, übernommen wurde. Er ist wichtig zu erwähnen, weil genau mit seiner Hilfe und unter seiner Führung Julia Timoschenko ihre Karriere begonnen hat (vgl. ebd.: 16). Nachdem klar wurde, dass er fallen würde, hat Timoschenko ihre eigene Partei „Vaterland“ gegründet und heute gilt sie als jemand, der gegen die oligarchischen Einflüsse kämpft. Aber auch auf ihrer Wahlliste befindet sich eine Reihe von Oligarchen und ehemaligen Gefolgsleuten des ehemaligen Präsidenten Kutschma (vgl. Bos 2008: 224). Auch in der Auseinandersetzung zwischen Kolomojskyj und Pinchuk stand Timoschenko auf der Seite von Kolomojskyj und unterstützte seine Privat-Gruppe. Sie verhandelte aber auch mit Russland, um die RUE-Gruppe zu eliminieren und vereinbarte mit Putin den wichtigen Gasvertrag (vgl. Kudelia 2012: 425).

Dmytro Firtasch: parteiunabhängig, versucht immer mit aktueller Regierung zu kooperieren und eigene Interessen durchzusetzen, kooperierte sowohl mit Juschtschenko, den er finanziell unterstützte als auch mit der Partei der Regionen, die er auch gesponsort hat. Heutzutage unterstützt er Poroschenko. Vermeidet eine direkte Teilnahme in der Politik. Aktiv in chemischer Industrie, Gassektor, Banksektor, Titanium-Industrie, Medien. Hat auch die RUE-Gruppe gegründet (RosUkrEnergo), die für den Gasimport (von Russland in die Ukraine) eine wichtige Rolle gespielt hat und in einer bestimmten Zeit auch für russische Interessen lobbyiert hat (vgl. Matuszak 2012: 17). Die RUE-Gruppe hatte Verbindungen sowohl mit Russland als auch mit der Partei der Regionen, gehörte aber nicht zum Donezk-Klan (vgl. ebd.: 27). Kooperierte erfolgreich mit Russland, woher er das Gas direkt importierte und mit billigeren Preisen einkaufte, wodurch er einer der größten Gasproduzenten und reichsten Menschen in der Ukraine wurde (vgl. ebd.: 50 f.).

Petro Poroschenko: Obwohl er als bei den Wahlen 1998 als unabhängiger Kandidat angefangen hat, vertritt er schon im Jahr 2000 die Interessen von Kyiv Klan, obwohl er

selbst aus Odessa kommt und ebenfalls mit dem „Vynitskiy-Klan“ in Verbindung gebracht wird. Während der politischen Karriere hat er sowohl mit Janukowitsch als auch mit Juschtschenko zusammengearbeitet und spielte sogar eine wichtige Rolle bei der Entstehung der „Partei der Regionen“. Unter Juschtschenko entwickelte er sich zu einem der mächtigsten Oligarchen, 2005 war er Sekretär des nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates und in den Jahren 2009 und 2010 sogar Außenminister. Zwischen 2007 und 2012 war er Präsident der ukrainischen Nationalbank und bis 2012 auch der Wirtschaftsminister in der Regierung, die von Azarov (loyal zu Janukowitsch) geführt wurde (vgl. ebd.: 109). Nach der Machtübernahme 2014 versuchte er einen eigenen Klan von eigenen Leuten zu gründen und kooperierte eng mit westlichen großen Konzernen; Besitzer von Lebensmittelindustrie (Schokoladenfabrik „Roschen“), Autoindustrie und Medien (Pryamoi, Kanal 5).

6.3.2. Die Oligarchen-Klans

Dnipropetrowsk-Klan: Der Klan entstand noch in den 1960er-Jahren unter Breschnew als finanziell-politische Gruppe gebildet nach dem Gemeinschaftsprinzip. Nach dem Zerfall der Sowjetunion ist aus diesem Klan eine oligarchische Gruppe entstanden, da genau die Vertreter der alten Parteinomenklatura von der Privatisierung profitiert haben.

Wie erwähnt, wurde die Oligarchie besonders in der Kutschma-Ära etabliert, wodurch mehrere Oligarchengruppen und andere Klans sich formiert haben. Mehrere Oligarchen und Politiker werden mit diesem Klan in Verbindung gebracht wie zum Beispiel die ehemalige Premierministerin Julia Timoschenko oder der mächtige Oligarch Viktor Pinchuk. Eine der einflussreichsten Personen dieses Klans ist vor allem der Oligarch und Eigentümer der größten ukrainischen Bank, Ihor Kolomojskyj und es ist kein Geheimnis, dass er die rechtsextremen paramilitärischen Einheiten finanziert (vgl. Becker 2012: 421). Laut ukrainischer Presse finanzierte er aber auch den aktuellen Präsident Wolodymyr Selenskyj, mit dem die Beziehungen in letzter Zeit etwas kälter geworden sind. Wir können merken, dass auch die Beziehungen innerhalb des Klans uneinig sind bzw. es auch zu den Gruppierungen innerhalb des Klans gekommen ist.

Donezker Klan: Ist auch durch die ehemaligen „roten Direktoren“ und auf Basis der alten Nomenklatura entstanden für die Durchführung wirtschaftlich-politischer Ziele.

Für die Donezker Kapitalgruppen ist die Schwerindustrie (vor allem Metallurgie) von zentraler Bedeutung und während der Kutschma-Ära haben sie an Einfluss gewonnen (vgl. ebd.: 418). Der Klan basiert auf den Oligarchen aus Donezk wie zum Beispiel Viktor Janukowitsch, Rinat Achmetow oder Serhiy Taruta. Der Klan ist aber auch geteilt in die „alte“ und „neue Donezk-Elite“, wodurch es auch oft zu verschiedenen Uneinigkeiten innerhalb des Klans kommt. Der ehemalige ukrainische Präsident Janukowitsch gehört zu der „alten Donezk-Elite“ und als er an der Macht war, war die „Partei der Regionen“ die politische Basis dieses Klans (Matuszak 2012: 14). Rinat Achmetow gehört zu der „neuen Donezk-Elite“ und spielt immer noch eine besonders wichtige Rolle nicht nur für diese Region, sondern auch seine Rolle für die ukrainische politische Szene (nach dem totalen Debakel der „Partei der Regionen“ 2014) nimmt in den letzten Jahren zu.

Kyiv-Klan: Der Kyiv-Klan formierte sich während der zweiten Amtszeit von Leonid Kutschma, als seine Mitglieder Viktor Medvechuk und die Surkis-Brüder bedeutende Funktionen besetzt haben und am Anfang der 2000er war dieser Klan besonders stark. Nach der Revolution 2004 und dem Sieg von Viktor Juschtschenko wurde der Kyiv-Klan deutlich geschwächt und hatte keine Repräsentanten mehr in der Verkhovnaya Rada. Eine politische Rückkehr erlebte der Klan nach dem Euromaidan 2014 und dem Wahlsieg von Petro Poroschenko.

6.4. Ukrainische Nationalisten

Diese Akteure versuchen das vom Kuzio erwähnte „nationale Bewusstsein“ zu stärken, verbreiten aber gleichzeitig Hass gegenüber den russischen Ukrainern, die im Osten des Landes leben, aber auch gegenüber Russen allgemein. Die ukrainischen Nationalisten versuchen den russischen imperialistischen Ideen entgegenzuwirken und bezeichnen sich mehr „europäisch“ und nicht als „ostslawisch“ bzw. „asiatisch“, worin sie immer noch einer europäischen Unterstützung suchen (vgl. Riabchuk 2009: 27 f.). Alles, was „russisch“ ist, wird strikt abgelehnt, die russische Sprache, Kirche, Musik, Literatur etc. Russland wird oft in Zusammenhang mit den Sowjetunion gebracht und alle Verbrechen, die durch das sowjetische Regime begangen wurden, werden mit dem heutigen Russland in Verbindung gesetzt. Während des Zweiten Weltkriegs haben die ukrainischen Nationalisten (ukrainische aufständische Armee) gegen das sowjetische Regime auf der

Seite des Nationalsozialismus gekämpft und nicht nur Verbrechen gegen das sowjetische bzw. das russische Volk, sondern auch Massaker gegen die polnische Bevölkerung unternommen, das bekannteste war das Massaker in Wolhynien und Ostgalizien, das von Polen sogar als Genozid bezeichnet wurde.

Die ukrainischen Nationalisten werden heutzutage nicht nur von der ukrainischen Regierung toleriert, sondern spielen auch eine wichtige Rolle im politischen Leben der Ukraine, vor allem aber für den Konflikt im Osten, wo mehrere Bataillone gerade aus den ukrainischen Nationalisten bestehen. Wegen der Krim-Krise, des Euromaidan, des Konflikts im Donbass und schließlich des Krieges haben die Ideen des ukrainischen Nationalismus an Popularität besonders unter der jüngeren Bevölkerung gewonnen und sind heute besonders im Westen des Landes stark anwesend.

Die Nationalisten beeinflussen bestimmt das „nationale Bewusstsein“, aber eher in eine negative Richtung bzw. durch die nationalistischen Ideen werden die Ukrainer sicher nicht als eine moderne politische Nation dargestellt, sondern dies treibt das Land ganz im Gegenteil zurück zu einem anarchischen Ethnozentrismus und bietet keine echte Alternative weder für eine Staatsbildung noch für die ökonomische und soziale Politik des Staates (vgl. Gosch 2012: 11). Wie schon erwähnt wurde, werden die Nationalisten durch die Oligarchen für den Konflikt im Osten ausgenutzt und in ihrem eigenen Interesse finanziert, aber auch für die Unternehmung von undemokratischen Maßnahmen verwendet, z. B. um Gewalt oder Aggression auf den Straßen oder gegen die politische Konkurrenz anzuwenden (vgl. ebd.: 12). Die nationalistischen Gruppen und Parteien (wie Swoboda), ihre Ideen und illegalen Maßnahmen und Aktivitäten sind für die Entwicklung eines demokratischen Landes nur kontraproduktiv bzw. bremsen die demokratischen Entwicklungen des Landes aus und treiben es sogar in die unangenehme Vergangenheit zurück.

Die nationalistischen Tendenzen in der Ukraine wurden von Putin als ein Argument verwendet, um die „militärische Operation“ und „Denazifizierung“ in der Ukraine zu rechtfertigen. In der russischen Propaganda sind die ukrainischen Nationalisten stark anwesend und werden oft in Verbindung mit dem Zweiten Weltkrieg gesetzt, woraus aus

der Ukraine ein „neonazistischer Feind“ geschaffen wird, der nach 75 Jahren wieder bekämpft werden muss.

Während wir in Russland eine Übertreibung bezüglich der ukrainischen Nationalisten haben, sind die neonazistischen Gruppierungen in westlichen Medien kaum merkbar und werden ab Anfang des Krieges von ukrainischen und westlichen Politikern sogar toleriert. Selbst der verbreitete und beliebte Slogan „Slawa Ukrajini – Heroyam slawa“ („Ehre der Ukraine – Ehre den Helden“) findet seine Wurzeln noch im Zweiten Weltkrieg und wurde als offizieller Gruß der OUN (Organisation Ukrainischer Nationalisten), die mit Hitler kooperierte, verwendet. Ähnlich wie die Begrüßung „Heil Hitler“ war auch diese Begrüßung in der Sowjetunion strikt verboten. Nach dem Zerfall der SU und besonders ab dem Anfang des Konfliktes im Osten hat sich der Gruß in der Ukraine wieder verbreitet und gilt seit 2018 als offizieller Gruß der ukrainischen Streitkräfte (vgl. <https://elle.ua/ru/ludi/novosty/borba-za-nezavisimost-istoriya-lozunga-slava-ukraine/>).

6.5. Zivilgesellschaft

„Oligarchische Strukturen weisen auf eine relative Schwäche der Zivilgesellschaft als Feld der Interessenformierung, Normbildung und Interessendurchsetzung hin, wie sie vielfach für die peripher-kapitalistischen Staaten charakteristisch ist“ (Becker 2015: 410). Die Zivilgesellschaft ist gleichzeitig leider ein gesellschaftlicher „Ort“ der Kämpfe um Hegemonie und besteht aus „privaten“ Beziehungen, auf die der Staat zwar massiv Einfluss nimmt, die jedoch formell und von ihrem Selbstverständnis her vom Staat unabhängig sind (Brand 2010: 149).

Kuzio behauptet, dass „der Staat und Zivilgesellschaft innerhalb eines politischen Gemeinwesens durch die Verfassung, Werte und Traditionen miteinander verbunden sind“ und dass „Zivilgesellschaft erfordert, dass der Staat hinsichtlich des Umfangs seiner Aktivitäten begrenzt ist und dass er dem Gesetz unterworfen ist, aber dass er effizient ist bei der Durchsetzung jener Gesetze, die den Pluralismus der Zivilgesellschaft und deren notwendige Freiheiten schützen“ (Kuzio 2002: 55). Wie wir oben schon analysiert haben, ist die Ukraine leider von einem solchen Staat weit entfernt. Der Staat bzw. die oligarchischen Gruppen, die den Staat kontrollieren, sind weder dem Gesetz unterworfen

noch schützen sie den Pluralismus der Zivilgesellschaft und deren Freiheiten, sondern ganz im Gegenteil passen sie die Gesetze an die eigenen Interessen an und tun alles Mögliche, um die Stärkung der Zivilgesellschaft zu verhindern, welche die Durchsetzung ihrer Interessen gefährden kann. Also „gibt [es] auch zu wenig Unterstützung für die Stärkung und Ausweitung von Zivilgesellschaft, weil es von regierenden Eliten als Bedrohung wahrgenommen wird“ (ebd.: 66). Die konkurrierenden Ideen, der Krieg, die Werte und Identitäten, die in der Ukraine anwesend sind, hindern die Zivilgesellschaft, eine Hegemonie (im Sinne von Gramsci) zu errichten und aufrechtzuhalten (vgl. ebd.: 60). Die zivile und politische Gesellschaft wird durch unterschiedliche regionale Klan- und oligarchische Gruppen infrage gestellt, die miteinander mit wenig Rücksicht auf das Gemeinwohl um Ämter und Privilegien konkurrieren, und in einer solchen Umgebung mit konkurrierenden Visionen und fehlenden staatlichen politischen Maßnahmen ist es laut Kuzio schwierig für eine politische Nation und Zivilgesellschaft, sich zu entwickeln, wenn es keine allgemein akzeptierten Werte gibt (vgl. ebd.: 60 f.).

In postkommunistischen Staaten steht die Zivilgesellschaft in enger Wechselwirkung sowohl mit dem Staat als auch mit der Integration der nationalen Gemeinschaft (ebd.: 51). Wie wir oben schon behauptet haben, ist es ohne Rechtsstaatlichkeit und Staatskapazität schwer, eine starke Zivilgesellschaft aufzubauen und genau deswegen haben wir in der Ukraine sowohl einen schwachen Staat als auch eine schwache Zivilgesellschaft (vgl. ebd.: 53).

Wir können aber andererseits auch nicht behaupten, dass es in der Ukraine keine Zivilgesellschaft hat, sondern ganz im Gegenteil haben die Ukrainer uns in der Vergangenheit auch gezeigt, dass dieses Land doch genug Potenzial für demokratische Veränderungen hat. Laut Anders Aslund ist die Ukraine sogar zu transparent, um korrupt zu bleiben, zu demokratisch, um keine Rechtsstaatlichkeit zu haben und hat einfach eine zu starke Zivilgesellschaft, um so arm zu bleiben (vgl. Aslund 2016: 831). Auch die Tatsache, dass in der Ukraine in zehn Jahren zwei große Revolutionen stattgefunden haben, können Kuzios Behauptungen über die unfähige ukrainische Zivilgesellschaft widersprechen.

2002 haben nur ca. 35 % der Bürger geglaubt, dass sie irgendetwas ändern können (vgl. Kuzio 2002: 69). Doch im Jahr 2004 und auch zehn Jahre später sehen wir, dass die ukrainische Gesellschaft doch nicht so pessimistisch und passiv ist. Habermas behauptete, dass die politische Mobilisierung eine „Nation selbstbewusster Bürger“ erfordert und dass es ohne gesellschaftliche Kultur keine individuelle Wahl geben kann, weil Freiheit und Identität von Kultur abhängen und genau im Westen des Landes, wo eine „ukrainische Kultur“ am meisten anwesend ist, wurde die Bevölkerung viel aktiver für die politischen Veränderungen mobilisiert, im Vergleich zum Osten des Landes bzw. zu Donbass, wo wir keine klare Identität haben und wo zivilgesellschaftliche Aktivitäten nicht so stark ausgeprägt wurden (vgl. ebd.: 71). Dagegen wurde die Krim, wo wir die Basis der russischen Identität in der Ukraine hatten, nach einem Referendum von der Ukraine (zwar auch durch eine Annexion und Anwesenheit der russischen Militärtruppen) abgespalten und befindet sich heute innerhalb der russischen Grenzen. Aber diese Ereignisse können wir ganz klar mit Habermas' Behauptungen in Verbindung setzen und auch Kuzios Argument in diesem Fall doch bestätigen, dass ein „nationales Bewusstsein“ für eine aktive politische Mobilisierung und starke Zivilgesellschaft notwendig ist. Die Zivilgesellschaft darf aber aufgrund dieses „nationalen Bewusstseins“ keine Oligarchen tolerieren bzw. „unsere ukrainischen Oligarchen“ akzeptieren und nur gegen die „östlichen pro-russischen Oligarchen“ kämpfen. Die Oligarchie darf von der Zivilgesellschaft auf keinen Fall toleriert werden, egal wie die Oligarchen, deren Interesse nur Ausnützung und der Zuwachs des eigenen Reichtums ist, politisch orientiert sind.

In der Ukraine ist die politische Kultur und Orientierung uneinig, aber dort, wo es gemeinsame Werte und Ideen gibt, wo die Bevölkerung einiger ist und ein gemeinsames nationales Bewusstsein besitzt, kann es durch die stärkere Zivilgesellschaft doch zu Veränderungen kommen. Diese Einigkeit genügt aber nicht nur in bestimmten Gebieten und Regionen, sondern muss im ganzen Land existieren und nur das gemeinsame Problem für alle Ukrainerinnen und Ukrainer, egal ob sie pro-russisch oder pro-westlich sind, kann das Land vereinigen. Dieses Problem sind die mächtigen Oligarchen, die alle Bereiche des Landes unter ihrer Kontrolle haben und die Werte der ukrainischen Bevölkerung und ihre unterschiedlichen Stellungen und Meinungen ausnützen, um an der Macht zu bleiben und weiter ihre Geschäfte durchzuführen, egal ob diese Geschäfte mit westlichen oder östlichen

Partnern geführt werden. Die Rolle der Oligarchen und ihre negativen Einflüsse auf die ukrainische Gesellschaft sind wegen des entstandenen Konflikts in den Schatten geraten und es besteht kein Zweifel, dass sie auch den Krieg und die Ausnahmesituation im Land ausnützen, um ihre Profite weiter zu erhöhen. Als ein Beispiel haben wir die Staaten des ehemaligen Jugoslawiens, wo nach dem Krieg zahlreiche Kriegsprofiteure entstanden sind bzw. neben den alten auch neue Oligarchen und korrupte Eliten entstanden sind, was in der Ukraine auch der Fall sein kann.

Neben den Oligarchen und der inneren gesellschaftlichen Spaltung haben wir auch die Auseinandersetzungen zwischen den äußeren Akteuren (vor allem zwischen USA, EU und Russland), deren ökonomische und imperialistische Interessen einen starken Einfluss auf die Entwicklung des Landes spielen.

7. Darstellung der wichtigsten äußeren Akteure und ihrer Interessen

Die Transformation in der Ukraine ist eng mit der umfassenden neoliberalen Rekonstruktion der globalen politischen Ökonomie seit den 1970ern verbunden und diese neoliberale Wende ist in die politischen Ansätze der internationalen Finanzinstitutionen und europäischen und amerikanischen Lobbys eingebettet (Yurchenko 2018: 160). Wir dürfen uns in der Transformationsforschung also nicht nur auf die Binnenakteure im Demokratisierungsprozess konzentrieren, da auch die zahlreichen internationalen Organisationen, aber auch andere externe Akteure hier eine wichtige Rolle spielen (vgl. Merkel 2007: 429). Es stimmt, dass der Demokratisierungsprozess vor allem ein interner Prozess ist, aber auch eine externe Demokratisierung oder eine Demokratieförderung ist von großer Bedeutung, wie es z. B. auch durch den europäischen Ministerrat definiert wurde: Demokratieförderung umfasst demnach „the full range of external relation and development cooperation activities which contribute to the development and consolidation of democracy in third countries“, d. h. „all measures designed to facilitate democratic development“ (Merkel 2010: 439). Auch Merkel hat Demokratieförderung folgendermaßen definiert: „Demokratieförderung umfasst das Gesamt aller Handlungen externer Akteure, seien sie privat oder öffentlich, unilateral oder multilateral, die international darauf gerichtet sind, autoritäre Herrschaftsformen und Regierungsweisen zu

überwinden, indem sie all jene Institutionen, Organisationen, Bewegungen und Initiativen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft des Ziellandes unterstützen, die einen Beitrag zur Demokratisierung leisten. Der Ansatz der Förderer kann ‚top down‘ auf die staatlichen Institutionen oder ‚bottom up‘ auf gesellschaftliche Initiativen gerichtet sein. Er umschließt alle Maßnahmen von unkonditionierter Hilfe über diplomatischen Druck, schließt aber die Erzwingung der Demokratie durch militärischen Zwang aus“ (ebd.: 439). Für eine erfolgreiche Demokratieförderung ist auch eine genauere Analyse notwendig, die mehrere Strategiefragen umfasst, z. B. welche Transformationsphase bzw. Timing-Problem, Motive und Ziele, Akteure, Instrumente bzw. „top down“ oder „bottom up“, internationale Rahmenbedingungen etc. (ebd.: 440).

Neben den nationalen Regierungen spielen multilaterale Organisationen wie die UNO, IWF oder die Weltbank eine erhebliche Rolle in der globalen Demokratieförderung (ebd.: 443 f.). Deswegen werden wir neben den wichtigsten externen Akteuren (USA, EU und Russland) auch die Rolle von einigen von diesen Organisationen im ukrainischen Transformationsprozess betrachten.

Die externe Demokratieförderung ist also fragwürdig, da sie laut Merkel auch zur Demokratisierung hybrider Regime führen kann (ebd.: 467). Neben den „inneren Spielen“ der oligarchischen Elite entstehen durch die externen Demokratieförderer auch „externe Spiele“, in denen diese Demokratieförderer von außen Einfluss auf die innere Ressourcen- und Machtverteilung nehmen (vgl. ebd.: 468). Besonders die imperialistischen Interessen der Supermächte (vor allem Russland und USA) beeinflussen bzw. bremsen in der Ukraine eine Demokratieförderung.

7.1. EU

Durch verschiedene Initiativen wie z. B. die EIDHR (European Initiative for Democracy and Human Rights) engagiert sich die EU immer mehr in der Demokratieförderung auch außerhalb der EU und konzentriert sich besonders auf vier Bereiche (Demokratie und Rechtsstaat, Aufbau einer pluralistischen Zivilgesellschaft, vertrauensbildende Maßnahmen zur Wiederherstellung von Frieden und bestimmte Zielgruppen wie Frauen,

Minderheiten oder Flüchtlinge) und versucht ihre Hilfen verstärkt an den Fortschritt bei „good governance“ in den Förderländern zu knüpfen (vgl. ebd.: 446).

Die Beitrittskonditionalität der EU spielt eine sehr positive Rolle und eine genauere Analyse zeigt uns, dass die Länder Mittel- und Osteuropas nicht zuletzt aufgrund ihrer sozioökonomischen Voraussetzungen zu den leichteren Fällen der Demokratisierung zu rechnen sind, das gilt für jene Länder, in denen die ethno-territoriale Frage nicht umstritten war, wie z. B. im Baltikum oder der Tschechoslowakei (Merkel 1996: 445). Ganz im Gegenteil haben wir die Situation in der Ukraine, wo wir eine starke Spaltung zwischen dem östlichen und westlichen Teil des Landes haben. „Über die in der Assoziierungsstrategie enthaltene Asymmetrie von geringen Versprechungen und hohen Erwartungen hat die EU versucht, eine verkappte Geopolitik um Billigtarif zu betreiben, denn eines war klar: durch Ukraine transferierten regulatorischen Anforderungen würde sich die Tür für eine Wirtschaftsunion mit Russland unweigerlich schließen“ (Müller 2015: 19).

Die Verwestlichung und EU-isierung in verschiedenen Formen (z. B. Vermarktung oder kulturelle Assimilierung) ist ein Prozess der passiven Revolution und ein Teil der geopolitischen Politik der EU (vgl. Yurchenko 2012: 161). Die Vertreter der Europäischen Kommission wussten aber ganz genau, dass ein Assoziationsabkommen zwischen Ukraine und EU riskant ist und dass es nicht nur eine negative Reaktion von Russland und eine Ablehnung seitens Janukowitsch auslösen kann, sondern auch in der gespaltenen ukrainischen Gesellschaft nicht einstimmig akzeptiert wird (vgl. Müller 2018: 177). Trotzdem hat die EU darauf bestanden, obwohl damals klar war, dass eine solche Annäherung zwischen der Ukraine und EU sehr riskant ist. Dieses Abkommen war aber ein Katalysator für geopolitischen Veränderungen zugunsten des Westens, ohne das oligarchische System in der Ukraine zu destabilisieren (vgl. Müller 2018: 178). Die EU hat von den turbulenten politischen und wirtschaftlichen Bedingungen in Osteuropa gewusst und die inneren Spaltungen in der ukrainischen Politik ignoriert, um ihre eigene Agenda, die „governance“ außerhalb ihrer Grenzen durchzuführen (vgl. Müller 2018: 188).

Die EU hat leider die Gelegenheit einer diplomatischen Initiative für einen Ausweg aus dem Konflikt durch eine neutrale Vermittlung verpasst und in den geostrategischen Interessen vor allem von USA und NATO mitgespielt (vgl. ebd.: 191).

Es sind leider mehr die westlichen Interessen innerhalb der Ukraine vertreten als die ukrainischen Interessen in Europa und den USA (vgl. ebd.: 182). Der NATO-Beitritt der Ukraine wird von der EU kaum unterstützt, da die Beziehungen zwischen der EU und Russland ohnehin den tiefsten Punkt erreicht haben. Vor allem Frankreich und Deutschland nahmen eine Position gegen den NATO-Beitritt von Ukraine und Georgien ein (vgl. ebd.: 186).

Auch ein EU-Beitritt war mehr ein bloßes Versprechen als Realität bzw. werden die ersten Schritte weder von der EU noch von der ukrainischen Elite übernommen, die am wenigsten Interesse daran haben, Reformen im Energiesektor durchzuführen (vgl. ebd.: 186). Eine Annäherung an die EU ist aber für das Land von großer Bedeutung, weil die Lücken, die durch die Entfernung von den östlichen Partnern entstanden sind, gefüllt werden müssen (vgl. ebd.: 188). Die EU hat zwar den Transition-Status der Ukraine anerkannt und grünes Licht für den ukrainischen Kandidatenstatus gegeben. Die Frage aber, wann dieser Beitritt stattfinden sollte und in welchen Grenzen bzw. welche Teile der Ukraine davon umfasst werden, ist neben vielen anderen Fragen noch schwer zu beantworten.

Die externen Akteure haben leider maßgeblich zur Verschärfung der Situation beigetragen und diesen Vorwurf muss auch die EU auf sich nehmen, weil die ukrainische Regierung von den europäischen Politikern vor die trügerische Alternative einer Assoziierung mit der EU gestellt wurde und auch ein Beitritt zum Projekt einer eurasischen Wirtschaftsunion in Erwähnung gezogen wurde, anstatt klarzumachen, dass „ein exklusives Handelsabkommen mit der EU keine Modernisierungsperspektive für die ukrainische Ökonomie darstellt“ (Müller 2015: 18). Die EU musste ihre Ziele in der Ukraine klar definieren und auf jede Art der Bewaffnung und Militarisierung des Konfliktes noch vor dem Kriegsbeginn verzichten. Welche Folgen die Militarisierung der Ukraine ab dem Anfang des Konfliktes in Osten im Jahr 2014 hatte, sehen wir leider auch heute. Statt die Ukraine aktiver in einer Annäherung an die Demokratie und in ihrem Transformationsprozess zu unterstützen, wurde das Land bewaffnet und befindet sich

heute in einem Krieg, der das Land von einer erfolgreichen demokratischen Transition noch weiter entfernt hat.

7.2. USA

Im Unterschied zur EU folgen die US-amerikanischen Demokratieförderer eher als die EU einem politischen Kurs, wofür genau die beiden ukrainischen Revolutionen ein sehr gutes Beispiel sind (vgl. Merkel 2010: 459). Das erklärt sich aus einer stärker ausgeprägten Demokratisierungsvision und aus der geostrategischen Rolle einer Supermacht (ebd.: 459). Aus diesem Grund kann es aber zu Widersprüchen zwischen den beiden Demokratieförderern (zwischen USA und EU) kommen, was eine effektive und schnelle Demokratieförderung bremst, da eine klare gemeinsame Strategie wegen der politischen Interessen der Supermächte fehlt. Dem Westen geht es primär nicht um die Demokratie und ihre Verfahren, sondern um die Wahrung seiner eigenen wirtschaftlichen und politischen Interessen, womit westliche Geberländer selbst ihre Glaubwürdigkeit und das Vertrauen gegenüber den Förderländern zerstören, obwohl diese die wichtigste Währung für eine nachhaltige Förderung von „good governance“ und Demokratie sind, und damit zeigt sich sehr klar, dass bei vielen Förderländern die Prinzipien der Demokratieförderung im Kollisionsfall dem Primat eigener nationaler Interessen geopfert werden (ebd.: 458).

Während der Revolution von 2014 hat die Unterstützung aus den USA nicht gefehlt, die Assistant Secretary of State Victoria Nuland war persönlich auf dem Euromaidan anwesend und hat an die Demonstrierenden Kekse verteilt, was ein Zeichen der amerikanischen Unterstützung sein sollte. Ihre Aussage „Fuck the EU“ und die klare Unterstützung der USA-loyalen Politiker (in dem Fall von Arsenij Jazenjuk) während der Besprechung mit dem amerikanischen Botschafter in der Ukraine Geoffrey Pyatt (die Besprechung wurde aufgezeichnet: <https://www.youtube.com/watch?v=L2XNN0Yt6D8>) zeigt ganz deutlich, wie unterschiedlich die Interessen und Ziele zwischen den USA und der EU für die Ukraine sind und betont den amerikanischen imperialistischen Zugang zu der Auflösung des Problems (vgl. Bojcun 2015: 411). Die Ukraine und die russische aggressive Politik werden durch die USA auch als ein Mittel verwendet, um die Annäherung zwischen Russland und den europäischen Staaten zu verhindern und der

Konflikt in der Ukraine ermöglicht der USA durch die Sanktionen, die EU von einer diplomatischen und wirtschaftlichen Kooperation mit Russland fernzuhalten.

Auch die Entfernung der Ukraine von Russland (z. B. durch die Unterstützung des Nationalismus und gemeinsame militärische Übungen) sind für die USA viel wichtiger als die Fortsetzung eines erfolgreichen demokratischen Transformationsprozesses in der Ukraine selbst. Eine Demokratisierung der Ukraine war also für die USA keine Priorität, sondern die Ukraine wurde nur als ein weiteres „Theater“ verwendet, um seine eigene Macht zu demonstrieren und die Hierarchie der Staaten zu definieren (Müller 2018: 184). Die massive militärische Unterstützung Georgiens im russisch-georgischen Krieg, die Unterstützung von farbigen Revolutionen und pro-westlichen Kandidaten in den Staaten der ehemaligen Sowjetunion, wofür die Ukraine das beste Beispiel ist, waren der Versuch der USA, Russland in seiner traditionellen Einflussosphäre zu delegitimieren (vgl. ebd.: 185). Die USA, aber auch die EU, waren in die Kiewer Demonstrationen involviert, legitimierten die destruktive Identitätspolitik und kritisierten kaum die rechtsradikalen Gruppierungen, die auf dem Maidan sicher nicht im Namen europäischer Werte demonstrierten (vgl. Müller 2015: 2). Solche „Fehler“ in der pro-westlichen Politik können dadurch erklärt werden, dass es das Hauptziel war, Janukowitsch zu stürzen und einen Übergang zu einer pro-westlichen Regierung zu ermöglichen (vgl. ebd.: 2). Wir können in der Ukraine von keiner autonom organisierten Zivilgesellschaft sprechen, sondern eher von einer Demokratieförderung als unverdächtigem außenpolitischen Instrument, da die westlichen Regierungen eine massive organisatorische, personelle und finanzielle Hilfe bei der orangenen Revolution geleistet haben (vgl. ebd.: 9). In letzter Zeit sind auch die militärische Unterstützung und die Waffenlieferungen aus den USA und von anderen NATO-Mitgliedern nicht nur kein Geheimnis mehr, sondern werden ganz im Gegenteil in der Öffentlichkeit sogar präsentiert und bejubelt.

Auch die NGOs werden leider als politisches Instrument statt als ein wichtiges Mittel zur Demokratieförderung verwendet. Die internationalen NGOs und inländische Organisationen wurden mit staatlichen Geldern der USAID oder anderen Entwicklungsagenturen massiv gefördert und wurden für die westlichen Demokratieförderer besonders attraktiv, da sie auch pro-westlich orientiert sind (vgl. Merkel 2010: 465). Die USA unterstützte solche Organisationen in postkommunistischen

Staaten mit dem Ziel, den Kommunismus zu begraben (vgl. ebd.: 465). Dadurch wurden in der Ukraine diese Organisationen auch meistens gegen Russland orientiert und damit ist es auch kein Wunder, dass zahlreiche NGOs heutzutage in Russland sogar verboten sind.

Auf jeden Fall wirken die NGOs aber gleichzeitig als Katalysatoren für eine nachhaltige Demokratiebewegung und widmeten sich der Vorbereitung und Überwachung von demokratischen Wahlen, forderten die Transparenz der parlamentarischen Prozesse, etablierten Websites zur Korruptionsbekämpfung und sollten die Schwächen der Teilhabe, Repräsentation, Transparenz und Kontrolle aufdecken und die staatlichen Organe und Institutionen veranlassen, diese Schwächen zu überwinden, was besonders für die defekten Demokratien oder Transformationsgesellschaften relevant ist (ebd.: 466).

7.2.1. Rolle des IWF

Besonders nach der Revolution war eine finanzielle Unterstützung durch den IWF für die Ukraine notwendig. Der IWF hat der Ukraine eine solche Unterstützung geleistet, aber nur unter bestimmten Bedingungen: ein variabler Wechselkurs zur Liberalisierung der strengen Währungskontrollen, eine drastische Kürzung der öffentlichen Ausgaben, die notwendigen Energiesubventionen und eine Reihe von strukturellen Reformen für die Bekämpfung der Korruption (Aslund 2016: 824). Seitdem verschuldet sich die ukrainische Regierung regelmäßig beim IWF und macht ihre finanzielle Politik von der Unterstützung durch IWF-Fonds immer mehr abhängig. Die Unterstützung durch den IWF ist auch deswegen für die Ukraine wichtig, da ohne dessen Finanzierung auch Kredite von der EU, USA oder Weltbank weniger wahrscheinlich sind (vgl. ebd.: 827). Das wichtigste Handelsabkommen für die Ukraine ist genau das erwähnte Assoziationsabkommen mit der EU, dank dem die Ukraine laut Aslund die richtigen Instrumente besitzt, die aber durch die EU (ähnlich wie in Rumänien) eingesetzt werden sollten (ebd.: 832). Nach mehreren Tranchen (Raten) unterstützten auch die USA die Ukraine durch mehrere Kreditbürgschaften (ebd.: 832). Die Bekämpfung der Korruption läuft aber im Land trotzdem nicht wie erwünscht. Die zwei wichtigen Reformen, die Pension- und Landreform, die auch von IWF gefordert werden, stoßen auf den Widerstand nicht nur der ukrainischen Elite, sondern auch der ukrainischen Bevölkerung, womit die Investitionen von außen bzw. vor allem aus den USA und der EU gebremst wurden (ebd.: 832). Die

Kritikpunkt gegenüber dem IWF ist nicht nur, dass dessen Wirtschaftspolitik mit der Politik von westlichen Staaten eng verbunden ist, sondern auch, dass diese Kredite nicht gerecht verteilt werden und die in meisten Fällen nur durch eine neue Verschuldung zurückbezahlt werden können. Das führt zu einer immer höheren Verschuldung der von Krediten abhängigen Staaten, was diese Staaten auch in unangenehme Situationen bringen kann.

Anstatt die Situation in der Ukraine zu beruhigen und sich für die Stärkung einer Zivilgesellschaft einzusetzen, haben sowohl die USA als auch die EU zur Polarisierung der ukrainischen Gesellschaft beigetragen, das Problem liegt aber darin, dass eine solche Politik auch bewusst geführt wurde bzw. konnten die westlichen Politiker und Experten nicht wissen, wie fatal sich eine Polarisierung dieser Art im innerukrainischen Machtkampf auswirkt (vgl. Müller 2015: 3). Aber nicht nur die westlichen Staaten, sondern auch Russland hat mit seinen aggressiven Entscheidungen gegenüber dem eigenen Nachbarland und durch den gemeinsamen Beitrag mit USA und EU zur Entweder-oder-Politik zu einer Entstehung des Konfliktes und schließlich zum Beginn des Krieges beigetragen.

7.3. Russland

Seit dem Anfang der 2000er-Jahre bzw. seit Putin an die Macht gekommen ist, strebt auch Russland ähnlich wie die USA nach einer imperialistischen Politik und etabliert sich ebenfalls als eine Macht vor allem im euroasiatischen Raum und die Ukraine war für Russland immer eine traditionelle Einflussosphäre (vgl. Bojcun 2015: 398 f.). Die Beziehungen zwischen der Ukraine und Russland warn vor allem durch die Kosten des russischen Gases und seinen Transit durch die Ukraine in den europäischen Raum gekennzeichnet, aber auch die ukrainische und russische Wirtschaft allgemein waren miteinander immer eng verbunden. Die Gaspreise waren nicht so günstig, wie es erwartet wurde bzw. hat z. B. Weißrussland, nachdem Lukaschenko seine nationalen Gastransitleitungen an Gazprom verkauft hat, er das Gas für einen geringeren Preis bekommen (vgl. ebd.: 407).

Um eine Alternative gegen die EU zu entwickeln, gründete Russland eine eurasische Zollunion, was eines der wichtigsten Projekte Russlands war, um seine Position in der globalen Politik zu stärken. Die Ukraine wäre neben Weißrussland und Kasachstan ein wichtiger Teil dieser Union (vgl. ebd.: 406). Die niedrigeren Gas- und Ölpreise waren aber für die Ukraine im Vergleich zu einer Mitgliedschaft in der EU nicht genug attraktiv. Die Tarife innerhalb der Zollunion waren trotzdem hoch und die Neuverhandlung der Zölle war von den ukrainischen Oligarchen, deren Geschäfte vom Export abhängen, nicht erwünscht (vgl. Matuszak 2012: 70). Dieser Widerstand der ukrainischen Oligarchen gegenüber den russischen Projekten ist der entscheidende Faktor, warum es nicht zu einer tieferen Integration zwischen Russland und der Ukraine gekommen ist (ebd.: 79).

Eine Annäherung der Ukraine an die EU gehörte nicht zu den geostrategischen Plänen Russlands, was der Grund war, warum eine Unterzeichnung des Assoziationsabkommens durch Janukowitsch unter russischem Druck verhindert wurde.

Nachdem die pro-russische Regierung durch die Revolution gestürzt wurde, war es in Russland klar, dass die Beibehaltung des starken Einflusses in der ganzen Ukraine schwierig wird und dass die geostrategischen, aber auch wirtschaftlichen Interessen vor allem auf der Krim und im Osten des Landes beibehalten werden müssen. Die Krim wurde sofort schnell okkupiert und annektiert, und auch die separatistischen Bewegungen im Osten des Landes (Donbass) wurden von Moskau sowohl finanziell als auch militärisch unterstützt (vgl. Bojcun 2015: 411). Es ging also nicht um eine territoriale Ausbreitung Russlands, sondern um die Ausbreitung seines politischen Einflusses und das Ziel von Russland ist vor allem die Mitgliedschaft der Ukraine in der NATO und Freihandel mit der EU zu verhindern (ebd.: 414). Als Hauptziele der russischen „militärischen Operation“ werden die „Demilitarisierung“ der Ukraine, „Denazifizierung“ und die Befreiung von Donbass (Ostukraine) genannt. Die russische „militärische Operation“ bzw. der Krieg werden aber in diesem Kapitel und dieser Arbeit nicht analysiert, da es erstens eine zeitliche Beschränkung gibt und zweitens die Situation aktuell ist und sich konstant verändert.

Die militärische Anwesenheit auf der Krim ist für Russland sehr wichtig und dass die NATO-Streitkräfte im Fall einer Aufnahme der Ukraine in NATO sich auf dieser Halbinsel

befinden und dass Schwarze Meer zu einem NATO-Meer machen, ist für Russland inakzeptabel und absurd. „Russland hat seine Entscheidung zur Annexion der Krim nicht angesichts des Regierungsturzes in Kiew getroffen, sondern aus dessen Einordnung in eine Konfliktgeschichte, die sich über mehrere Stufen aufgebaut hatte – von divergierender Interpretation des Endes des Kalten Krieges, über die Verkündung eines neuen US-amerikanischen Jahrhunderts bis zu den verschiedenen Stufen der NATO-Erweiterungen“ (Müller 2015: 20). Wir müssen also auch zur Kenntnis nehmen, dass die USA sich in die traditionelle Einflussphäre Russlands eingemischt hat, was eine aggressive Politik seitens Russlands verursacht hat. Mit der Annexion der Krim und der militärischen Invasion in der Ukraine wollte Russland auch zeigen, dass es im Unterschied zu den 90er-Jahren heutzutage doch eine wichtige geopolitische Rolle spielt (vgl. Jaitner; Olteanu; Spöri 2018: 257).

Zusammenfassend wurden die anti-oligarchischen Impulse, die während des Euromaidan gespürt wurden, in die militärische Kampagne der nationalistischen Milizen „für die Befreiung des ukrainischen Landes von russischem Okkupanten“, womit die Bevölkerung im Osten des Landes diskriminiert (vor allem sprachlich) und ohne Pensionen, Grund- und medizinische Versorgung gelassen wurde (Müller 2018: 189). Solche Politik hat den östlichen Teil des Landes nur von Kiew politisch entfernt und an Moskau angenähert, was von Putin auch ausgenutzt wurde.

Die gegenseitige Einführung von wirtschaftlichen Sanktionen kann den Konflikt in der Ukraine nicht auflösen, sondern nur der Wirtschaft auf allen Seiten schaden. Der Druck wird nur auf Russland ausgeübt, während die ukrainische oligarchische Elite ungestraft davonkommt.

Dieses geopolitische Spiel, in dem Russland, USA, EU und die ukrainischen Oligarchen um die eigenen Positionen und Interessen kämpfen, verhindert nicht nur einen erfolgreichen demokratischen Transformationsprozess, sondern macht auch ein Ausweg aus dem Konflikt kaum vorstellbar. Laut dem mächtigsten Oligarch Viktor Pinchuk „wird die Ukraine zu Kompromissen mit Russland gezwungen und dafür einen großen Preis zahlen müssen bzw. die Autonomie den östlichen Regionen zu garantieren und auf den NATO-Beitritt zu verzichten“ (ebd.: 191). Die Anwendung des bisherigen finnischen

Modells, in dem die Ukraine weder dem russischen noch dem westlichen bzw. NATO-Block beitreten würde, wäre eine Lösung, womit ein Krieg vermieden werden könnte (vgl. ebd.: 185). Mit dem russischen Angriff auf die Ukraine ist ein solcher ukrainische Status momentan unvorstellbar, sondern e auch Finnland wurde selbst in die Richtung der NATO geschoben, womit die Situation an den östlichen Grenzen der NATO-Allianz noch angespannter geworden ist.

Wenn wir die Texte von Müller analysieren, sehen wir auch, dass er die Rolle der EU für eine erfolgreiche Transformation in der Ukraine hinterfragt und sowohl die negativen Effekte des Assoziationsabkommens zwischen der EU und der Ukraine betont als auch die Bereitschaft der heimischen Akteure bzw. Oligarchen, eigene Privilegien zugunsten der engeren Beziehung und Bindung an die EU aufzugeben und kritisiert gleichzeitig die westlichen Akteure und Institutionen, die das aktuellen Wirtschaftssystem und Kooperation mit den Oligarchen auch ermöglichen, während die ukrainische Gesellschaft gespalten und fragmentiert bleibt (vgl. Jaitner; Olteanu; Spöri 2018: 258).

Sowohl Russland als auch der Westen sind für die Krise in der Ukraine ebenfalls verantwortlich, da sie durch den Versuch, ihre eigenen Interessen durchzusetzen, zu der komplizierten und katastrophalen Situation in der Ukraine beigetragen haben. Die Ukraine wurde einerseits in die westlichen Institutionen nicht aufgenommen (weder in die EU noch in NATO), andererseits lehnte die Ukraine die Integration und Teilnahme an russischen Projekten ab und ist von einer Zusammenarbeit mit Russland jetzt weit entfernt (vgl. Bojcun 2015: 419). Die militärischen und imperialistischen Pläne Russlands, die leeren Versprechungen der EU und die egoistische Politik der USA können weder den Konflikt in der Ukraine beenden noch das Land auf einen Weg der Entwicklung und erfolgreichen Transformation bringen.

8. Zusammenspiel zwischen inneren und äußeren Akteuren und deren Auswirkung auf die Transformation

Laut Riabchuk können wir den westlichen Einfluss in zwei Dimensionen unterteilen: „linkage“ und „leverage“. „Linkage“ umfasst geografische Nähe, wirtschaftliche

Integration, militärische Bündnisse, internationale Unterstützung und Mediendurchdringungen, Verbindungen mit internationalen NGOs und anderen transnationalen Netzwerken und Netzwerken der Eliten, die in multilateralen Institutionen beschäftigt oder an westlichen Universitäten ausgebildet sind, während unter „leverage“ die „Fähigkeit“ der westlichen Regierungen verstanden wird, die nicht demokratischen Regime zu beeinflussen, die gefügiger sind, wenn sie militärisch oder finanziell von dem Westen und internationalen Institutionen abhängig sind (Riabchuk 2009: 20 f.). Im Unterschied z. B. zu den baltischen Staaten, die ganz klar zu der „linkage“-Dimension gehören oder Saudi-Arabien und Kambodscha, wo zu bestimmter Zeit die „leverage“-Dimension dominant war, können wir die Ukraine schwer nur einer von diesen Dimensionen zuordnen. Einerseits ist die Ukraine geografisch den westlichen Staaten näher, bekommt internationale Unterstützung und ist mit zahlreichen internationalen NGOs verbunden, andererseits befindet sie sich weder in einem militärischen Bündnis mit dem Westen noch ist sie wirtschaftlich integriert. Auch die nicht demokratischen Akteure wie die nationalistischen Gruppierungen und oligarchischen Gruppen werden militärisch und finanziell unterstützt, was sogar auch Teile einer „leverage“-Dimension beinhaltet. Solche Verbindungen mit dem Westen hindern die ukrainischen Eliten, jeden möglichen Schritt zu unternehmen, der diese Beziehungen mit dem Westen schwächen würde (vgl. ebd.: 32).

Trotz der zwei Revolutionen und großen Veränderungen sind die Oligarchen immer noch an der Macht und werden von außen sogar unterstützt. Obwohl das westliche Kapital nach dem Regierungswechsel in der Ukraine deutlich anwesender ist, befinden sich die stärksten Unternehmen immer noch unter Kontrolle der Oligarchen (vgl. Yurchenko 2018: 167). Die gescheiterte Wirtschaftspolitik in der Ukraine ist nicht allein das Ergebnis der Außenakteure, sondern eine Folge der neoliberalen Kleptokratie der ukrainischen Oligarchen (vgl. ebd.: 168).

Die Rolle des Außenkapitals ist aber vielfach beträchtlich bzw. „ist das Verhältnis von Auslandskapital und einheimischer Oligarchie durch Elemente von Kooperation und Konkurrenz geprägt“ (Becker 2015: 410). Besonders stark ist die Konkurrenz mit Russland, mit dem die Ukraine neben den inneren Märkten auch auf den Auslandsmärkten konkurriert. Die ukrainischen Oligarchen haben schon immer versucht, die Ausbreitung

des russischen Kapitals in Schlüsselindustrien wie der Metallindustrie zu verhindern (vgl. Matuszak 2012: 29). Die Auseinandersetzung zwischen den ukrainischen Oligarchen ermöglichte aber Russland, doch an den ukrainischen Markt zu kommen. Im Unterschied zu den lokalen bzw. „kleineren“ Oligarchen, die sich nur auf den inneren Markt konzentrieren, sind für die führenden und reichsten Oligarchen (wie Achmetow, Kolomojskyj, Firtasch) sowohl die Beziehungen mit Russland als auch mit westlichen Partnern sehr wichtig, um die privaten Geschäfte weiter erfolgreich treiben zu können (vgl. Bojcun 2015: 417). Diese Geschäfte beziehen sich nicht nur auf den inneren Markt, sondern auch auf den Zugang zu dem internationalen Außenmarkt, was für solche Oligarchen von größter Bedeutung ist (vgl. Matuszak 2012: 64). Auf den ersten Blick hat der Krieg alle Beziehungen zwischen Russland und der Ukraine bzw. zwischen den russischen und ukrainischen Oligarchen aufgelöst, das russische Gas läuft aber immer noch durch die Ukraine, dessen Abdrehen weder russischen noch ukrainischen Oligarchen entspricht. Selbst die Tatsache, dass die Ukraine schon fast ein halbes Jahr nach dem Kriegsbeginn das Geld für den Transit russischen Gases immer noch bekommt, womit sie ihren Kampf gegen die russischen Truppen finanzieren kann, klingt absurd. Am 26. Juli 2022 wurden über 41 Millionen Kubikmeter russischen Gases durch die Ukraine nach Europa ausgeliefert (Prime.ru, 2022). Es wird sogar von den höheren Gaspreisen profitiert, was wir nach dem Ende dieses Konfliktes sicher detaillierter analysieren werden können. Eine Lieferung von Weizen aus der Sowjetunion weiter nach Deutschland in der Mitte des Zweiten Weltkrieges war unvorstellbar. In diesem Krieg sehen wir aber, dass sogar in dieser Situation die Oligarchen versuchen, von beiden Seiten immer noch zu profitieren, auch wenn es um die menschlichen Leben ihrer eigenen Bevölkerung geht.

Gegenüber Russland haben die Oligarchen verschiedene Strategien verwendet. So hat die Regierung von Janukowitsch am meisten Kapital innerhalb des Donezker Klans konzentriert und gleichzeitig mit dem Westen, um die Kredite von IWF zur Versorgung der eigenen Wirtschaft zu bekommen, wie auch mit Russland, um bessere Gasimportrabatte auszuhandeln, geflirtet (Yurchenko 2018: 167). Die Oligarchen Dmitro Firtasch und Rinat Achmetow wurden aber immer mit Russland assoziiert bzw. hatten politische und geschäftliche Netzwerke mit der russischen Regierung und Oligarchen (vgl. Müller 2018: 181). Die oben schon beschriebene RUE-Gruppe (geführt von Firtasch und

Boyko) hat mehrere Geschäfte mit Russland geführt und für die russischen Interessen lobbyiert (Matuszak 2012: 95).

Die Oligarchen-Konkurrenz hat sogar eine internationale Dimension erhalten, da wir einerseits die Anti-Janukowitsch-Allianz hatten, die aufgrund ihrer pro-westlichen Ausrichtung Unterstützung aus den USA und europäischen Ländern bekommen hat, andererseits haben sowohl Kutschma als auch Janukowitsch außenpolitisch auf das Lavieren zwischen USA/EU und Russland gesetzt (Becker 2015: 429). Eine neutrale Linie zu halten und die „günstigeren“ Verträge mit Russland auszuhandeln, gelang Timoschenko als Premierministerin 2009 (vgl. Matuszak 2012: 32).

Die Oligarchen können wir nicht nur als pro-russisch oder pro-westlich bezeichnen. Ihre Handlungen, die als pro-westlich oder pro-russisch betrachtet werden, sind eher ein Produkt der Durchsetzung von eigenen Interessen als eine bewusste Politik (ebd.: 72 f.). Wenn es um die eigenen Interessen und Profit geht, sind die Oligarchen bereit auch mit jedem zu kooperieren. Die Kooperation mit Russland oder mit den Westen entsteht nicht aufgrund der gleichen ideologischen Meinungen, sondern aus wirtschaftlichen Interessen. So hat zum Beispiel Petro Poroschenko, der heutige stärkste Befürworter des NATO-Beitritts der Ukraine und eines pro-westlichen Kurses des Landes, nicht nur einmal auch in Russland investiert (vgl. ebd.: 63 f.). Sobald die Außenakteure die festgestellten Beziehungen zwischen der Regierung und dem Business nicht bedrohen, sind die Oligarchen mit diesen Akteuren zu einer Zusammenarbeit bereit. Ein freier und fairer Wettbewerb oder die Achtung der Eigentumsrechte sind sicher keine Priorität der Oligarchen (vgl. ebd.: 68).

Nicht nur die Kooperation zwischen den ukrainischen Oligarchen und Außenakteure, sondern auch die Konkurrenz dazwischen schadet der wirtschaftlichen Entwicklung und dem demokratischen Transformationsprozess des Landes. Eine umfangreiche Konsolidierung der Ukraine würde diese Beziehungen zwischen der Regierung und dem Business nicht nur bedrohen, sondern die zahlreichen einflussreichen Akteure zur Verantwortung bringen. Aus diesem Grund dürfen die Oligarchen eine positive Entwicklung des Landes nicht zulassen und werden mit allen Kräften eine demokratische Konsolidierung und weitere demokratische Transformationsprozesse aufhalten. Auch ein

Krieg ist für die ukrainischen Oligarchen besser als eine erfolgreiche demokratische Transformation und ihre Verhaftung.

Das erwähnte Handelsabkommen mit der EU ist ein gutes Beispiel, wie stark neben den inneren auch die äußeren Interessen in der Ukraine anwesend sind und wie diese Akteure miteinander verbunden sind. Dieses Abkommen würde der Ukraine wirtschaftliche und soziale Vorteile bringen, aber noch mehr Vorteile für die westlichen Akteure und Investoren bzw. würde das ausländische Kapital aus dem Westen bevorzugt und das würde auch die weitere Privatisierung und Kommerzialisierung des öffentlichen Vermögens ermöglichen (vgl. Yurchenko 2018: 168). Russland ist andererseits gegen die zunehmende Anwesenheit des westlichen Kapitals in der Ukraine und drohte auch mit den wachsenden Gaspreisen, was auch einen Dominoeffekt auf die industriebesitzenden Oligarchen hätte, die neben Russland ebenfalls Druck auf Janukowitsch ausgeübt haben, ein solches Abkommen nicht zu unterzeichnen (vgl. ebd.: 168). Worin die Auseinandersetzung zwischen den russischen und westlichen bzw. zwischen den verschiedenen Oligarchengruppen resultierte, können wir heute in der Ukraine leider sehen. Sies resultierte nicht nur in der stagnierenden Wirtschaft, Auswanderung, politischen Instabilität und Korruption, sondern auch in verlorenem menschlichen Leben in einem Konflikt, dessen Ende immer noch nicht in Sicht ist. Das nach der Revolution mit der EU unterzeichnete Assoziierungs- und Freihandelsabkommen ist ein geopolitischer Sieg des Westens, weil die Ukraine sich wirtschaftspolitisch wieder in die Richtung des Westens bewegt und sich damit von russischen Einflüssen entfernt (vgl. Plank 2016: 224).

Um den politischen Transformationsprozess in der Ukraine zu verstehen, ist nicht genug, nur die inneren oder nur die äußeren Akteuren und ihre Interessen zu verstehen, sondern der Zusammenhang zwischen diesen Akteuren muss definiert werden, damit ihre Motive und Interessen bzw. deren Auswirkung auf den Transformationsprozess verstanden wird. Auch der Krieg kann nur dadurch verstanden und gelöst werden. Der militante Nationalismus, der auf dem Maidan zutage trat, ist nicht eine Wiederkehr des ukrainischen Faschismus der Zwischenkriegszeit, sondern die Legitimationsideologie der gegenwärtigen ukrainischen Regierung und zugleich ein Mittel zur Mobilisierung im Kampf um die Hegemonie und die Eskalation lässt sich nur vor dem Zusammenspiel oligarchischer Machtstrategien, identitätspolitischer Mobilisierung und geopolitischer

Rahmenbedingungen verstehen (Müller 2015: 3). „Nur die Kompromissbereitschaft der Eliten und der Verzicht darauf, die Situation geopolitisch aufzuladen, habe eine Eskalation nach jugoslawischem Muster verhindert“ (ebd.: 3).

Die EU als wichtigster Außenakteur ist für die Ukraine eine große Hoffnung, hat damit aber auch eine große Verantwortung. Anstatt die pro-westlichen Oligarchen aus wirtschaftlichen Interessen zu unterstützen und bei US-amerikanischen geopolitischen Interessen mitzuspielen, sollte die EU die Ukraine in einem demokratischen Transformationsprozess unterstützen. Wenn zum Beispiel Rinat Achmetow und Dmytro Firtasch die erfolgreichen Geschäfte mit Russland geführt und ihr Kapital so viel verbreitet haben, dass sie sogar heute immer noch als reichste Ukrainer gelten, versuchen heute ebenso Petro Poroschenko und Viktor Pinchuk ihre privaten Geschäfte durch die Zusammenarbeit mit westlichen Partnern zu stärken, was für sie natürlich viel wichtiger ist als die Verbreitung von europäischen Werten (vgl. Müller 2018: 182 ff.). Für die Ukraine sind sowohl die Beziehungen mit Russland als auch mit den westlichen Staaten von zentraler Bedeutung, aber diese Beziehungen dürfen nicht aufgrund von oligarchischen Interessen aufgebaut werden.

9. Schluss

9.1. „Multiple Krise“ als Hindernis für den Transformationsprozess

Der Mangel an staatsbürgerlicher Kultur und zivilgesellschaftlicher Vitalität ist ein besonderes Problem in osteuropäischen Ländern und ihre sozioökonomischen Voraussetzungen sind nicht zu den leichteren Fällen der Demokratisierung zu rechnen, besonders wenn die ethnoterritorialen Fragen nicht geklärt wurden (Merkel 2010: 423 ff.).

In ihren Fallstudien zeigen uns Müller und Yurchenko den „Querschnittscharakter“ bzw. einen Schnittpunkt der Krisen, in denen sie die „multiplen“ Krisen mit drei Dimensionen (Krisenphänomene, die sich überschneiden) verbinden, wobei Russland und Ukraine zwei Beispiele für die drei widersprüchlichen Prozesse der postsowjetischen Entwicklung sind, und zwar: die Auflösung der Sowjetunion, die politische und die wirtschaftliche Transformation (Jaitner; Olteanu; Spöri 2018: 259). Das resultierte in einer sozialen

Instabilität bzw. hat die Peripherisierung der ehemaligen sowjetischen Staaten, soziale Ungleichheiten und eine Verbindung zwischen Oligarchen und politischen Eliten verursacht (ebd.: 260). Unter solchen Bedingungen kommt das Land sehr schnell von einer wirtschaftlichen zu einer politischen Krise, und die politische Krise kann oft mit einem Regimewechsel bzw. mit einer Revolution oder sogar mit einem Krieg enden, was wir auch am ukrainischen Beispiel sehen können (vgl. ebd.: 260). Becker, Müller und Yurchenko bestimmen drei Faktoren, die für die Krise und für die Revolution in der Ukraine verantwortlich sind: die hohe soziale Ungleichheit, die dominante Rolle von Oligarchen und die korrupte autoritäre Regierung (ebd.: 261). Nach dem Zerfall der Sowjetunion hatten wir in der Ukraine neben dem Demokratisierungsprozess, der Öffnung der Märkte und dem Staatsbildungsprozess auch einen Nationsbildungsprozess, der nach Kuzio durch eine „quadruple transition“ erklärt wurde, wobei der Nationsbildungs- sich schon mit dem Staatsbildungsprozess überschneidet, sie werden aber als zwei verschiedene Prozesse betrachtet (Podolian; Romanova: 105). Dieses Konzept der Transition in postkommunistischen Staaten zusammen mit dem Staatsbildungsprozess konstruierte einen unabhängigen Staat, was auch einen Nationsbildungsprozess und damit die Formierung einer politischen Nation beinhaltet (ebd.: 105). Der Nationsbildungsprozess ist nach Kuzio sowohl für eine Stärkung der Zivilgesellschaft als auch für eine gemeinschaftliche und einheitliche Bürger-Kultur notwendig (vgl. Kuzio 2002: 57). Kuzio bezieht sich auf Shils und behauptet, dass ohne eine Bürger-Nation weder eine Zivilgesellschaft noch ein „nationales Bewusstsein“ möglich sei und das „entscheidende Kollektiv“ innerhalb des Nationalstaates die dominante Nation sei (ebd.: 58). Dazu argumentiert Kuzio auch, dass für die Ukraine auch eine nationale Wiedergeburt der Kultur, Sprache und Geschichte die wesentlichen Komponenten für die Ausbildung eines Staates und einer Zivilgesellschaft sind, die russischsprachige Mittelschicht sieht Kuzio als Problem und spricht auch von einer Wertegemeinschaft, die mit politischer Kultur, Identität, Zivilgesellschaft und Demokratisierung zusammenhängt bzw. ohne eine Staatsbildung und eine gemeinsame nationale Identität ist nach Kuzio keine Demokratisierung möglich (vgl. ebd.: 59 ff.). Also beinhaltet der Nationsbildungsprozess im Unterschied zum Staatsbildungsprozess die Formierung einer gemeinsamen Identität, aber genau durch Forcierung einer nationalen Identität und einer „Titularnation“ wurden in der Ukraine die Sprache und die Erinnerungen an die sowjetische Zeit stark politisiert

(vgl. Jaitner; Olteanu; Spöri 2018: 261). Das Anwachsen des Nationalismus und der Diskriminierung der russischsprachigen Bevölkerung, auch wenn sie nur von einem rechtsextremen Anteil der ukrainischen Bevölkerung und bestimmten politischen Parteien vertreten wurde, war für Putin ausreichend, um eine „Denazifizierung“ in der Ukraine anzufangen und sich damit für die Anwendung von militärischen Streitkräften auf dem ukrainischen Territorium vor der eigenen Bevölkerung zu rechtfertigen.

Die Staaten der ehemaligen Sowjetunion erlebten einen drastischen wirtschaftlichen Rückgang, aber im Unterschied zu anderen ist der ukrainische Staat komplett von den Oligarchen abhängig, die sich weder für die demokratischen Prozesse noch für die Bekämpfung der sozialen Ungleichheit interessieren, sondern eher an der Ausbildung einer autoritären Regierung teilnehmen und die Korruption im Land verstärken (ebd.: 261 f.). Jaitner, Olteanu und Spöri haben ganz genau vorausgesehen, dass der innere Konflikt in der Ukraine sich zu einem internationalen Konflikt umwandeln kann, und dieser Konflikt ist nicht nur die Folge der Interessen der externen Akteure, sondern ist durch heimische Krisen-Phänomene ab dem Zerfall der Sowjetunion und danach durch den Transformationsprozess verursacht und der Frieden in der Ukraine kann nur dann gelöst werden, wenn wir diese multiplen Krisenphänomene anerkennen und ernst nehmen (vgl. ebd.: 262).

9.1.1. Zusammenfassung des oligarchischen Einflusses

Laut Matuszak haben die Oligarchen sogar einen positiven Einfluss auf die ukrainische Wirtschaft und als „positiv“ wird die Tatsache bezeichnet, dass die ukrainischen Oligarchen die ukrainische Wirtschaft vor den russischen wirtschaftlichen Interessen schützen (Matuszak 2012: 74). Sie beschützen die ukrainische wirtschaftliche Unabhängigkeit vor der Expansion des russischen Kapitals und dort, wo der Staat ihre Aufgaben nicht erfüllen kann, übernehmen die Oligarchen seine Rolle (ebd.: 78). Das kann aber die negativen Einflüsse des oligarchischen Systems nicht rechtfertigen, da es für das politische und wirtschaftliche Leben des Landes meistens negative Folgen hat (ebd.: 74). Auch wenn bestimmte wirtschaftliche Geschäfte dem ukrainischen Staat nur schaden können, werden sie von den Oligarchen im eigenen Interesse durchgeführt und eine solche Oligarchisierung der Wirtschaft und Monopolisierung des wirtschaftlichen Sektors um den

Wettbewerb einzuschränken lehnen die ausländischen Investitionen ab. Also kann der Vorrang von privaten Interessen vor den Interessen des Staates nur negative Konsequenzen haben (vgl. ebd.: 76). Wenn sich das größte Kapital in Händen einer kleineren Gruppe von Menschen befindet, verhindert es auch die Entwicklung der mittleren Klasse, da die Oligarchen ihre Geschäfte nur als vorübergehend sehen, indem sie versuchen, die größtmöglichen Profite mit den niedrigsten Kosten zu erschaffen (vgl. ebd.: 77). Dadurch ist auch ein erfolgreicher Transformationsprozess und eine Verbesserung des Lebensstandards mit Oligarchen, die in den wirtschaftlichen und politischen Prozessen im Land die wichtigste Rolle spielen, einfach nicht möglich. Eine Verbesserung des Lebensstandards sollte das endgültige Ziel sein, womit auch mehrere Probleme gelöst würden, womit wir die „Modernisierungstheorie“ weiter verknüpfen können, in der behauptet wird, dass, je entwickelter ein Land wirtschaftlich ist, desto geringer die Wahrscheinlichkeit ist, dass dort eine Diktatur existiert und je reicher ein Land ist, desto wahrscheinlicher ist es, dass das politische System demokratisch ist (Merkel 2010: 71). Aber je demokratischer ein System ist, desto schwieriger ist es für die korrupten Eliten, ihre privaten Geschäfte und eigenen Interessen durchzusetzen. Es geht in der Ukraine leider um einen Machtkampf zwischen den Oligarchengruppen, manchmal auch innerhalb der Gruppen zwischen den Oligarchen persönlich. Die Priorität ist, die Macht über die Mehrheit von wichtigen Ressourcen auszubreiten und die Profite und den Reichtum zu erhöhen.

9.2. Mögliche Alternativen

Statt einer Nationsbildung und Vertiefung der Spaltung in der ukrainischen Gesellschaft sollten die regierenden Eliten eine inklusive politische Struktur entwickeln, weil, „je fragmentierter und segmentierter multinationale Gesellschaften sind, umso mehr Konsenselemente und Vetorechte müssen in die institutionelle Verfassungsarchitektur eines Landes eingebaut werden“ (vgl. Merkel 1996: 328). Die Reformprozesse können dadurch zwar sabotiert werden, aber die Wahrscheinlichkeit einer Diskriminierung und eines Konfliktes wäre dadurch geringer.

Auch die Anwendung einer richtigen Strategie durch die Erkennung des Problems, der problematischen Akteure, des Timings und der Prioritäten ist für eine erfolgreiche

Demokratieförderung wichtig (vgl. Merkel 2010: 440 f.). Die Ukraine hat diese Demokratieförderung auch von außen dringend gebraucht. Leider haben auch die externen Akteure eine Kooperation mit ukrainischen Oligarchen statt der ukrainischen Demokratieförderung gewählt und damit waren die Impulse von außen für die Durchführung einer erfolgreichen Demokratisierungsstrategie einfach nicht stark genug. Trotz gewisser Fortschritte fehlt es der EU überhaupt an einer klaren, kohärenten und konsistenten Strategie zur Demokratieförderung (ebd.: 446). „Failing states“ und Gesellschaften mit fraglicher Staatlichkeit bedürfen eines langen und ressourcenintensiven Engagements, wobei eine langfristige Unterstützung von außen notwendig ist, was in der Ukraine leider nicht der Fall war und die ersten Schritte in die Richtung der Demokratie, wie zum Beispiel die „freien“ Wahlen haben die korrupte ukrainische Elite und Korruption legitimiert und institutionalisiert (vgl. ebd.: 453). Die Demokratieförderung nur aus eigenen Interessen zu unterstützen, zum Beispiel um den Kommunismus zu bekämpfen oder ein pro-westliches Regime zu etablieren, reicht für eine wahre Demokratieförderung nicht aus. Es stimmt, dass die Demokratie vor allem von unten, also vom Volk ausgehen muss, aber für ihre erfolgreiche Etablierung und demokratische Transformation braucht man sowohl Musterbeispiele (der Länder, wo die Demokratie schon erfolgreich etabliert wurde) als auch die wahre äußerliche Unterstützung, die sich auf eine Auswahl einer richtigen Demokratisierungsstrategie, Stärkung der politischen Alternativen bzw. heimischen Zivilgesellschaft oder auf die Qualitätsverbesserung von politischen Akteuren konzentriert (vgl. Carothers 2002: 19). Es ist wichtig, dass sich die demokratischen Aktivisten in die Richtung der neuen Debatten und des neuen Paradigmas der politischen Veränderungen bewegen (ebd.: 20).

Quellen

Atac, Ilker; Lenner, Katharina; Schaffar, Wolfram (2008): Periphere Staatlichkeit: Kritische Staatstheorie des globalen Südens. In: Journal für Entwicklungspolitik. Mattersburger Kreis, S. 4–32.

Aslund, Anders (2016): Are Ukraine's reforms breaking its state capture? An agenda for genuine change. Eurasian Geography and Economics. 57 (6), 819–833.

Becker, Joachim (2015): Oligarchie – eine Form bürgerlicher Herrschaft. Das Beispiel osteuropäischer semi-peripherer Kapitalismus. In: Prokla 180 (3), 409–432.

Brand, Ulrich (2010): Der Staat als soziales Verhältnis. In: Lösch, Bettina/Thimmel, Andreas (Hg.): Kritische politische Bildung: Ein Handbuch. Schwalbach/Ts: Wochenschau-Verlag, 145–156.

Bojcun, Marco (2015): Origins of the Ukrainian Crisis. Critique 43 (3–4), 395–419.

Bos, Ellen (2008): Osteuropäische Demokratien als Trendsetter. Das politische System der Ukraine. In: Ismayr, Wolfgang (Hg.): Die politischen Systeme Osteuropas. Opladen: Leske und Budrich.

Carothers, Thomas (2002): The End of the Transition Paradigm. In: Journal of Democracy Volume 13, Number 1, January 2002.

Gosch, Mridula (2012): Крайние правые в Украине (die extreme Rechte in der Ukraine [eigene Übersetzung]). In: <https://library.fes.de/pdf-files/bueros/ukraine/09548.pdf>

Hellman, Joel; Kaufmann, Daniel (2001): Confronting the Challenge of State Capture in Transition Economies. In: Finance Development 38 (3), <http://www.imf.org/external/pubs/ft/fandd/2001/09/hellman.htm>

Huntington, Samuel P. (1991): *The Third Wave. Democratization in the Late Twentieth Century*, Norman: University of Oklahoma Press.

Jaitner, Felix; Olteanu, Tina; Spöri, Tobias (2018): The Ukraine conflict as a result of post-Soviet crises development. In: *Crises in the Post-Soviet Space. From the Dissolution of the Soviet Union to the Conflict in Ukraine*. Routledge.

Karmazin, Igor (2020): Провал олигарха: почему Зеленский вышел из-под контроля Коломойского (Das Versagen des Oligarchs: Warum hat Kolomoisky die Kontrolle über Zelensky verloren? [eigene Übersetzung] In: <https://iz.ru/994970/igor-karmazin/proval-oligarkha-pochemu-zelenskii-vyshel-iz-pod-kontrolia-kolomoiskogo>

Kondratotva, Valeriya (2019): Кого вы читаете | Овоз, Страна, Знай. Кто стоит за ангажированными (и не очень) СМИ в Украине #Медиагигиена. In: https://www.liga.net/politics/articles/oboz-strana-znaj-kto-stoit-za-angajirovannymi-i-ne-ochen-smi-v-ukraine-mediagigiena?fbclid=IwAR303Xno21X3EDL60jZz8T-erKI-FyL8MSqfisgUeqErRhccZrsTSaSD_QiA

Kudelia, Serhiy (2012): The sources of continuity and change of Ukraine's incomplete state. In: *Communist and Post-Communist Studies* 45 (3–4), 417–428.

Kuzio, Taras (2002): Staatskapazität, nationale Integration und Zivilgesellschaft. In: Gerhard, Simon (Hg.): *Die neue Ukraine. Gesellschaft-Wirtschaft-Politik (1991–2001)*. Köln: Böhlau Verlag, 51–73.

Lane, David (2018): Divergent social and economic consequences of transformation in post-communist states.

Lewis, G. Paul (2004): What is the right way in East-Central Europe? In: *Journal of Communist Studies and Transition Politics*, 20:3, 133–148.

Matuszak, Slawomir (2012): The Oligarchic Democracy. The Influence of Business Groups on Ukrainian Politics. OSW Studies 42. Warsaw. https://www.osw.waw.pl/sites/default/files/prace_42_en_0.pdf

Merkel, Wolfgang (2007): Gegen alle Theorie? Die Konsolidierung der Demokratie in Ostmitteleuropa. In: Politische Vierteljahrsschrift, 48. Jg., Heft 3, VS Verlag.

Merkel, Wolfgang (2010): Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung, 2. überarb. Aufl., Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.

Müller, Klaus (2015): Warum die Ukraine gescheitert ist. Oligarchische Konsolidierung und geopolitisches Hasardspiel. In: Freie Universität Berlin. Berlin European Studies Program (FU-BEST)

Müller, Klaus (2018): Ukraine's frozen transformation. State capture, nationalising policies and shifting geopolitics. S. 175–191.

Mykhnenko, Vlad; Swain, Adam (2010): Ukraine's diverging space-economy: The Orange Revolution, post-soviet development models and regional trajectories. European Urban and Regional Studies 17 (2), 141–165.

On Demand News (2014, 07. Februar): F*** the EU: Alleged audio of US diplomat Victoria Nuland swearing. URL: <https://www.youtube.com/watch?v=L2XNN0Yt6D8>

Petuhova, Ekaterina; Rozhkova, Natalya (2014): Люстрация по-украински. Lustration auf ukrainische Art (eigene Übersetzung). In: <https://www.mk.ru/amp/politics/article/2014/03/27/1005094-lyustratsiya-poukrainski-v-spiskah-net-oligarhov-no-est-6letnie-deti.html?fbclid=IwAR3Zz5LcwqwfaPtz9wHXkLxPF7oQSK2TKyLyMt2YVzUziku3oDVodsRH26o>

Plank, Christina (2016): The agrofuels project in Ukraine: how oligarchs and the EU foster agrarian injustice. In: Pichler, M.; Staritz, C.; Küblböck, K.; Plank, C.; Raza, W.; Ruiz Peyré, F. (Hg.): *Fairness and Justice in Natural Resource Politics*. Routledge: London, 218–236.

Podolian, Olena; Romanova, Valentina: Ukraine: The dynamics of cross-cutting cleavages during quadruple transition. S. 103–116.

„Politisches System und aktuelle Politik in der Ukraine“ In: <https://osteuropa.lpb-bw.de/ukraine-politisches-system>

Riabchuk, Mykola (2009): Agony of a ‘Blackmail State’: Rise and (Possible) Fall of Post-Soviet Semi-Authoritarian Regimes. In: Lushnycky, Andrej N.; Riabchuk, Mykola (Hg.): *Ukraine on Its Meandering Path between East and West*. Bern: Peter Lang, 15–40.

Rossiia Segodnya (2022): В "Газпроме" назвали объем подачи газа для транзита через Украину 26 июля (Gasprom hat das Volumen der Gaslieferungen über die Ukraine genannt). In: <https://1prime.ru/energy/20220726/837606116.html>

Sauer, Birgit (2011): Staat. In: Göhler, Gerhard; Iser, Mattias; Kerner, Ina (Hg.): *Politische Theorie. 25 umkämpfte Begriffe zur Einführung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 339–355.

Van der Pijl, Kees (2015): Kommt die globale autoritäre Oligarchie? Annäherungen und Konflikte zwischen dem Westen und dem Rest der Welt. In: *Peripherie* Nr. 137, Jg. 35, 47–73.

Yurchenko, Yuliya (2012): ‘Black Holes’ in the Political Economy of Ukraine: The Neoliberalization of Europe’s ‘Wild East’. In: *Debate: Journal of Contemporary Central and Eastern Europe* 20 (2–3), 25–49.

Yurchenko, Yulia (2018): The making of Ukraine's multilevel crisis: Transnational Capitalism, neoliberal kleptocrats, and dispossession. In: Crises in the Post-Soviet Space. From the Dissolution of the Soviet Union to the Conflict in Ukraine. Routledge.

Yermolenko, Alice (2022): Борьба за Независимость: История Лозунга «Слава Украине!» (Der Kampf für die Unabhängigkeit: Die Geschichte des Slogans „Ehre der Ukraine“ [eigene Übersetzung]). In: <https://elle.ua/ru/ludi/novosty/borba-za-nezavisimost-istoriya-lozunga-slava-ukraine/>